



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

# Jahresbericht 2008



**Gegenwart verändern**

**Zukunft gestalten**



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

# Jahresbericht 2008

Gegenwart verändern  
Zukunft gestalten

Wir nehmen Abschied von

## Dr. Hans-Dieter Schwieder

\* 4.3.1928

† 10.10.2008



Wir verlieren mit dem Ehrenpräsidenten der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg eine herausragende Persönlichkeit. Als ehemaliger Kammerpräsident führte und prägte Dr. Schwieder über 16 Jahre lang die berufsständische Selbstverwaltung mit Sachverstand, Pragmatismus und Weitblick. Er war Zahnarzt und Standespolitiker aus Leidenschaft. Für seine außerordentlichen Verdienste zum Wohle des Gemeinwesens und des zahnärztlichen Berufsstandes wurde Dr. Schwieder mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und der Ehrennadel der Deutschen Zahnärzteschaft in Gold gewürdigt.

Hans-Dieter Schwieder war uns stets ein Vorbild, wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unsere Gedanken und unser besonderes Mitgefühl in dieser schweren Stunde des Abschieds sind bei seiner Familie.

## **IMPRESSUM**

### **HERAUSGEBER**

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg  
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -  
Albstadtweg 9  
70567 Stuttgart  
Telefon 0 711 / 2 28 45 - 0  
Telefax 0 711 / 2 28 45 - 40  
E-Mail [info@lzk-bw.de](mailto:info@lzk-bw.de)  
Internet [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de)

### **BILDNACHWEIS**

LZK-Bildarchiv, Informationszentrum Zahn-  
gesundheit, Zahnmedizinisches Fortbildungs-  
zentrum Stuttgart, Akademie für Zahnärztliche  
Fortbildung Karlsruhe, Dr. Georg Bach, Gott-  
fried Stoppel

### **GRAPHISCHE GESTALTUNG & LAYOUT**

Andrea Mader, Landes Zahnärztekammer BW  
Jürgen Raub, Haka Print und Medien GmbH

### **DRUCK**

Haka Print und Medien GmbH  
Ostfildern-Ruit

### **ALLGEMEINE HINWEISE**

Alle Rechte vorbehalten. Copyright  
Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.  
Nachdruck, Vervielfältigung, Speicherung auf  
Datenträgern oder Verbreitung mittels  
elektronischer Systeme – auch auszugsweise –  
nur mit Zustimmung der Landes Zahnärzte-  
kammer Baden-Württemberg

### **STAND**

November 2008

# Inhalt

Vorwort .....	7
Vorstand der Landeszahnärztekammer .....	9
Vertreterversammlung .....	17
Haushaltsausschuss .....	21
Landesberufsgericht für Zahnärzte .....	27
Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer .....	31
Bezirkszahnärztekammer Freiburg .....	37
Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe .....	41
Bezirkszahnärztekammer Stuttgart .....	45
Bezirkszahnärztekammer Tübingen .....	49
Satzungsausschuss .....	51
GOZ-Ausschuss .....	53
Ausschuss für Praxisführung .....	57
Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie .....	63
Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie .....	67
Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen .....	71
Berufsbildungsausschuss .....	77
Fachausschüsse Zwischen- und Abschlussprüfung für ZFA .....	79
Prophylaxeausschuss .....	83
Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart .....	87
Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe .....	91
Gutachterwesen .....	97
Zahnärztliche Röntgenstelle .....	101
Prüfungskommissionen für die Kenntnisprüfungen nach § 2 ZHG .....	103
Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung .....	105
Statistik Allgemeine Patientenberatung und Zweitmeinung .....	107
Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung .....	119
Interne Öffentlichkeitsarbeit .....	123
Zahnärzteblatt Baden-Württemberg .....	129
Informationszentrum Zahngesundheit .....	135
Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg .....	143
Rahmenverträge .....	149
Bundeszahnärztekammer .....	153

**A**uch dieses Jahr wieder bietet Ihnen der aktuelle Jahresbericht einen detaillierten Überblick über die geleistete Arbeit der Kammer, ihrer Organe, Ausschüsse, Arbeitskreise sowie der Verwaltung im letzten Jahr der 13. Kammerperiode.

Das Jahr 2008 war geprägt durch die anstehende GOZ-Novellierung. In Vorbereitung auf den nunmehr am 24. November vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Referentenentwurf, wurden vom LZK-Vorstand und insbesondere vom Präsidenten Gespräche mit politischen Meinungsführern auf Landes- und Bundesebene geführt, die auch weitere gesundheitspolitische Themen wie den Gesundheitsfonds und den PKV-Basistarif mit seinen Auswirkungen auf Patienten und Zahnarztpraxen zum Gegenstand hatten.

Es wurden Änderungsanträge zur GOZ-Novellierung für den Bundesrat vorbereitet, um auf diese letzte Chance zur Intervention gut vorbereitet zu sein. Welche Ergebnisse die neue GOZ nun letztendlich mit sich bringt, der Vorstand wird die Kollegenschaft im Umgang mit der neuen GOZ tatkräftig unterstützen. Zu diesem Zweck hat der LZK-Vorstand im Auftrag der Vertreterversammlung bereits aktiv gehandelt und einen umfangreichen GOZ-Aktionsplan erarbeitet, der gezielte Hilfestellungen gibt.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war in diesem Jahr die Neugestaltung der zahnärztlichen Fort- und Weiterbildung. Dabei ist der hohe Status des zahnmedizinischen Staatsexamens im Vorstand ebenso unbestritten wie die Fachzahnarzt-Weiterbildung als höchste postgraduale Qualifizierungsform. Schwieriger gestaltet sich die Beantwortung wegweisender Fragen. Dies betrifft zum Beispiel die Einrichtung postgradualer Studiengänge an baden-württembergischen Universitäten oder die gegenseitige Anrechenbarkeit der Curricula von postgradualen

Master und der Weiterbildung zum Fachzahnarzt.

Ebenfalls einen hohen Stellenwert legte der Vorstand auf das Thema Praxisführung. So wurde für die Kollegenschaft ein neues Kammerangebot für die Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung konzipiert und zudem vom Vorstand eine neue zahnärztliche Stelle „BuS-Dienst“ befürwortet.

Im Blickpunkt des Vorstandes stand in diesem Jahr auch die Europa-Politik, die in zunehmendem Maße die zahnärztliche Berufsausübung in Deutschland beeinflusst. Insbesondere die Harmonisierung europäischer Qualitätsstandards, die Richtlinien zum europäischen Patientenschutz und zur Anerkennung von Berufsqualifikationen stellen Themen dar, deren Entwicklungen vom Vorstand kritisch verfolgt werden.

Gegenstand weiterer Agenden waren das Qualitätsmanagement für die Praxis und das Controlling für den Kammerbereich. Beim zahnärztlichen Qualitätsmanagement galt es, den baden-württembergischen Weg, der sich durch ein modulares Schulungsangebot auszeichnet und der Kollegenschaft individuelle Freiheiten gewährt, offensiver als bisher zu kommunizieren. Ebenso wichtig waren in diesem Jahr die Vorbereitungen zur Einführung eines gezielten Controllings für die Untergliederungen und Einrichtungen der Kammer, um mehr Transparenz und zielorientiertes antizipatives Handeln zu ermöglichen.

Der Vorstand beschäftigte sich auch mit dem Thema „Zahnärztliche Berufsausübung der Zukunft“. Auf seiner Klausurtagung im Herbst erarbeitete der Vorstand eine erste Übersicht zu dieser Thematik mit dem Ziel, den neuen Vorstand der 14. Kammerperiode ab Januar 2009 mit einer entsprechenden Vorlage zu unterstützen.

# Vorstand der Landeszahnärztekammer

Im Berichtsjahr 2008 tagte der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Udo Lenke, der stellvertretenden Präsidentin Dr. Antoinette Röttele sowie der Vorstandsmitglieder Dr. Bernd Borckmann, Dr. Konrad Bühler, Dr. Gerhard Cube, Dr. Wilfried Forschner, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Joachim Schwalber und Dr. Helmut Weller in neun Sitzungen mit Geschäftsführern und Gästen, in neun internen Sitzungen der Vorstandsmitglieder, einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haushaltsausschuss sowie zwei Klausurtagungen.



## Das gesundheitspolitische Jahr 2008 – Zunehmende Versozialrechtlichung

Ein Jahr nach der Reform des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes wird die Unzufriedenheit mit diesem staatlichen Reformakt immer größer. In einer Forsa-Umfrage (April 2008) schneidet in den Augen der Bevölkerung vor allem der Gesundheitsfonds schlecht ab. Zwei Drittel der 2000 Befragten lehnen den vom Bundesgesundheitsministerium einheitlich festgelegten Beitragssatz ab, rund 75 Prozent der Befragten befürchten mehr Bürokratie, bezweifeln die langfristige Sicherung und sogar 80 Prozent erwarten Einschnitte zu Lasten der medizinischen Versorgung in Zeiten knapper Haushalte.

Auch der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg lehnt den Gesundheitsfonds entschieden ab, weil mit finanziellen Mittelabflüssen aus Baden-Württemberg in dreistelliger Millionenhöhe gerechnet wird. Die damit verbundene Einschränkung der ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs ist aus Sicht des Kammervorstandes unzumutbar. Deshalb hat der Vorstand beschlossen, sich an der im Frühjahr gestarteten konzertierten Aktion der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württembergs „Gesundheitsfonds so nicht!“ zusammen mit den anderen Heilberufekammern des Landes sowie mit der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg zu beteiligen. Auf einer landesweiten Pressekonferenz artikulierten alle standespolitischen Organisationen ihre Positionen und ihren Protest. Inzwischen konnten auch mehr als 80.000 Unterschriften der Bevölkerung gegen den Gesundheitsfonds gesammelt werden. Dass diese Protestaktion, die Gespräche mit den Landesparlamentariern sowie die Protestresolutionen nicht ganz vergebens waren und zumindest einen kleinen Beitrag zur Meinungsbildung leisteten, zeigte der Meinungsumschwung in der Landespolitik. Unisono stimmten alle Parteien im Landtag Baden-Württemberg im Februar 2008 gegen die Umsetzung des Gesundheitsfonds in der derzeitigen Form und forderten weitere Verbesserungen.

Die drohende Versozialrechtlichung nicht nur des Gesundheitssystems in Deutschland zeigt sich auch anhand der Zwangseinführung des Basistarifes im System der Privaten Krankenversicherungen ab Januar 2009. Der Basistarif dient nach Auffassung des Bundesgesundheitsministeriums als Instrument zur Angleichung der Gebührenordnungen und Leistungskataloge BEMA und GOZ zu einer politisch-ideologisch gewollten Einheitsversicherung. Dieser Prozess wider-

### Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

#### Mitglieder kraft Wahl durch die Vertreterversammlung

Dr. Udo LENKE, Vaihingen, Präsident  
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, stv. Präsidentin  
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart  
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim  
Dr. Helmut WELLER, Pfullingen

#### Mitglieder kraft Amtes als Vorsitzende der Bezirks Zahnärztekammern

Dr. Bernd BORCKMANN, Heidelberg  
Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen  
Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach  
Dr. Joachim SCHWALBER, Freiburg



spricht nach Auffassung des Vorstandes nicht nur den Prinzipien eines gegliederten Krankenversicherungssystems, er belastet vor allem die Vollversicherten in der Privaten



Krankenversicherung durch enorme Beitragserhöhungen, bevorzundet die Patienten und schadet insbesondere den Zahnärzten durch willkürliche Honorarbegrenzungen. Die Landes Zahnärztekammer hat ihren Unmut darüber in zahlreichen Gesprächen mit politischen Meinungsführern auf Landes- und Bundesebene klar

artikuliert und Protestresolutionen verfasst. Die Privaten Krankenversicherungen haben gegen den Zwang zur Einführung eines Basisstarifes Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Auch mit der Reform des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes hat der Gesetzgeber Reglementierungen geschaffen, die zum Beispiel neue zahnärztliche Versorgungs-



formen vorsehen, wodurch eine zunehmende Unruhe in den zahnärztlichen Berufsstand einkehrt. Die mögliche Etablierung medizinischer Versorgungszentren oder der Abschluss von Selektivverträgen, in diesem Zusammenhang sei

der Vertrag der AOK Baden-Württemberg zur Ausschreibung der hausarztzentrierten Versorgung genannt, sind unter den staatlich gegebenen restriktiven Rahmen-

bedingungen, die von Budgets und Degression geprägt sind, einseitige machtpolitische Instrumente, die auf dem Rücken des gesamten Berufsstandes ausgetragen und vom Vorstand der Kammer in Zukunft sehr kritisch geprüft werden.

### **Die Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung**

Die Novellierung der Gebührenordnung Zahnärzte (GOZ) gehört zu den wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft der Zahnärzteschaft. Immer und immer wieder hat das Bundesgesundheitsministerium über Monate hinweg die längst fällige Veröffentlichung eines ersten GOZ-Referentenentwurfes verzögert, bis schließlich pünktlich zum Beginn der BZÄK-Bundesversammlung am 24. Oktober 2008 der Referentenentwurf per Fax eintraf.

Dabei hat sich leider der bereits im Arbeitsentwurf formulierte politische Wille zur „Bematisierung“ der GOZ in weiten Teilen bestätigt. Mit der Anhebung des GOZ-Punktwertes um lächerliche 0,46 Prozent auf nunmehr 5,65 Cent, ignoriert der Gesetzgeber auch nach über 20 Jahren seit der letzten GOZ-Novellierung die existenzielle Notwendigkeit, die GOZ an die betriebswirtschaftlich veränderten Bedingungen der Gegenwart adäquat anzupassen.

Die Gebührenordnung für Zahnärzte stellt eine Rechtsverordnung dar. Deshalb muss sie nicht den parlamentarischen Entscheidungsprozess im Bundestag durchlaufen, sie ist aber zustimmungspflichtig durch den Bundesrat. In diesem Ländergremium besteht überhaupt die einzige Möglichkeit zur Intervention durch die Einbringung von Änderungsanträgen.

Es galt insbesondere im ersten Halbjahr 2008, sich zügig und gut auf diese Aufgabe vorbereiten. Auf Zurarbeit des GOZ-

#### **ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE**

**Axel MAAG**  
**Friederike FRITZ**  
**Rocco NEMITZ**  
**Thorsten BECK**  
**Andrea MADER**



Ausschusses hat der Vorstand der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg Änderungsanträge zur Nachbesserung des bestehenden GOZ-Entwurfes erarbeitet und diese der Bundeszahnärztekammer und den anderen Länderkammern zur Verfügung gestellt.



Ziel war es, im Vorfeld der Beratungen zum Referentenentwurf im Bundesministerium für Gesundheit die Änderungsanträge über die Länder einzubringen, um noch Einfluss auf die Ausgestaltung des Referenten-

entwurfes zu nehmen.

Trotz bisher massiver Kritik sind die unterschiedlichen Öffnungsklauseln für Verträge Patient-Zahnarzt und Verträge mit Kostenträgern weiterhin im GOZ-Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums vorhanden.

Diese ermöglichen sowohl den Abschluss von Selektivverträgen als auch die Vereinbarung über abweichende Vergütungen. (ausführlichere Informationen siehe unter dem Kapitel GOZ-Ausschuss).

Hauptkritikpunkt dabei ist, dass der Einfluss der Privaten Krankenversicherungen durch die Öffnungsklausel einseitig gestärkt wird und diese in die Lage versetzt, Patientenströme zu „lenken“. Das bringt sowohl für die Patienten als auch für den gesamten Berufsstand weitreichende negative Konsequenzen mit sich. Die freie Arztwahl des Patienten ist dadurch ebenso gefährdet wie die Therapie-

freiheit des Arztes. Zudem müssen diejenigen Zahnärzte, die Selektivverträge abschließen, damit rechnen, mittelfristig in eine einseitig monetäre Abhängigkeit von den Privaten Krankenversicherungen zu geraten.

Auch der Konstanzer Rechtswissenschaftler Prof. Boecken hält in seinem Rechtsgutachten die Öffnungsklausel für verfassungswidrig, weil diese nicht durch die Ermächtigungsgrundlage des § 15 Zahnheilkundegesetz gedeckt sei. Für den Vorstand gab es deshalb nur das klare Votum, für eine ersatzlose Streichung dieser Klausel zu plädieren.

In Baden-Württemberg wurden die Änderungsanträge durch Kammerpräsident Dr. Lenke in die Gespräche mit Parlamentariern des Landtags Baden-Württemberg sowie mit den Vertretern des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg eingebracht, um die Positionen und Verbesserungsvorschläge deutlich zu artikulieren und von der Notwendigkeit unserer GOZ-Änderungen zu überzeugen. Parallel zu diesen Entwicklungen und der Hinhaltetaktik des Bundesgesundheitsministeriums hat der LZK-Vorstand das ganze Jahr über präventiv gehandelt.



Der bereits auf der letzten Vertreterversammlung im Dezember 2007 vom Vorsitzenden des GOZ-Ausschuss, Dr. Bockmann, präsentierte GOZ-Maßnahmenkatalog konnte im Jahr 2008 nochmals intensiv geprüft und bis ins Detail ausgebaut werden.

Neben der Erstellung eines Handbuches GOZ-INFORM, das neben einer Kommentierung des Allgemeinen Teils der GOZ auch eine Beschreibung und Erläuterung des Leistungsverzeichnisses sowie Musterformulare enthält, sind Großveranstaltungen geplant, um den Kammermitgliedern die Systematik der neuen GOZ zu präsentieren. Im Anschluss daran sollen zusätzlich kleinere Seminare und Workshops durchgeführt werden, die der Kollegenschaft eine gezielte Hilfestellung im praktischen Umgang mit der neuen GOZ auf den Weg geben. Anschließend ist in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer der Aufbau eines so genannten Abrechnungsmanagements vorgesehen, mit dem Ziel, Zahnärztinnen und Zahnärzte in rechtlichen Fragen rund um die Praxisabrechnung individuell zu beraten.



### **Praxisführung - Hygiene und Arbeitsschutz stehen im Vordergrund**

In mehreren Vorstandssitzungen beschäftigte sich der Vorstand auf Basis der hervorragenden Zuarbeit durch den Praxisführungsausschuss mit praxisnahen und kompakten Hilfestellungen zum Thema Hygiene und Arbeitsschutz.

So wurde auf Basis der RKI-Richtlinie sowie weiterer rechtlicher Vorgaben der Leitfaden zur „Organisation der Hygienemaßnahmen“ nach Abstimmung mit dem Landesgesund-

heitsamt Baden-Württemberg in 2. Auflage aktualisiert. Eine Drucklegung konnte aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Gespräche mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg leider noch nicht erfolgen. Ebenso wichtig war die Konzipierung des neuen Leitfadens Arbeitsschutz



unter Federführung des Praxisführungsausschusses, der der Kollegenschaft wertvolle Hilfestellung zu vielen Fragestellungen im alltäglichen Praxisalltag gibt.

Ebenfalls von hohem Interesse war für den Vorstand das

Thema BuS-Dienst. Der Vorstand beschloss auf Empfehlung des Praxisführungsausschusses, bis Ende 2008 ein Stufenkonzept zur Einrichtung einer kammereigenen BuS-Dienst-Stelle zu konzipieren, um den landestypischen rechtlichen Anforderungen in Baden-Württemberg besser gerecht werden, schneller auf Veränderungen reagieren zu können und um die Kosten weiter zu senken.

### **Zahnärztliche Aus-, Fort- und Weiterbildung – Neugestaltung mit Perspektiven**

Vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses, der die Angleichung der europäischen Studienabschlüsse fordert und dafür das angelsächsische Modell der zweistufigen Bachelor- und Masterabschlüsse favorisiert, befinden wir uns gegenwärtig in einem Prozess der rapiden Veränderungen und Angleichung der europäischen Aus- und Fortbildungslandschaft, der auch vor Deutschland nicht halt macht. Viele Studienfächer und -abschlüsse, vom Diplom über Magister

bis hin zum Staatsexamen, sind bereits oder werden demnächst auf Bachelor- bzw. Masterstudiengänge umgestellt. Allein Jura, Medizin und Zahnmedizin schließen bisher noch ausschließlich mit dem Staatsexamen ab.

Der Vorstand vertritt in diesem Kontext ganz klar die Meinung, dass allein das zahnmedizinische Staatsexamen als Ausbildungsabschluss in Verbindung mit der Approbation den Zahnarzt zur Berufsaus-



übung befähigt und berechtigt. Bachelor- und Master-Ausbildungsstudiengänge werden strikt abgelehnt, da völlig unklar ist, welche Befähigung ein Bachelor/

Master-Zahnmediziner haben wird.

Um den Forderungen des Wissenschaftsrates, die Fort- und Weiterbildungslandschaft in der Zahnmedizin neu zu strukturieren und ein modulares System einzuführen, nachzukommen, hat die Bundeszahnärztekammer seit letztem Jahr Gespräche mit Vertretern der Hochschulen für Zahnheilkunde sowie der Zahnmedizinischen Fachgesellschaften geführt. Als Ergebnis liegt nun seit November 2007 eine Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeszahnärztekammer, der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) sowie der Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (VHZMK) vor, die eine Zusammenarbeit fixiert sowie Aufgaben und Kompetenzen klar verteilt.

Das Ziel der Neugestaltung der zahnärztlichen Fort- und Weiterbildung ist ein gemeinsam von Hochschulen und Kammern entwickeltes System, das eine wechselseitige Durchlässigkeit verschiedener Qualitätsstufen zwischen strukturierter Fortbildung,

postgradualen Masterstudium und Weiterbildung zulässt, um für die Kollegenschaft eine größtmögliche Flexibilität zu erreichen.

Um eine vergleichbare Struktur der einzelnen Stufen bzw. Module in der Fort- und Weiterbildung zu schaffen, bedarf es nach Auffassung des Vorstandes einer gegenseitigen Anrechnung der abgeleisteten Zeiten auf Basis des European Credit-Transfer Systems (ECTS). Zeiten und Leistungen, die im Rahmen der strukturierten Fortbildung und der postgraduierten Masterstudiengänge erworben wurden, müssen als Teilleistungen im Rahmen der fachzahnärztlichen Weiterbildung Anrechnung finden können.

Um die in der Verantwortung der Universitäten liegende Ausschreibung postgraduierter Masterstudiengänge auf die Weiterbildung zum Fachzahnarzt anrechnen zu können, müssen die Inhalte und Zielvorgaben dieser Studiengänge zwischen den Universitäten und den Kammern gut abgestimmt werden, da die Verantwortung für Inhalt, Gestaltung und Prüfung der Weiterbildung zum Fachzahnarzt allein bei den Landes Zahnärztekammern liegt.



Aufgrund der komplexen und schwierigen Materie hat sich der Vorstand in diesem Jahr intensiv mit dem Thema beschäftigt und zu seiner Vorstandssitzung im Mai die Direktoren der Universitäten für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in Baden-Württemberg zum Gespräch eingeladen. Als Ergebnis dieses konstruktiven Gesprächs wurde vereinbart, zu den oben genannten Punkten stärker als bisher zu kooperieren und für noch vor-

handene Meinungsunterschiede entsprechende Lösungen zu finden. Des Weiteren erarbeitete der Vorstand auf Grundlage des Gesprächs ein Grundsatzpapier, in dem er die Neugestaltung der bestehenden Fort- und Weiterbildungslandschaft in Deutschland befürwortet und sich klar positioniert. Dieses Grundsatzpapier wurde auch in der diesjährigen Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer als Antrag eingebracht.

In diesem Kontext vertritt der Vorstand dezidiert die Position, dass der Fachzahnarzt die höchste Stufe zahnärztlicher Qualifizierung darstellt. Eine Einführung weiterer fachzahnärztlicher Gebietsbezeichnungen, wie dies von manchen Hochschulen gefordert wird, wird vom Vorstand konsequent abgelehnt.

Zur Information und Aufklärung der Kollegenschaft wurden im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg zahlreiche Beiträge zur zahnärztlichen Fort- und Weiterbildungsproblematik veröffentlicht. Zudem wurden die Ehrenamtsträger auf der außerordentlichen



Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im Juli 2008 durch die Vorträge des Fortbildungsreferenten der Kammer, Prof. Johannes Einwag, sowie durch Dr. Walther Dieckhoff, Präsident der Landes Zahnärztekammer Westfalen-Lippe und alternierender Vorsitzender des Beirats Fortbildung der Bundeszahnärztekammer, ausführlich informiert.

Um für die bundesweite Neustrukturierung der zahnärztlichen Fort- und Weiterbildungslandschaft eine einheitliche Regelung zu erreichen, wird unter Hochdruck an der Fertigstellung der Muster-

Weiterbildungsordnung der Bundeszahnärztekammer gearbeitet, die für eine einheitliche Umsetzung dieses neuen modularen Systems der zahnärztlichen postgradualen Fort- und Weiterbildung unverzichtbar ist. In der Arbeitsgruppe „Muster-Weiterbildungsordnung“ der Bundeszahnärztekammer ist neben den Geschäftsführern aus Bayern, Hessen, Westfalen-Lippe, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern auch der Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vertreten.



Mit Blick in die Zukunft ist zu resümieren, dass es jetzt darauf ankommt, die vorhandenen Stärken von Kammer und Universitäten zum Nutzen von Zahnärzten und Patienten in Baden-Württemberg zu bündeln.

### Europa-Politik aktiv mitgestalten

Europäische Regelungen beeinflussen immer stärker auch die zahnärztliche Berufsausübung in Deutschland. Für den Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg spielt deshalb die Politik der Europäischen Union für die Zukunft der zahnärztlichen Berufsausübung eine Schlüsselrolle. Deshalb lud der Vorstand die Leiterin des Brüsseler Büros der Bundeszahnärztekammer, Claudia Ritter, zu seiner Vorstandssitzung im Mai 2008 ein, um aus erster Hand über die aktuellen Entwicklungen auf der Europäischen Union informiert zu werden.



Aktuelle Beispiele, die die zahnärztliche Berufsausübung derzeit und in Zukunft zunehmend tangieren werden, sind die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen oder die neuen Medizinprodukte- bzw. Patienten-Richtlinien sowie die geforderte Harmonisierung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards auf dem Weg zu einem europäischen Gesundheitssystem.



In zunehmendem Maße beeinflusst die Europäische Union die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ihrer Mitgliedsstaaten und Regionen. Im Bereich der öffentlichen Gesundheit bestehen die drei grundlegenden Ziele der EU darin, die allgemeine Gesundheit der Bevölkerung in einem alternden Europa zu fördern, die Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheitsgefahren zu schützen und die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung bzw. die Patientenmobilität zu fördern. Für die nahe Zukunft plant Brüssel auch den Aufbau europäischer Referenznetze oder Fördermaßnahmen zur Gesundheitstelematik, das Stichwort „E-Health“ sei hier genannt. Diese Beispiele aus dem geplanten, sehr umfangreichen Maßnahmenkatalog einer neuen Sozialagenda machen deutlich, dass Brüssel nachhaltig plant, seinen Einfluss auf die nationalen Gesundheitssysteme auszubauen. Der Eingriff in nationale Zuständigkeiten ist damit vorprogrammiert und wird neuen Diskussionsbedarf auslösen.

Um vor dem Hintergrund der genannten Entwicklung nicht nur mit den Konsequenzen europäischer Regelungswut leben und arbeiten zu müssen, ist es umso notwendiger, direkt in Brüssel und auch auf Bundesebene mit effizientem Lobbyismus antizipativ zu handeln. Entsprechende Erfolge sind schon vorzuweisen. So bleibt zum Beispiel Amalgam als Füllwerkstoff erhalten, ein rezeptfreier Verkauf hochkonzentrierter Bleachingprodukte konnte abgewendet werden und bei der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen wurde in Brüssel erreicht, dass das Berufsrecht des Aufnahme Staates Gültigkeit hat, anstatt des ursprünglich geforderten Herkunftslandprinzips.

Der Vorstand bekam durch den ausführlichen Vortrag von Claudia Ritter einen guten Überblick über die Planungen und Intensionen der Europäischen Union. Mit dem Brüsseler Büro der Bundeszahnärztekammer wird die deutsche Zahnärzteschaft insgesamt sehr effizient repräsentiert. Der Vorstand wird die weiteren Entwicklungen in Brüssel aufmerksam verfolgen, um bei entsprechenden Anlässen rechtzeitig eine Rückkopplung auf nationaler Ebene in Gesprächen mit politischen Meinungsführern auf Landes- und Bundesebene zu erreichen.



## **Klausurtagung – Blick in die Zukunft zahnärztlicher Berufsausübung**

Der Vorstand beschäftigte sich in seiner Klausurtagung Ende September 2008 intensiv mit der zahnärztlichen Berufsausübung der Zukunft. Nach einem ausführlichen Impulsvortrag wurde intensiv diskutiert, wie gesellschafts- und gesundheitspolitische



Entwicklungen in Zukunft den zahnärztlichen Beruf determinieren werden. Besonders wichtig ist es, für jede zahnärztliche Berufsphase, vom Einstieg in das Berufsleben, möglichen strukturellen Änderungen während des Berufslebens bis hin zum Ende der zahnärztlichen Berufsausübung, differenzierte Hilfestellung und Unterstützung für jeweils anstehende Entscheidungen bereitzustellen. Zu diesem Zweck hat der Vorstand in der letzten Sitzung der 13. Kammerperiode im Dezember 2008 ein erstes Arbeitspapier gewürdigt, das die genannte Zielstellung sowie Wege und Maßnahmen beinhaltet, die der gesamten Kollegenschaft in jeder Berufsphase von Nutzen sind. Dieses Arbeitspapier soll dem neuen Vorstand der 14. Kammerperiode als Entscheidungsgrundlage dienen und nachhaltig weiterentwickelt werden.

# Vertreterversammlung

**A**m 7. und 8. Dezember 2007 trafen sich die Delegierten der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in Stuttgart. Es fand eine Gedenkminute zu Ehren der Verdienste des am 29.11.2007 verstorbenen Prof. Dr. Gisbert Krekeler statt.

In Folge der jüngsten Änderungen des Heilberufe-Kammergesetzes, neuer europäischer Richtlinien sowie auf Grund einer zeitgemäßen Anpassung von Ordnungen bestand Reformbedarf. So verabschiedeten die Delegierten die Satzung, die Geschäftsordnungen von Vorstand und Vertreterversammlung sowie die Berufs- und Meldeordnung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Ebenfalls auf der Agenda stand die Verabschiedung des EDV-Konzeptes der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Ziel dieser Neuordnung der EDV war im Kammerbereich eine einheitliche Software zur Stammdatenverwaltung zu installieren.

Im Vorfeld der Vertreterversammlung wurden

die Delegierten der Vertreterversammlung anhand zusätzlicher Vorbesprechungen frühzeitiger und detaillierter als bisher über anstehende Entwicklungen und Entscheidungen informiert.

Das standespolitische Hauptthema betraf die zahnärztliche Gebührenordnung. Kammerpräsident Dr. Udo Lenke berichtete in seinem Jahresbericht über den aktuellen politischen Stand und die Defizite des GOZ-Arbeitsentwurfes des Bundesgesundheitsministeriums. In diesem Kontext sprach er auch über die Honorarordnung Zahnärzte, kurz „HOZ“, als zahnärztlichen Entwurf einer wissenschaftlich hinterlegten Gebührenordnung, der sich an der wissenschaftlichen Fortentwicklung in der Zahnheilkunde ebenso orientiert wie an der sich zuspitzenden Kostenentwicklung in den Zahnarztpraxen.

Der Vorsitzende des GOZ-Ausschusses, Dr. Bernd Borckmann, informierte die Delegierten in seinem Bericht über das Konzept zu einem vom Vorstand unter Vorarbeit des GOZ-Ausschusses erarbeiteten Maß-



## DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Dr. Georg BACH • Dr. Konstantin BAER • Dr. Bert BAUDER • Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN  
• Alfred BRAIG • Dr. Konrad BÜHLER • Dr. Jürgen CAROW • Dr. Gerhard CUBE • Dr. Dr.  
Hans Thomas EICHE • Prof. Dr. Johannes EINWAG • Dr. Dr. Helmut EISELE • Dr. Norbert  
ENGEL • Dr. Rüdiger ENGEL • Dr. Wilfried FORSCHNER • Dr. Conrad GAST • Prof. Dr. Dr.  
Gernot GÖZ • Dr. Foelko GRUNERT • Dr. Wolfgang GUTERMANN • Dr. Robert HEIDEN • Prof.  
Dr. Elmar HELLWIG • Dr. Eva HEMBERGER • Dr. Bernhard JÄGER • Dr. Manfred JOOS • Dr.  
Alfred KIMMICH • Dr. Bernd KRÄMER • Prof. Dr. Gisbert KREKELER (+ 29.11.2007) • Dr.  
Peter KUTTRUFF (ausgeschieden) • Dr. Edgar LAUSER • Dr. Udo LENKE • Dr. Manfred  
LIEKEN • Dr. Uwe LÜCKGEN



nahmenkatalog zur gezielten Unterstützung der Kollegenschaft.

Die Delegierten positionierten sich klar zur Stärkung der Freiberuflichkeit und kritisierten die vom Bundesgesundheitsministerium vorgesehene kostenneutrale Umsetzung der GOZ-Novellierung, die sich nun auch im Referentenentwurf abzeichnet. Um ihren Protest deutlich zu artikulieren und dies den Politikern auf Bundes- und Landesebene mitzuteilen, verabschiedeten die Delegierten einstimmig verschiedene Resolutionen, unter anderem zur Novellierung der GOZ, zur Honorarordnung Zahnärzte, und zur Stärkung der Freiberuflichkeit. Zusätzlich protestieren die Delegierten auch gegen die Bestimmungen im Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung.

Die Königsdisziplin der Vertreterversammlung ist das Haushaltsrecht. Die Vorsitzende des Haushalts-Ausschusses, Dr. Eva Hemberger, zog in ihrem ausführlichen Vortrag eine positive Bilanz über die geleistete Arbeit des Ausschusses.

Einstimmig beschlossen die Delegierten die Haushaltspläne der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer, der vier Bezirkszahnärztekammern sowie der kammereigenen Fortbildungseinrichtungen in Karlsruhe und Stuttgart. Zusätzlich beschlossen die Delegierten, für die Kammermaßnahmen im Rahmen der Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung einen GOZ-Aktionshaushalt für das Jahr 2008 einzurichten.

#### **Außerordentliche Vertreterversammlung**

Erstmals in der Geschichte der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg wurde bei der außerordentlichen Vertreterversammlung am 19. Juli 2008 in Stuttgart die Sitzung von einem Versammlungsleiter geführt. Auf Grund der Änderung der LZK-Satzung in der Sitzung der Vertreterver-

sammlung im Dezember vergangenen Jahres, die nunmehr die Sitzungsleitung durch einen aus der Mitte der Vertreterversammlung zu wählenden Versammlungsleiter vorsieht, wurde zu Beginn der Vertreterversammlung Dr. Conrad Gast, Ettenheim, für die restliche 13. Kammerperiode zum Versammlungsleiter der LZK-Vertreterversammlung gewählt. Zu seinem Stellvertreter wählten die Delegierten Dr. Klaus Otto Lux, Schönaich.



Unter dem großen Beifall der Delegierten wurde Dr. Peter Kuttruff für seine standespolitische Lebensleistung und Meriten um den zahnärztlichen Berufsstand die Verdienstmedaille der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg verliehen. Dr. Kuttruff bedankte sich für die stehenden Ovationen mit den Worten: „Wenn du etwas erreichen willst, bediene dich nicht der Aggression – Deutlichkeit genügt.“



#### **DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG**

**Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH • Prof. Dr. Ralph G. LUTHARDT • Dr. Klaus Otto A. LUX • Dr. Burkhard MAAGER • Dr. Ute MAIER • Dr. Ulrich MEIßNER • Dr. Eberhard MONTIGEL • Dr. Klaus PRINZ • Dr. Hendrik PUTZE • Dr. Dr. Alexander RAFF • Dr. Peter RIEDEL • Dr. Klaus-Peter RIEGER • Dr. Antoinette RÖTTELE • Dr. Christian SCHEYTT • Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER • Dr. Helmut SCHÖNBERG • Dr. Frank SCHUH • Dr. Joachim SCHWALBER • Prof. Dr. Dr. Hans Jörg STAEHLE • Dr. Bernd STOLL • Dr. Norbert STRUß • Dr. Karl-Heinz SUNDMACHER • Dr. Torsten TOMPERT • Dr. Helmut WELLER • Dr. Hans Hugo WILMS • Dr. Jan WILZ • Dr. Dr. Manfred WOLF • Dr. Hans-Peter ZIMMERER**

Neben der Änderung der Gebührenordnung, der Weiterbildungsordnung für Zahnärzte und der Neufassung des Statuts der Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung stand auch eine einheitliche Notfalldienstordnung der Landes Zahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württembergs auf der Tagesordnung. Im Blickpunkt des standespolitischen Interesses stand erneut der Dauerbrenner um den aktuellen Stand der GOZ-Novellierung. Kammerpräsident Dr. Udo Lenke berichtete in seinem Halbjahresbericht von den erarbeiteten GOZ-Änderungsanträgen. Diese wurden bereits im Vorfeld der Erstellung des GOZ-Referentenentwurfes den Vertretern des Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes sowie mit Parlamentariern auf Bundes- und Landesebene mit der Bitte um rechtzeitige Intervention im Rahmen der Ausarbeitung des Referentenentwurfes überreicht. Ihren Unmut und Protest hierzu brachten die Delegierten mit einer Resolution zum Basistarif in der GOZ sowie in einem Antrag zur Änderung des § 2 GOZ zum Ausdruck.



Ein weiterer Themenschwerpunkt war die Neustrukturierung der zahnärztlichen Fort- und Weiterbildung. Dazu erhielten die Delegierten durch die ausführlichen Referate des Fortbildungsreferenten der Kammer, Prof. Johannes Einwag, und des Präsidenten der

Zahnärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Walter Diekhoff, wertvolle Hintergrundinformationen. Nach intensiver und zielgerichteter Diskussion gelangten die Delegierten zu dem Ergebnis, dass eine mögliche Verzahnung zwischen strukturierter Fortbildung und postgraduellem Master mit der fachzahnärztlichen Weiterbildung für die Kollegenschaft sinnvoll und nützlich sei. In der anschließenden Diskussion positionierten sich die Delegierten mit einem klaren Votum für eine Neustrukturierung der Fort- und Weiterbildung unter dem Grundsatz der Förderung und Stärkung des Zahnarztes als Generalist sowie der Bewahrung der hohen Wertigkeit des deutschen Staatsexamens im Vergleich zur Masterausbildung. In diesem Zusammenhang beschlossen die Delegierten einstimmig das vom Vorstand vorbereitete Grundsatzpapier zur Fort- und Weiterbildung.



Im Hinblick auf die sich gegenwärtig in Bearbeitung befindliche Änderung der Musterweiterbildungsordnung der Bundeszahnärztekammer, an der auch Kammerdirektor Axel Maag maßgeblich mitarbeitet, lehnen die Delegierten eine Ausweitung der Fachzahnarztbezeichnungen ausdrücklich ab. Um einen Überblick über die bestehenden Fort- und Weiterbildungsangebote zu erhalten, hielten es die Delegierten für notwendig, den Kammervorstand zu beauftragen, diesbezüglich eine Analyse zu konzipieren, um für die Kollegenschaft zukünftig neue Lösungswege aufzuzeigen.

# Haushaltsausschuss

**S**eit die Vertreterversammlung am 8. Dezember 2007 eine neue Satzung für die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg beschlossen hat, heißt der Umlageausschuss „Haushaltsausschuss“. Nichts geändert hat sich an der herausgehobenen Stellung des Ausschusses als Organ der Kammer und an seinem umfangreichen Aufgabengebiet.

Der Haushaltsausschuss führte im Berichtsjahr fünf Sitzungen durch, davon eine Sitzung zusammen mit dem LZK-Vorstand sowie eine Schlussbesprechung mit der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer und drei Belegprüfungen.

## Controlling

Der Haushaltsausschuss hat in diesem Jahr einen entscheidenden Schritt getan und hat die vergangenheitsorientierte Betrachtung der Jahresabschlüsse auf Vorschlag der Vorsitzenden, Dr. Eva Hemberger, durch ein weiteres Steuerungselement ergänzt: Das Controlling.

Der Begriff Controlling steht für das Steuern, das Regeln, das Sammeln und die Aufbereitung sowie die Koordination von Daten. Controlling unterscheidet sich dadurch ganz wesentlich von der vergangenheitsorientierten Kontrolle, die einzelfallbezogen ist und schuldermittelnden Charakter hat. Controlling unterstützt die führungsverantwortlichen Stellen im zielorientierten Handeln durch Planung und Steuerung der Abläufe.

Controlling einer öffentlichen Körperschaft bedeutet Transparenz und zügigen Informationsfluss. Es ermöglicht ein schnelles Ein-

greifen, Gegensteuerung und Unterstützung der Entscheidungsprozesse.

Für die Untergliederungen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, die Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen sowie die LZK-Geschäftsstelle, bedarf es eines Haushaltsberichtscontrollings. Das Controlling bietet eine Analyse von Einnahmen und Ausgaben unter Beachtung der Einhaltung von Haushaltsansätzen und die Darstellung eines Vergleiches der Soll-Zahlen mit den vorhandenen Ist-Ergebnissen. Die Darstellung notwendiger Abweichungen mit den entsprechenden Erläuterungen ermöglicht eine rasche und regelmäßige Informationsweitergabe an die führungsverantwortlichen

Ehrenamtsträger und deren Einbeziehung bei notwendigen Entscheidungen.

Die Einrichtungen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart, benötigen ein differenzierteres Controlling. So unter-

teilt sich das Controlling-System der Einrichtungen in Erlös-, Kosten- und Finanzcontrolling. Des Weiteren bildet es die Besonderheiten der Institute als Fortbildungseinrichtung mit Praxistätigkeit ab. Demzufolge bietet das Controlling weitere Auswertungen für den Fortbildungs-, Praxis-, und Laborbereich. Die Institute benötigen schnelle, zeitnahe Auswertungen, damit die Direktoren und die Geschäftsführungen der Fortbildungseinrichtungen sowie die in Verantwortung stehenden Ehrenamtsträger auf



## MITGLIEDER

**Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg, Vorsitzende**  
**Dr. Foelko GRUNERT, Lörrach, stv. Vorsitzender**  
**Dr. Bert BAUDER, Mannheim**  
**Dr. Jürgen CAROW, Flein**  
**Dr. Christian SCHEYTT, Ulm**

## ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Axel MAAG**  
**Ralf KRAFT**  
**Kathleen KAMPRATH**  
**Inge HÖLLMÜLLER**

die sich ergebende Situation reagieren können.

Das Controlling konnte in die EDV-Prozesse der landeseinheitlichen Buchhaltungssoftware integriert werden, so dass nach der Einführungs- und Testphase im September dieses Jahres mit der endgültigen Einführung ab dem 1. Januar 2009 kaum ein verwaltungstechnischer Mehraufwand anfällt und das Controlling weitgehend kostenneutral „mitläuft“.

### **Konsolidierter Jahresabschluss**

Für das vergangene Haushaltsjahr 2007 konnte erstmals ein umfassender konsolidierter Jahresabschluss vorgelegt werden. Der Übergang von einer lediglich summarischen Zusammenfassung auf einen konsolidierten Jahresabschluss war im Vorjahr auf Anregung von Dr. Eva Hemberger vom Haushaltsausschuss beschlossen worden. Der Jahresabschluss spiegelt somit die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg in ihrer Gesamtheit – LZK-Geschäftsstelle, die vier Bezirkszahnärztekammern und die beiden Fortbildungseinrichtungen wieder. Die Konsolidierung ist die zahlenmäßige Umsetzung des Bildes der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg als „Schiff mit sieben Segeln“. Grundlage für den konsolidierten Jahresabschluss ist, dass Verbindlichkeiten und

Forderungen sowie Einnahmen und Ausgaben innerhalb der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) transparent dargestellt werden und so im Gesamtabschluss eliminiert werden können. Für diesen Zweck wird die in diesem Jahr eingeführte Saldenabstimmung auf Vorschlag der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer erweitert auf ein ‚Konsolidierungsbogen‘, das die jeweiligen Teiljahresabschlüsse ergänzt. In diesem Kontext wurden noch weitere Vereinheitlichungen in Ausweis und Darstellung angeregt und beschlossen, so dass der Weg zu Übersichtlichkeit und Transparenz konsequent weitergegangen wurde. Insbesondere wurden im Berichtsjahr die Aufwands- und Ertragskonten der Fortbildungseinrichtungen vereinheitlicht.



### **Geldanlagen**

Im besonderen Fokus standen die Geldanlagen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg. Die Verzinsung der Festgeldanlagen konnte konsequent gesteigert werden. Neben der Marktentwicklung ist dieser Effekt auf den vom Haushaltsausschuss angeregten Austausch der Festgeldangebote zwischen den Geschäftsstellen innerhalb der LZK BW zurückzuführen (Reporting).

Bereits im November 2007 wurde





die Anlage der Investitionsrücklage auf Festgeld umgestellt, um von der kurzfristigen Entwicklung der Aktienmärkte unabhängig zu sein.

Die Finanzanlagen für die Rückstellung für betriebliche Altersversorgung sind im Blick auf den langfristigen Anlagehorizont gestreut auf verschiedene Rentenfonds, einen gemischten Fonds (Renten und Aktien) und einen Aktienfonds. Grundlage sind die „Empfehlungen für Geldanlagen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg“, die unter anderem einen Aktienanteil des Vermögens von maximal 20 Prozent festlegen. Durch die außerordentliche finanzwirtschaftliche Entwicklung der Märkte konnte im Rechnungsjahr das hochgesteckte Ziel, eine Verzinsung analog des Rechnungszinses der betrieblichen Altersversorgung nicht erreicht werden. Eine Konsequenz des Haushaltsausschusses war der Verkauf eines kurzfristigen Rentenfonds und Anlage der Gelder in Festgeld.



Mit der Umschichtung in Festgeld der Gelder der Investitionsrücklage Ende 2007 und eines Rentenfonds im Juli dieses Jahres hat der Haushaltsausschuss zudem Entscheidungen getroffen, die sich im Zuge der weltweiten Finanzkrise im nachhinein als recht weitsichtig erwiesen haben. Auch die

von den „Empfehlungen für Geldanlagen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg“ vorgeschriebene Mischung der Finanzanlagen hat sich in diesem Umfeld bewährt.

### **Rechnungszins für die Rückstellung für betriebliche Altersversorgung**

Die derzeitigen und auch künftigen Renditemöglichkeiten bei der Geldanlage haben auch Auswirkungen auf die Rückstellung für betriebliche Altersversorgung. Wie der Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft Verhülsdonk & Partner in der Schlussbesprechung 2008 betont hat, sollten erwirtschaftbare Zinssätze und der Rechnungszinssatz für die Errechnung der Rückstellung für die betriebliche Altersversorgung nicht wesentlich voneinander abweichen. Der Wirtschaftsprüfer berichtete weiter vom Vorhaben der Bundesregierung, dass im künftigen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) der Zinssatz für die Rückstellung betriebliche Altersversorgung an die jeweilige Marktentwicklung anzupassen ist. Der Haushaltsausschuss hatte aus diesen Gründen schon in seiner Sitzung im Juli 2008 die Absenkung des Rechnungszinses ab dem Jahr 2008 von 5 Prozent auf 4,5 Prozent vorgeschlagen, was sowohl von der Prüfstelle der Bundes Zahnärztekammer als auch von dem hinzugezogenen Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft Verhülsdonk & Partner als angemessen bestätigt wurde. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ist somit mit den bisherigen Absenkungen des Rechnungszinssatzes zusammen mit der jetzt vorgeschlagenen Absenkung sowie mit der Verzinsung für BAV-Neuzusagen ab 2005 in Höhe von 4 Prozent, für diese gesetzliche Neuregelung bestens gerüstet. Für 2008 wurde ein aktualisiertes Gutachten in Auftrag gegeben, das sowohl mit 5 Prozent als auch mit 4,5 Prozent Rechnungszins vorliegt.

## Jahresabschlüsse und Prüftätigkeit

Im Rahmen der Prüfung der Jahresabschlüsse der LZK BW, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen hat sich der Haushaltsausschuss auch intensiv mit Abweichungen zu den Haushaltsanforderungen beschäftigt.

Der Vertreterversammlung wurde vorgeschlagen, einen Teil der Mehreinnahmen aus dem Jahr 2007 für die einmaligen Aufwendungen aus der Absenkung des Rechnungszinssatzes sowie zur Auffüllung der Rückstellung auf das Rückstellungsniveau gemäß versicherungsmathematischem Gutachten der Firma Gassner und Partner, Stuttgart, für das Jahr 2008 zu verwenden. Die nicht verwendeten Mehreinnahmen verbleiben in den jeweiligen Teilhaushalten. In diesem Zusammenhang wurde vom Haushaltsausschuss auch vorgeschlagen, dass künftige Teilwert-erhöhungen von den Teilorganisationen mit dem auf sie entfallenden Betrag getragen werden sollen.

Die Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung 2007 der Kammer, ihrer Untergliederungen und Einrichtungen wurden vom Haushaltsausschuss unter Zuziehung der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer in Zusammenarbeit der Prüfgesellschaft Verhülsdonk & Partner GmbH, Köln, geprüft.

Über die Prüfungen wurden Prüfberichte erstellt, die mit den hinzugezogenen Prüfern in Anwesenheit von Mitgliedern des Vorstandes in der Schlussbesprechung behandelt wurden. Die Prüfstelle konnte bestätigen, dass auf Grund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der LZK BW und der hierzu ergangenen Richtlinien entspricht. Es haben sich keinerlei Beanstandungen ergeben. Die Prüfberichte konnten in der Zeit vom 10. bis 28.

November 2008 bei der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eingesehen werden.



In der LZK-Geschäftsstelle und in den beiden Fortbildungseinrichtungen, der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart, wurde durch die Mitglieder des Haushaltsausschusses jeweils eine Belegprüfung durchgeführt. Über die Belegprüfungen der BZK-Haushaltsausschüsse bei den Bezirks Zahnärztekammern wurde im Haushaltsausschuss der LZK BW Bericht erstattet. Auch bei diesen Prüfungen haben sich keine Beanstandungen ergeben. Weiter hat die Vorsitzende des Haushaltsausschusses zusammen mit dem Finanzausschuss-Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Eberhard Montigel, eine Belegprüfung beim Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) durchgeführt.

## Haushaltsplanung und Kammerbeitrag

Wie in jedem Jahr hat sich der Haushaltsausschuss im Berichtsjahr auch intensiv mit den Ansätzen für den Haushalt 2009 und dem daraus resultierenden Kammerbeitrag auseinandergesetzt. Haushaltsplan mit Stel-

lenplan und Investitionsplanung sowie die Beitragstabelle werden der Vertreterversammlung in ihrer Sitzung im Dezember zur Beschlussfassung vorgelegt.

### **Musterverträge für künftige Leiter der Fortbildungseinrichtungen**

Auf der Agenda des Haushaltsausschusses stand im Berichtsjahr außerdem der Auftrag der LZK-Vertreterversammlung vom Dezember vergangenen Jahres, Überlegungen für neue Musterarbeitsverträge für zukünftige Leiter von Fortbildungseinrichtungen der LZK BW anzustellen. Der Haushaltsausschuss hat für den finanziellen Teil der Verträge verschiedene Alternativen angedacht und eine Empfehlung ausgesprochen. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses wird im Rahmen ihres Berichtes bei der Vertreterversammlung im Dezember dieses Jahres die Delegierten hierüber informieren.

### **Änderungen von Richtlinien, Ordnungen und Leitlinien mit haushalterischen Auswirkungen**

Der Haushaltsausschuss beschäftigte sich im laufenden Berichtsjahr mit einer Überarbeitung der Richtlinie für die Entschädigung von Gutachtern der Gutachterkommission für Fragen Zahnärztlicher Haftung der LZK BW. Die Richtlinie, die bereits aus dem Jahr 2001 stammt, wurde aufgrund gesetzlicher Vorgaben einer redaktionellen Änderung unterzogen und wird der LZK-Vertreterversammlung im Dezember dieses Jahres zur Beschlussfassung vorgelegt.



# Landesberufsgericht für Zahnärzte

**K**ammermitglieder haben sich bei etwaigem berufsunwürdigem Verhalten oder Handlungen in einem Berufsgerichtsverfahren zu verantworten. Als berufsunwürdig sind Handlungen zu erachten, welche gegen die Pflichten verstoßen, die einem Kammermitglied zur Wahrung des Ansehens seines Berufes obliegen. Nicht Gegenstand eines berufsgerichtlichen Verfahrens können sein, politische, religiöse oder wissenschaftliche Ansichten und Handlungen oder die Stellungnahme zu wirtschaftlichen Berufsangelegenheiten.

Nach dem Heilberufe-Kammergesetz des Landes Baden-Württemberg gehört die Überwachung der Einhaltung der zahnärztlichen Berufspflichten zu den hoheitlichen Aufgaben der Landeszahnärztekammer. Zu diesem Zwecke ist bei der Landeszahnärztekammer eine berufsständige Gerichtsbarkeit eingerichtet. Die bei den Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen eingerichteten erstinstanzlichen Bezirksberufsgericht und das bei der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer bestehende Landesberufsgericht für Zahnärzte, das für Berufungsverfahren zuständig ist, haben Organcharakter und gehören zur ordentlichen deutschen Gerichtsbarkeit. Die Mitglieder der Bezirks- und des Landesberufsgerichts, die allesamt richterliche Unabhängigkeit besitzen, werden auf Vorschlag der Landeszahnärztekammer vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg bestellt.

Das Landesberufsgericht entscheidet in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, einem juristischen Beisitzer und drei zahnärztlichen Beisitzern. Die Bezirksberufsgerichte entscheiden mit einem Vorsitzenden und je zwei zahnärztlichen Beisitzern. Zum Vorsitzenden kann nur ein auf Lebzeit ernannter Richter

bestellt werden. Der juristische Besitzer des Landesberufsgerichts muss ebenfalls die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Die zahnärztlichen Beisitzer müssen Kammermitglieder sein.

## Kammeranwälte vertreten Kammer

Die Bezirkszahnärztekammern bestellen für ihren Bezirk so genannte Kammeranwälte als Ermittlungsführer und Vertreter der berufsgerichtlichen Klage im Verfahren vor den Berufsgerichten. Die Kammeranwälte müssen die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen und werden auf Vorschlag der Vorstände der Bezirkszahnärztekammern von der Landeszahnärztekammer bestellt.

Die Kammeranwälte sind, mit Ausnahme im Ermittlungsverfahren, an Weisungen der sie bestellenden Bezirksvorstände gebunden.

Sobald der Kammeranwalt durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von einem Verdacht einer berufsunwürdigen Handlung Kenntnis erlangt, hat er ein entsprechendes Ermittlungsverfahren einzuleiten. Hierbei sind nicht nur belastende, sondern auch entlastende und die für die Strafbemessung bedeutsame Umstände zu berücksichtigen.

## Berufungsverfahren sind rückläufig

Die Anzahl der anhängigen Berufsgerichtsverfahren vor dem Landesberufsgericht für Zahnärzte war im Berichtsjahr 2008 leicht rückläufig. Während im vergangenen Jahr noch acht erstinstanzliche Urteile vom Landesberufsgericht in 2. Instanz verhandelt wurden, waren es im Berichtsjahr noch sechs erstinstanzliche Entscheidungen mit denen sich das Landesberufsgericht zu befassen hatte. Von diesen sechs Verfahren stammten vier Verfahren noch aus dem Jahre 2007 und

### MITGLIEDER

**Lutz-Rüdiger von Au, Vizepräsident des LG Stuttgart, Vorsitzender**  
**Helmut Schwall, LMinRat a. D., juristischer Beisitzer, Sindelfingen**  
**Dr. Stephan Haenel, 1. zahnärztlicher Beisitzer, Zell a. H.**  
**Dr. Hans-Peter Stichs, 2. zahnärztlicher Beisitzer, Hemsbach**  
**Dr. Gisela Sauter, 3. zahnärztliche Beisitzerin, Stuttgart**

zwei Verfahren aus dem laufenden Berichtsjahr.

### **Beschwerdeverfahren gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens**

Zu den Aufgaben des Landesberufsgerichts für Zahnärzte gehört es gleichfalls, über die Beschwerde eines Anzeigerstatters gegen die Einstellung eines berufsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens zu entscheiden. Die Berufsgerichtsordnung (BGO) sieht in § 24 Abs. 2 BGO vor, dass ein Anzeigerstatter, falls er durch die Handhabung verletzt ist, binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung der Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch den Kammeranwalt, die Entscheidung des Landesberufsgerichts darüber beantragen kann, ob die berufsgerichtliche Klage nicht doch zu erheben ist.

Die Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidung nach § 24 Abs. 2 BGO sind im Vergleich zum Vorjahr im Berichtsjahr 2008 deutlich zurückgegangen.

#### **STELLVERTRETENDE MITGLIEDER**

**Harald HEYLAUF, Direktor des Amtsgerichts Ludwigsburg, stv. Vorsitzender  
Siegfried MAHLER, Ltd. Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Stuttgart, stv.  
Juristischer Beisitzer**

**Dr. Klaus DE CASSAN, stv. 1. zahnärztlicher Beisitzer, Murg**

**Dr. Gerald FUCHS, stv. 2.zahnärztlicher Beisitzer, Rastatt**

**Dr. Frank RÜHLE, stv. 3. zahnärztlicher Beisitzer, Dettenhausen**

### Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2007

	Zahl	Verstöße
Verurteilungen	2	Unkollegiales Verhalten Verwendung der Berufsbezeichnung zu gewerblichen Zwecken
Verurteilungen unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	1	Betrügerisches Agieren
Einstellung des Verfahrens durch Beschluss		
Rücknahme der Berufung	1	Werbung
Freisprüche		
Noch offene Fälle		

### Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2008

	Zahl	Verstöße
Verurteilungen		
Verurteilungen unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme		
Einstellung des Verfahrens durch Beschluss		
Rücknahme der Berufung		
Freisprüche		
Noch offene Fälle	2	Beleidigung Notfalldienstverstoß

### Verteilung der Berufsverfahren auf die Bezirke

Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
3		3	

#### KAMMERANWÄLTE

Bereich Freiburg:

Hanspeter EHRET, Richter am LG a. D., Freiburg

Bereich Karlsruhe:

Wolfgang KNEIP, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Mannheim, Edingen

Bereich Stuttgart:

Rainer CHRIST, Ltd. Oberstaatsanwalt, Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart, Stuttgart

Bereich Tübingen:

Dr. Hans ELLINGER, Ltd. Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Tübingen, Tübingen

## Erstinstanzliche Verfahren vor den Bezirksberufsgerichten

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen
Anzahl der Verfahren insgesamt	22	8	7	8
Anzahl der Verurteilungen zu:				
Warnung				
Verweis				
Geldbuße	2	3	3	1
Aberkennung der Mitgliedschaft in den Organen der Kammer und den Vertretungen und Ausschüssen in den Untergliederungen				
Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit in die Organe der Kammer und in die Vertretungen und Ausschüsse der Untergliederungen bis zur Dauer von 5 Jahren				
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 StPO	1	1	1	
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 a StPO	8	1		
Anzahl der Einstellungen gem. § 154 StPO				
Anzahl der Freisprüche	1			
Anzahl der noch offenen Fälle	13	3	3	7

## Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidungen

	Zahl	Sachverhalt
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2007		
Beschwerden und Anträge aus dem Berichtsjahr 2008	1	Antrag als unzulässig verworfen
Noch offene Fälle		

### STV. KAMMERANWÄLTE

#### Bereich Freiburg:

Edgar VILLWOCK, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Freiburg, Freiburg

#### Bereich Karlsruhe:

Andreas GROSSMANN, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft Mannheim, Mannheim

#### Bereich Stuttgart:

Kurt SCHRIMM, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Ludwigsburg, Bondorf

#### Bereich Tübingen:

Günter GEIGER, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Tübingen, Tübingen

### GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG, Rechtsanwalt, Geschäftsstellenleiter

Cäcillia FALK, Sekretariat

# Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer

Seit fast zwei Jahren – der Umzug der LZK-Geschäftsstelle in ihre neuen Räumlichkeiten in Stuttgart-Möhringen fand am 18.12.2006 statt – werden die Anliegen der Kammermitglieder aus dem Zahnärztehaus in Stuttgart-Möhringen bearbeitet. Der Stadtbezirk Möhringen, der sich aus den ehemaligen Stadtteilen Möhringen, Fasanenhof und Sonnenberg zusammensetzt, wurde im Jahre 1956 vereinigt und verfügt über optimale Verkehrsanbindungen, die sich durch den Autobahnanschluss südlich von Möhringen sowie der optimalen Anbindung an den öffentlichen

Personennahverkehr mittels S-Bahn und Stadtbahn auszeichnet.

## Routine, Flexibilität und Qualität

Optimal angebunden dürfen sich in diesem Zusammenhang auch Ehrenamtsträger und Kammermitglieder in gleicher Hinsicht fühlen. Die LZK-Geschäftsstelle versteht sich als zentraler Dienstleister der Zahnärzteschaft in Baden-Württemberg. Der Dialog mit den Kammermitgliedern steht im Mittelpunkt der täglichen Arbeit. Die Zusammenarbeit steht auf dem Fundament von Transparenz und Verlässlichkeit, was sich durch eigenverantwortliche, ergebnisorientierte und kompetente Arbeit anhand eines leistungsfähigen, qualifizierten und flexiblen Teams von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigt. Eine schlanke Verwaltung und kurze Wege ermöglichen Arbeitsabläufe zu optimieren, auf Wünsche der Ehrenamtsträger und Kammermitglieder schnell zu reagieren und somit Kosten zu reduzieren. Durch diese Vor-

gehensweise folgt die LZK-Geschäftsstelle einem bewährten Konzept, dass die interne Organisation und Verwaltung stetig verbessert. Die konstante Bereitschaft zur Veränderung ist in diesem Zusammenhang als positives Merkmal hervorzuheben.

## Europäische Entwicklungen

Veränderungen aufgrund europäischer Entwicklungen werden derzeit verstärkt von der LZK-Geschäftsstelle aufbereitet und bewertet. So wurde die EU-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG mittlerweile in

deutsches Recht ratifiziert. Bisher ist es gelungen, die Einbeziehung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg in das so genannte Normenscreening zu verhindern. Ziel des Normenscreenings ist es, das nationale Recht auf unverhältnismäßige Hürden für ausländische Dienstleister – sowohl für vorübergehende Dienstleistungen als auch dauerhafte Niederlassungen – durch die Mitgliedsstaaten zu überprüfen. Dieser nicht zielorientierte bürokratische Aufwand konnte in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg bisher abgewendet werden. Die weitere Überprüfung

wird die LZK-Geschäftsstelle auch im kommenden Jahr noch beschäftigen.

## Binnenmarktinformationssystem IMI

Im Rahmen eines weiteren Projektes auf Europäischer Ebene wurde ein Binnenmarktinformationssystem entwickelt, um die Kommunikation zwischen den Mitglieds-



## Personal in der LZK-Geschäftsstelle

Axel MAAG • Thorsten BECK • Cäcilia FALK • Friederike FRITZ • Steffen GRIEBSCH • Annerose HAUBER • Inge HÖLLMÜLLER • Kathleen KAMPRATH • Ralf KRAFT • Angela LAUCHS • Andrea MADER • Christine MARTIN • Kathrin MÖLLER-PRYS • Rocco NEMITZ • Stefan OSCHMANN • Dietmar SORG • Sandy STEINIGER • Katja VEIT • Marco WAGNER

staaten zu verbessern. Hierbei handelt es sich um ein elektronisches System für den Austausch von Informationen, mit dessen Hilfe die Mitgliedsstaaten bei der alltäglichen Umsetzung ihrer Vorschriften effizienter zusammenarbeiten sollen. Es soll zur Überwindung der umfangreichen praktischen Hindernisse beitragen, die sich aus den unterschiedlichen Verwaltungs- und Arbeitsabläufen, den verschiedenen Sprachen und dem Fehlen fester Ansprechpartner in den anderen Mitgliedsstaaten ergeben. Durch eine Verringerung des Verwaltungsaufwands soll die Effizienz und Wirksamkeit der alltäglichen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten erhöht werden. Aus Sicht der LZK-Geschäftsstelle bestand jedoch bisher keine Notwendigkeit, eine Beteiligung an der Pilotphase anzustreben, da es ausreiche, wenn eine große Ärztekammer erste Erfahrungen mit der Teilnahme am Informationssystem sammelt. Im September dieses Jahres hatte sich die Europäische Kommission nunmehr dafür ausgesprochen das entsprechende Modul auch für die so genannten sektoralen Berufe auszuweiten. Das zuständige Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg teilte in diesem Zusammenhang mit, dass weitere Informationen und Termine für Schulungen folgen würden. Anhand dieser Beispiele ist deutlich zu erkennen, dass die Entscheidungen auf Europäischer Ebene auch vermehrt Einzug in die Arbeit der LZK-Geschäftsstelle hatten.

### Novellierung der GOZ

Von Seiten der Europäischen Kommission und der zuständigen Generaldirektion Binnenmarkt mit ihren ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Brüssel wurden die nationalen Gebührenordnungen wie beispielsweise die derzeit gültige Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) bereits hinreichend auf die wettbewerbsrechtlichen Auswirkungen hin geprüft. Derzeit befasst sich das Bundes-

ministerium für Gesundheit (BMG) auf nationaler Ebene unter anderen Aspekten mit dieser Vorschrift. So wurde von Seiten des BMG bereits im Jahre 2004 eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bundeszahnärztekammer, des Verbandes der privaten Krankenversicherung sowie von Vertretern

der Beihilfekostenträger eingesetzt. Mit der Vorlage des Referentenentwurfes am 24.10.2008 konnten die bereits auf verwaltungstechnischer Seite angelaufenen Maßnahmen weiter verfolgt werden. Die nächsten Schritte des vom GOZ-Ausschuss erarbeiteten und im



LZK-Vorstand verabschiedeten Maßnahmen- und Ablaufkataloges „GOZINFORM“ sind entsprechend in Bearbeitung, um auf das geplante Inkrafttreten der neuen GOZ zum 01.07.2009 optimal vorbereitet zu sein. Kommunikation und Information stehen auch hier an erster Stelle der LZK-Geschäftsstelle und so wurden die Kammermitglieder bereits im Frühjahr des Berichtsjahres über die entsprechenden Vorbereitungen informiert. Darüber hinaus haben bereits andere Länderkammern reges Interesse an den Ausarbeitungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und einer künftigen Zusammenarbeit bekundet. Ein Informationsmanagement, das die Kammermitglieder zeitnah über die aktuellen Entwicklungen informiert, definiert die LZK-Geschäftsstelle in diesem Zusammenhang als eine ihrer Hauptaufgaben.

### Deutscher Zahnärztetag in Stuttgart

Zeitintensive Vorarbeit im Rahmen der ablauftechnischen und organisatorischen Auf-



planung wurde auch im Rahmen des alljährlich stattfindenden Deutschen Zahnärztetages 2008 verlangt, der in diesem Jahr seine Pforten auf der neuen Landesmesse Stuttgart in Leinfelden-Echterdingen öffnete. Das zahnärztliche Großereignis, das im jährlichen Wechsel in einem anderen Bundesland stattfindet, gab unter dem Tagungsthema „Ästhetik in der Zahnheilkunde“ ein dreitägiges Gastspiel in Stuttgart.



Der Deutsche Zahnärztetag, gemeinsam getragen von Bundeszahnärztekammer, Deutscher Gesellschaft für Zahn- Mund- und Kieferheilkunde, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung sowie der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat als einen Bestandteil der Fortbildung das Fortbildungsprogramm für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen, das in diesem Jahr vom Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Klaus-Peter Rieger, vorbereitet und durchgeführt wurde. Darüber hinaus fand ein unvergesslicher gemeinsamer Festabend im Mercedes-Benz-Museum statt, der den geladenen Gästen wohl noch hoffentlich lange in äußerst positiver Erinnerung bleiben wird. Die Beteiligung verschiedener Organisationen an



der Aufplanung und ablauftechnischen Umsetzung der Veranstaltung stellte in diesem Zusammenhang eine besondere Herausforderung an alle Beteiligten dar.

### Informationsangebot angenommen



Vor einer besonderen Herausforderung stand die Abteilung Praxisführung, die im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Praxisführungsausschuss das Modell der alternativen bedarfsorientierten Betreuung (Kammermodell) erarbeitete. Seit der Einführung des Angebotes kann ein stetiger Zuwachs von Interessentenanfragen verzeichnet werden, das sich nicht zuletzt an den gestiegenen Teilnehmerzahlen bei den landesweiten Schulungsveranstaltungen widerspiegelt. Ein weiterer Schwerpunkt, der vermehrter Beratung und Information unter den Kammermitgliedern bedarf, ist darüber hinaus rund um den Bereich Hygiene in der Zahnarztpraxis zu finden. Verunsichert durch Publikationen verschiedener Anbieter wird es für die einzelne Zahnarztpraxis zunehmend schwieriger die richtigen Informationen zu filtern und entsprechend zu bewerten. Hier stellt die Abteilung Praxisführung eine wichtige Schnittstelle dar, die eine Filterung relevanter Informationen im Vorfeld vornimmt und so die Kammermitglieder über verschiedene Medien zeitnah über praxisrelevante Aspekte informiert. Nicht zuletzt das Praxishandbuch - heutzutage aus keiner



Zahnarztpraxis mehr wegzudenken - stellt in diesem Zusammenhang eine wichtige Verwaltungsunterstützung für das einzelne Kammermitglied dar. Pflege, Ausbau und Publizierung der „Wissensdatenbank Praxis-handbuch“ ist eine Kernaufgabe der Abteilung, die sich aufgrund der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der einen und ehrenamtlich tätigen Kammermitgliedern auf der anderen Seite zum Erfolgsmodell „made in Baden-Württemberg“ entwickelt hat. Darüber hinaus hat der LZK-Vorstand beschlossen, dass im Bereich der Abteilung Praxisführung der Aufbau einer Zahnärztlichen Stelle „BuS-Dienst“ vorangetrieben werden soll.

**LANDESZAHNÄRZTEKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG**  
 Körperschaft des öffentlichen Rechts  
**ANMELDUNG BuS-KAMMERMODELL**  
 Telefax 07 11/ 2 28 45 - 40  
 Landeszahnärztekammer BW  
 Postfach 80 06 54  
 70509 Stuttgart  
 Hiermit melde ich mich verbindlich zur Teilnahme an der Alternativen Bedarfsorientierten Betreuung an:  
 Name Praxisinhaber \_\_\_\_\_  
 Straße, Hausnr. \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

## Über die Landesgrenzen hinaus

Die baden-württembergische Ausrichtung in ihren vielen Facetten wird darüber hinaus auch über die Landesgrenzen hinweg transportiert und erfährt hierdurch eine verstärkte Aufmerksamkeit. Nicht zuletzt die starke Einbindung von Ehrenamtsträgern und Verwaltungsmitarbeitern aus dem eigenen Hause, die die Arbeitskreise und Ausschüsse auf Bundesebene bei der Bundeszahnärztekammer unterstützen, erfahren ein positives Feedback. So seien an dieser Stelle nur exemplarisch die Arbeitskreise der Landesgeschäftsführer auf Bundesebene erwähnt, die aufgrund der stetigen Dynamik in den

entsprechenden Bereichen eine verstärkte Sitzungsintensität erfahren haben. Die Arbeitskreise der Landesgeschäftsführer, an denen der Direktor der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg beteiligt sind im Einzelnen:

- Allgemeiner Teil der GOZ
- Musterberufsordnung
- Musterweiterbildungsordnung

Eine nach Möglichkeit abgestimmte Vorgehensweise der einzelnen Länderkammern soll mit dieser Vorgehensweise unterstützt werden, um die deutsche Zahnärzteschaft mit einer gemeinsamen Stimme sprechen zu lassen und nach Möglichkeit ein einheitliche Umsetzung der Musterordnungen der Bundeszahnärztekammer zu erzielen.

**LANDESZAHNÄRZTEKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG**  
 Körperschaft des öffentlichen Rechts  
**LZK**

Anmeldung / Poststelle	Angela Lauche	728
Präsident	Dr. Udo Lanke	718
Stv. Präsidenten	Dr. Antoinette Rüttala	714
Direktor	Justi Mang	712
Assistent der Geschäftsführung	Thomas Beck	716
Geschäftsführendes Sekretariat	Friderika Frits	711
Referent der Präsidenten	Rocco Rausch	718
EDV	Christine Bang	714
Finanz- und Rechnungswesen	Stefan Grubisch	711
	Ralf Kräh	714
	Kathleen Kampath	714
	Ilga Wöhrle	711
	Stefan Dechmann	722
	Karlheinz Müller-Pyke	722
	Armin von Hatten	725
	Judith Maden	711
	Georgy Vengler	718
	Wolfgang Wengen	719
	Klaus Wolf	714
	Christoph Wöhrle	712
	Carola Frits	711
	Armin von Hatten	722

## Corporate Identity

Dass die LZK-Geschäftsstelle im Sinne der Einheitlichkeit erfolgreich voranschreitet,

zeigt sich verstärkt in den Veröffentlichungen mittels verschiedener Printmedien. Mit dem internen Verbesserungsprozess Corporate Identity und Corporate Design hat die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation die Idee aufgegriffen, in einem abgestimmten Einsatz von Kommunikation und Erscheinungsbild die Darstellung und Wahrnehmung durch die interne und externe Öffentlichkeit zu vereinheitlichen. Das Konzept der LZK-Geschäftsstelle beruht darauf, wie eine Persönlichkeit wahrgenommen zu werden und langfristig eine eigene Identität zu erlangen. Die Identität ergibt sich für den Beobachter in der Regel aus der optischen Erscheinung sowie der Art und Weise zu sprechen und zu handeln. Das konsistente Handeln, Kommunizieren und visuelle Auftreten soll in diesem Zusammenhang in allen Bereichen intern aufeinander abgestimmt sein. Ein erster Schritt ist in diesem Zusammenhang mit dem gelb-blauen Farbverlauf auf den aktuellen Veröffentlichungen gemacht. Ziel der LZK-Geschäftsstelle ist es, weitere Unterscheidungs- und Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln, um durch Kontinuität eine entsprechende Wahrnehmung bei den Kammermitgliedern zu erfahren.

## EDV-Konzept

Erfolgreich implementiert und weitestgehend umgesetzt wurde in diesem Jahr auch das vom EDV-Referenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Wilfried Forscher, der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg am 7. Dezember 2007 vorgestellte EDV-Gesamtkonzept. Die Bezirks Zahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe und Tübingen verfügen nun ebenso wie die Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart über eine eigene IT-Struktur. Ein Datei- und Mailserver, ein Buchhaltungsserver sowie eine Firewall wurden in jeder Bezirks Zahnärztekammer eingerichtet. Des Weiteren verfügt jede Bezirks Zahnärzte-

kammer über einen eigenen SDSL-Anschluss der sowohl für den E-Mail-Verkehr, die Internetrecherche, die Stammdatenpflege als auch zur Fernwartung durch die EDV-Abteilung der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg genutzt wird. Der SDSL-Anschluss ermöglicht in diesem Zusammenhang eine übertragungsstarke leistungsgebundene Datenübertragung und erfüllt damit die hohen technischen Anforderungen die von Seiten der Verwaltung für das System erforderlich sind.

## Teilprojekt Stammdatenprogramm

Als Teil des EDV-Gesamtkonzeptes ist das Stammdatenprogramm hervorzuheben. Die im Vorjahr begonnene Einführung der neuen Stammdatenprogramme zur Verwaltung der Kammermitglieder und der Zahnmedizinischen Mitarbeitern/innen wurde im Jahr 2008 weiter vorangetrieben. Im Februar des Berichtsjahres wurden die zuständigen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe und Tübingen durch die Mitarbeiterinnen der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart und die EDV-Mitarbeiter der LZK-Geschäftsstelle in die Benutzung der Stammdatenprogramme eingewiesen. Die Programme wurden für alle Bezirkszahnärztekammern eingerichtet und werden nunmehr seit dem 1. April 2008 im Echtzeitbetrieb eingesetzt. Die noch zu implementierenden Programmweiterungen, wie beispielsweise das Erfassungsmerkmal bezirksübergreifender Praxen, Anzahl der Zweitpraxen, eine Schnellansicht sowie der Datenexport für das Röntgenprogramm und das Reporting werden voraussichtlich bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

#### **Umzug des Serverraums**

Um die hohen technischen Anforderungen sicherzustellen, bot es sich an, im Zuge der Umbaumaßnahmen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg im Albstadtweg, die Serverräume der LZK-Geschäftsstelle und der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart vom Erdgeschoss in das 1. Untergeschoss zu verlegen. Die entsprechenden Räumlichkeiten wurden der LZK-Geschäftsstelle kurzfristig zur Verfügung gestellt und der Umzug konnte noch im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die LZK-Geschäftsstelle nicht nur räumlich an ihrem neuen Standort angekommen ist, vielmehr sind auch die Verwaltungsabläufe zur Routine geworden. Darüber hinaus wurden die Schnittstellen zur Schwesterorganisation, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung optimiert, so dass auch im verwaltungstechnischen Zusammenspiel der beiden Organisationen ein optimaler Ablauf gewährleistet ist.

# Bezirkszahnärztekammer Freiburg

**A**uch im Jahre 2008 war die 33. Schwarzwaldtagung der südbadischen Zahnärzte wieder sehr gut besucht. Dennoch war es dieses Jahr anders. Professor Dr. Gisbert Krekeler, Fortbildungsreferent der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, der noch das wissenschaftliche Programm „Implantate – eine Erfolgsgeschichte über mehr als 50 Jahre“ der diesjährigen Tagung mit hervorragenden Referenten vorbereitet hatte, starb völlig überraschend im November des vergangenen Jahres.

Dem Vorsitzenden, Dr. Joachim Schwalber, war neben der Würdigung des reichen Lebenswerkes und dem Dank der südbadischen Zahnärztinnen und Zahnärzte, stellvertretend an seine Witwe, Dr. Krekeler, die Leitung der 33. Schwarzwaldtagung vorbehalten.



Neben den zahnmedizinischen Themen stand der diesjährige Festvortrag von Professor Dr. Dieter K. Tscheulin, Lehrstuhlinhaber für Marketing und Gesundheitsmanagement der Universität Freiburg im Mittelpunkt. Mit dem Thema „Der Umbau des Krankenversicherungssystems in Deutschland – die Einführung einer obligatorischen Privaten Krankenversicherung als Option“, stellte der Festredner zunächst die gegenwärtigen Probleme mit Reformbemühungen des deutschen Gesundheitswesens dar, um danach auf die künftige – aus politischer

Sicht – Ausrichtung des Krankenversicherungssystems einzugehen.

Als eine Handlungsoption und möglichen Lösungsansatz der Probleme, sieht der Gesundheitsökonom die Öffnung der Privaten Krankenversicherung für alle Versicherten mit verpflichtendem Angebot für einen Grundtarif, der die wesentlichen Risiken abdeckt.

Hierzu verwies Professor Dr. Tscheulin auf die positiven Erfahrungen in den Niederlanden.

Als Gesamtergebnis kann erneut festgehalten werden, dass die gesamte Veranstaltung wieder ein voller Erfolg hinsichtlich Fortbildung, Information und Kommunikation war.

## Viele gute Tipps für die Praxis



Die Fortbildungstagung der Bezirkszahnärztekammer Freiburg für Zahnmedizinische Fachangestellte war erneut ausgebucht. Über 450 Teilnehmerinnen kamen am 4. April nach Schluchsee und erlebten ein abwechslungsreiches Programm. Neben Vorträgen rund um das Thema Implantologie begeisterte Peter Edwin Brandt aus Tübingen mit Kommunikation und Rhetorik durch seinen kurzweiligen Vortrag und zahlreichen anschaulichen Kommunikationsbeispielen aus dem täglichen Leben. Zum ersten Mal konnte Dr. Peter Riedel, Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen der Bezirk-

### VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER FREIBURG

**Dr. Joachim SCHWALBER, Freiburg, Vorsitzender**

**Prof. Dr. Gisbert KREKELER, Freiburg, stv. Vorsitzender (+ 29.11.2007)**

**Dr. Norbert STRUB, Freiburg, stv. Vorsitzender (ab 03.04.2008)**

**Dr. Georg BACH, Freiburg (ab 03.04.2008)**

**Dr. Conrad GAST, Ettenheim**

**Dr. Ulrich MEISNER, Freiburg, GOZ-Referent**

zahnärztekammer Freiburg, welcher die Tagung vorbereitete und leitete, auch einen Festvortrag präsentieren. Frei nach dem Motto „Kann denn Essen Sünde sein?“ räumte der bekannte Buchautor Udo Pollmer mit Vorurteilen über ungesunde Ernährung und Übergewicht auf.

### **Treffen BZÄK und BZK Freiburg in Sulzburg**

Im idyllisch gelegenen ehemaligen Markgräfler Residenzstädtchen Sulzburg trafen sich am letzten Augustwochenende die Vorstände und Geschäftsführung der Bundeszahnärztekammer und der Bezirkszahnärztekammer Freiburg.

Neben zahlreichen tagesaktuellen Diskussionspunkten und einem kollegialen Austausch war es BZÄK Präsident Dr. Dr. Weitkamp ein Anliegen, das standespolitische Lebenswerk des scheidenden Vorsitzenden der BZK Freiburg, Dr. Joachim



Schwalber, zu würdigen.

In seiner Laudatio hob Dr. Dr. Weitkamp vor allem die visionäre Komponente des standespolitischen Wirkens Dr. Schwalbers hervor, aber auch dessen humanistische Prägung und Eloquenz, welche von „Freund und Feind“ geachtet und gefürchtet sei.

Als äußeres Zeichen des Dankes der Bundeszahnärztekammer überreichte der

Präsident das Berliner Wappentier aus edlem Porzellan, nicht ohne den augenzwinkernden Hinweis, dass das passende Wappentier für den langjährigen und ungemein erfahrenen Standespolitiker Dr. Schwalber wohl eher der Fuchs wäre.

Weitere Dankesworte der Bundeszahnärztekammer galten Dr. Foelko Grunert, der in zahlreichen Funktionen auf Bezirks- und Landesebene für die Zahnärztekammer tätig war und ebenfalls zum Ende dieser Kammerperiode ausscheiden wird.

Vor allem im Bereich Finanzen und Haushalt hat sich Dr. Grunert, momentan der am längsten aktive zahnärztliche Standespolitiker Südbadens, große Verdienste in beiden zahnärztlichen Körperschaften erworben.



In seinem launigen Dankeswort betonte Dr. Schwalber mehrfach die „Spaßkomponente“ der Standespolitik, welche ihn über so viele Jahrzehnte stets motiviert habe und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass diese auch dem nachrückenden Vorstand erhalten bleiben möge.

### **Gedächtnissymposium für Professor Dr. Gisbert Krekeler**

Überraschend und unerwartet verstarb vor einem Jahr der langjährige Stellvertretende Vorsitzende der Bezirkszahnärztekammer



Freiburg, Professor Dr. Gisbert Krekeler, kurz nach Antritt seines Ruhestandes.

Ihm zu Ehren richtete die Bezirkszahnärztekammer Freiburg am zweiten Oktoberwochenende ein Gedächtnissymposium an der Universität Freiburg, dessen akademischem Lehrkörper Professor Dr. Krekeler über viele Jahrzehnte angehört hatte, aus.

Weggefährten und Freunden war es vergönnt, als Referenten des Symposiums die außerordentliche Stellung Professor Dr. Krekeler in der Deutschen Zahnheilkunde und Oralen Chirurgie aufzuzeigen – naturgemäß mit einem Schwerpunkt auf der Oralen Implantologie, welche er maßgeblich geprägt hatte.



Vor allem bei den Beiträgen des früheren Ärztlichen Direktors der Abteilung für Zahn-, Mund- und Kieferchirurgie (und somit früheren Chefs Professor Krekeler), Professor Dr. Wilfried Schilli, und von Professor Dr. Gerhard Wahl, Vorsitzender der Deutschen ITI Sektion wurde deutlich, wie wichtig die Visionen Professor Krekeler in der frühen, kritischen Phase der Implantologie und auch wie wichtig seine Beharrlichkeit waren, den gemeinsam für richtig befundenen Weg unbeirrt weiter zu beschreiten.

Als Gründungs- und Ehrenmitglied des einzigartigen wissenschaftlichen Netzwerkes ITI (Internationales Team für Implantologie) hat Professor Krekeler mit seinen Mitstreitern die

damals noch junge Implantologie nicht nur in Deutschland bekannt gemacht, sondern sein außerordentliches Wissen Kolleginnen und Kollegen bis in den asiatischen Raum zur Verfügung gestellt. So darf Professor Dr. Gisbert Krekeler mit Fug und Recht als einer der entscheidenden Wegbereiter der modernen oralen Implantologie bezeichnet werden – dies der einhellige Tenor aller Referenten. Wie wichtig sein Wissen und Wirken selbst bei der Produktentwicklung von oralen Implantaten war und wie viel Krekeler-sches Wissen in mannigfaltigen Produkten zahlreicher heutiger Implantatsystemen beinhaltet ist, vermochte sein langjähriger Weggefährte und Freund Prof. Dr. Christian ten Bruggenkate aus den Niederlanden eindrucksvoll darzustellen.

Ein überaus gut besetztes Auditorium war beredter Beweis dafür, dass Professor Krekeler im südbadischen Raum und weit darüber hinaus unvergessen bleiben wird.



### **Volles Haus**

Fast alle Absolventinnen der ZFA-Abschlussprüfung in Freiburg sind zu einer kleinen Feierstunde ins Zahnärztehaus gekommen und konnten stolz ihre Fachangestelltenbriefe entgegennehmen. Ausbilder, Berufsschullehrer, Eltern und Freunde haben sie begleitet. Die Klassenbesten wurden mit einem Buchpreis der Kammer ausgezeichnet.

# Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe

Im Berichtsjahr 2008 traf sich der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe (BZK Karlsruhe) zu insgesamt fünf Vorstandssitzungen.

Wichtige Themen waren unter anderem die Projektplanung zur GOZ. Gleich zu Beginn des Jahres wurde eine Arbeitsgruppe GOZ, bestehend aus Dr. Jan Wilz, Kurt Schüssler und Ass. jur. David Richter, ins Leben gerufen. Maßgebliche Impulse für die Initiative der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg „GOZ INFORM“ konnten hier erarbeitet werden.



Auf Landesebene wurde unter der Leitung des Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, Dr. Bernd Borckmann, gemeinsam mit dem GOZ-Ausschuss der bundesweit einmalige GOZ-Maßnahmenkatalog erarbeitet. Ein umfassender Projektplan wurde erstellt. Projektgruppen befassten sich mit der Analyse des Arbeitsentwurfes der GOZ und mit der Planung von Schulungen. Für die Neue GOZ ist man im Lande Baden-Württemberg nicht zuletzt durch die langjährige Erfahrung aus Karlsruhe in Sachen tägliche Unterstützung der Kollegenschaft im Umgang mit der GOZ gewappnet.

Gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe wurde der Ausbau der Patientenberatung in Nordbaden beschlossen. In den Ballungsräumen Heidel-

berg, Mannheim und Karlsruhe soll das landesweit bewährte Konzept etabliert werden. Derzeit wird mit der Klinik in Heidelberg über Räumlichkeiten verhandelt.

Auch in die Diskussion um die Haltung der Landes Zahnärztekammer zur Masterausbildung brachten sich die Delegierten aus Karlsruhe zur Bundesversammlung Ende des Jahres 2007 und auch im Jahre 2008 in der außerordentlichen Vertreterversammlung ein.

## Zahnärztehaus Mannheim

Im Sinne der Unterstützung der Kollegenschaft aus einer Hand wurde die gute Zusammenarbeit im Zahnärztehaus Mannheim zwischen Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe und der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe im Jahre 2008 fortgesetzt. Die Umbaumaßnahmen in der Geschäftsstelle der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe sind mit Ende der 13. Legislaturperiode nahezu abgeschlossen. Dank der großen Kooperationsbereitschaft zwischen Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe auf der einen und der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe auf der anderen Seite, kann die gute Zusammenarbeit trotz der großen Veränderungen innerhalb der Körperschaften ausdrücklich hervorgehoben werden.



## VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER KARLSRUHE

**Dr. Bernd U. BORCKMANN, Heidelberg, Vorsitzender**  
**Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, stv. Vorsitzender**  
**Dr. Joachim Wilko BOUMAN, Pforzheim, Prophylaxe-Referent**  
**Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Fortbildungsreferent**  
**Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen**



## Kreisversammlungen

Vom 26. Mai bis 05. Juni 2008 fanden die Kreisversammlungen der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe statt. Der Arbeitsentwurf der neuen Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) wurde von Dr. Bernd Borckmann vorgestellt. Die kritischen Punkte des Arbeitsentwurfs wurden aufgezeigt, ein Ausblick auf die Diskussion mit der Politik und mögliche Änderungsanträge gegeben.

Dr. Bernhard Jäger zog im Anschluss Bilanz der letzten vier Jahre und bereitete auf die anstehende Kammerwahl vor.

## Fortbildungsangebot für Zahnärztinnen und Zahnärzte

Traditionell weist das gemeinsame Fortbildungskalendarium des Zahnärztheuses Mannheim das umfangreiche Fortbildungsangebot für die Kollegenschaft und das Praxisteam für das Jahr 2008 aus.

Eine ganztägige Berufsfachkundevorlesung unter Leitung des Vorsitzenden, Dr. Bernd Borckmann, besuchten an einem Samstag im Januar wieder 101 Studentinnen und Studenten. Gemeinsame Kursangebote mit guter Resonanz waren Reanimation, Frühdefibrillation für Zahnärzte und Team, „Die Technik der intraoralen Fotografie“, „Controlling in der Vertragszahnarztpraxis“ und „Neue Räume in der Zahnarztpraxis“. Für ein weiteres Seminar aus der Reihe Unternehmen Zahnarztpraxis mit den Themen „Reichen finanzielle Kennzahlen aus, um eine Zahnarztpraxis zu führen“ und „Raus aus der Schuldenfalle“ konnten hochkarätige Referenten, wie Professor Borkircher und Professor Detzel gewonnen werden.

Rechtliche Seminare wurden zu den Themen „Neue Möglichkeiten der Berufsausübung“, „Zahnarzt und Haftung“, „Werbung aktueller Stand“, „Fragen des Arbeitsrechts rund um die Zahnarztpraxis“ angeboten. Es wurden dezentral Röntgenkurse für Zahnärztinnen/

Zahnärzte und Helferinnen durchgeführt. Auch die Angebote zur Einführung eines Qualitätsmanagements wurden wieder belegt. Die Kooperation mit der DGQ, als Pilotprojekt in Karlsruhe gestartet, ist inzwischen auch in der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart als ein Premiumangebot in der QM-Landschaft der zahnärztlichen Körperschaften in Baden-Württemberg gemäß dem baden-württembergischen Weg etabliert. Ende April fand traditionell der Tag des Qualitätsmanagements im Zahnärztheuse Mannheim unter Leitung von Dr. Norbert Engel, Fortbildungsreferent der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe und Referent für Qualitätsmanagement der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg statt. Unter dem Titel „Die Kraft der Vision“ fanden wieder eine große Zahl QM Interessierter neben hochkarätigen Vertretern aus Landespolitik, Industrie und Bundeswehr den Weg in das Zahnärztheuse zur Diskussion und zum Gedankenaustausch.



## Zahnmedizinische Mitarbeiter, Fachlehrer und Jugendzahnpflege

Für Mitarbeiterinnen der Praxen (Herstellung von Situationsmodellen, Gruppen- und Individualprophylaxe) und Auszubildende (Lerntraining für Azubis) fanden ebenfalls mehrere Seminare statt.

Unter Leitung des Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr. Robert Heiden, trafen sich die Fachlehrer zur alljährlichen Fachlehrertagung, diesmal von 23. bis 24. November 2007 auf der Burg Windeck in Bühl/ Baden.

Dr. Wilko Bouman als zuständiges Vorstandsmitglied lud am 7. November 2007 zur Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege ins Zahnärzthehaus Mannheim.

### **Fazit und Ausblick**

Mit dem Jahr 2008 endet die 13. Legislaturperiode. Der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe war dann zwei Amtsperioden im Amt. Die Bilanz fällt positiv aus. Der Vorstand der BZK Karlsruhe begleitete aktiv und sehr kritisch die gesundheitspolitische Entwicklung auf Bundes- und Landesebene. Von der Unterstützung von Protesten im Jahre 2006 bis hin zu Gesprächen mit Politikern und Interessenvertretern wurde versucht, Einfluss geltend zu machen. Bei der GOZ Novellierung wurde auf Bundesebene mit der Verabschiedung der Honorarordnung für Zahnärzte eine betriebswirtschaftliche Kalkulationsmarke rechtzeitig vor Verabschiedung der neuen GOZ gesetzt. Die Maßnahmen zum Umgang mit der Neuen GOZ wurden aktiv aus Karlsruhe mitgestaltet.

Im Bereich Fortbildung wurde der Weg seit 2001 konsequent fortgesetzt. Die Bezirkszahnärztekammer bietet gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe eine Vielzahl von Fortbildungen an. Die Teilnehmerzahlen sind von 240 Teilnehmern im Jahre 2001 auf 3.100 Teilnehmer im Jahre 2007 gestiegen. Auf Landesebene ist ein Selbsteintragungskalendarium etabliert, im Bezirk wird seit 2005 ein Fortbildungskalendarium gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-

Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe an alle Mitglieder in Druckform ausgegeben. Wichtige Projekte der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, wie der GOZ Service oder das Pilotprojekt Qualitätsmanagement sind inzwischen aufgrund der Brisanz landesweit übernommen oder finden Berücksichtigung. Die Verwaltung ist komplett umstrukturiert, die Bezirkszahnärztekammer verfügt über eigene Räumlichkeiten, Personal und Büroausstattung und ist für die kommenden Aufgaben gerüstet. Dem neuen Vorstand wird also ein bestelltes Haus für die schwierigen kommenden Aufgaben übergeben.

# Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

Einmal mehr präsentierte sich die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart (BZK Stuttgart) im Jahr 2008, dem letzten Jahr der 13. Legislaturperiode, unter dem Motto „Von Kollegen für Kollegen“ als Dienstleister für die Zahnärzteschaft in Nord-Württemberg.

## Schwerpunkte der Kammerarbeit

Schwerpunkt der Arbeit der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart im Jahr 2008 war insbesondere, den Kammermitgliedern Hilfestellung und Unterstützung bei der Führung ihrer Zahnarztpraxen zu geben. Wichtige Themen waren unter anderem

- die Fortbildung von Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie der zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen,
- die Einführung eines Qualitätsmanagements in der Zahnarztpraxis,
- die neue GOZ,
- die Betreuung von Alten-, Pflege und Behinderteneinrichtungen und natürlich
- die 14. Wahl der Bezirksvertreter der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg für den Bereich der BZK Stuttgart

## Fortbildung



Wie in den vergangenen Jahren war Highlight des Stuttgarter Fortbildungsjahres der 4.

Stuttgarter Zahnärztetag am 6. und 7. Juni 2008 im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, Stuttgart, mit einem Programm für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen und einer eigenen begleitenden Dentalausstellung.

Nach nunmehr vier Jahren ist der Stuttgarter Zahnärztetag eine feste Größe im Fortbildungskalendarium der Zahnarztpraxen im Großraum Stuttgart.

Unter der Überschrift „Zahnärztliche Prothetik – mehr als nur (Zahn)Ersatz!“ wurde dem durch den starken Wandel in der Zahnmedizin nicht mehr so ganz im Blickpunkt stehenden Thema Prothetik ein neuer Stellenwert zugewiesen. „Man muss den Wandel in der Zahnmedizin im Sinne der Patienten begleiten, die immer länger mehr eigene Zähne behalten, aber dennoch eines Tages auf Zahnersatz angewiesen sind. Das verlangt nach neuen Behandlungsansätzen und -konzepten. Patienten legen heute Wert auf biokompatible und bezahlbare Prothetik.“ – so der Vorsitzende der BZK Stuttgart, Dr. Konrad Bühler, in seiner Eröffnungsrede.



Die Referenten aus dem In- und Ausland beleuchteten das Thema Prothetik eindrucksvoll aus verschiedenen Blickwinkeln und gaben auch wichtige Anregungen zur Alterszahnheilkunde.

## VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER STUTT GART

**Dr. Konrad BÜHLER, Eisingen, Vorsitzender**

**Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, stv. Vorsitzende**

**Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart, Gutachter-Referent**

**Dr. Dr. Hans Thomas EICHE, Stuttgart**

**Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen**

Am Stuttgarter Morgen, der nach der langen „Nacht der Legenden“ in der Alten Reithalle die Zuhörer in ihren Bann zog, ging es um Teamarbeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Prothetik.



Viele weitere Fortbildungsveranstaltungen haben das Stuttgarter Fortbildungsjahr abgerundet. Hierzu gehörten insbesondere die wissenschaftlichen Fortbildungen in den Kreisvereinigungen der BZK Stuttgart und die Traditionsveranstaltung „KH-Symposium-Herbsttagung“, die zum 12. Mal in Zusammenarbeit mit der Vereinigung Wissenschaftliche Zahnheilkunde Stuttgart / Katharinenhospital Klinikum Stuttgart zum Thema „Lebenswichtig – die Rolle des Zahnarztes bei der Früherkennung von Tumoren“ vor vollem Haus im Linden-Museum Stuttgart stattfand.

### **Einführung eines Qualitätsmanagements in der Zahnarztpraxis**

Der Vorstand der BZK Stuttgart hat sein Versprechen, seine Kolleginnen und Kollegen bei der Einführung eines Qualitätsmanagements in ihren Zahnarztpraxen umfassend zu unterstützen, eingelöst.

Nach dem Motto „Machen Sie aus einer Zitrone Limonade!“ bietet die BZK Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Qualität e.V. (DGQ) und in Ab-

stimmung mit der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe ein intensives Schulungsprogramm mit dem Ziel an, die teilnehmenden Zahnarztpraxen an Systematik, Methoden, Werkzeuge und Ziele eines Qualitätsmanagements heranzuführen, das – in der Zahnarztpraxis implementiert – nicht nur die ungeliebten gesetzlichen Vorschriften des SGB V erfüllt, sondern einen Gewinn für den Praxisinhaber, seine Mitarbeiterinnen und Patienten – somit für das gesamte Unternehmen Zahnarztpraxis – darstellt.



Das Angebot besteht aus einer Grundlagenschulung mit drei Modulen und einer darauf aufbauenden Schulung zur Einführung eines QM-Systems in der Zahnarztpraxis mit fünf Workshops, in der gemeinsam mit dem Praxisteam ein individuelles QM-Handbuch für die eigene Zahnarztpraxis erstellt wird.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 3 Grundlagenschulungen mit insgesamt 72 Teilnehmer/innen und drei Schulungen zur Einführung eines QM-Systems in der Zahnarztpraxis mit insgesamt 54 Teilnehmer/innen durchgeführt.

Fazit: Ausgebuchte Kurse und ein positives Feedback. „Das Unwort Qualitätsmanagement“ hat sich in Luft aufgelöst, ich bin froh über den eingeleiteten Prozess“, so ein teilnehmender Zahnarzt, der keinen Spaß mehr an seinem Beruf hatte und seine Praxis am liebsten verkauft hätte.

## Neue GOZ

Über nichts wurde in der Zahnärzteschaft in diesem Jahr heißer diskutiert als über die neue GOZ. Zweifelsohne stellt die GOZ-Novellierung eine zentrale Weichenstellung für den Berufsstand dar. Mit zunehmender Vehemenz fragte daher die Zahnärzteschaft nach dem Terminplan und den gesicherten Inhalten der neuen GOZ.



In einer „Tour de Ländle 2008“ informierte der Vorsitzende der BZK Stuttgart, Dr. Konrad Bühler, seine Kolleginnen und Kollegen in den Kreisvereinigungen über den aktuellen Stand der GOZ sowie die umfangreichen Maßnahmen, die bereits von der Kammer auf den Weg gebracht wurden, wie

- Analyse des GOZ-Textes
- Handbuch der LZK Baden-Württemberg zur neuen GOZ
- geplante Informationen vor Ort
- GOZ-Hotlines

- GOZ-Servicestellen
- politische Aktivitäten

Anmerkung eines Teilnehmers: „Ich bin beruhigt, die Kammer ist für die neue GOZ gut aufgestellt.“

Die BZK Stuttgart hat entsprechend des Auftrags der LZK-Vertreterversammlung vom Dezember 2007 im Jahr 2008 die personellen Voraussetzungen geschaffen, um ihren Mitgliedern einen dauerhaften Service im Bereich der Anwendung der GOZ, der Erstellung der Liquidationen und bei Auseinandersetzungen und Rechtsstreitigkeiten mit privaten Kostenträgern bieten zu können.

## Projektstart: Betreuung von Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen

Im vergangenen Herbst wurden im Rahmen des dezentralen Betreuungskonzepts in der Alten- und Behindertenzahnheilkunde der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vom Vorstand der BZK Stuttgart Senioren- und Behindertenbeauftragte in den zwölf Kreisvereinigungen bestellt.

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragten nehmen eine Mittlerrolle zwischen der so genannten „Leitstelle“ (Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg), den Betreuungszahnarztteams vor Ort und der Prophylaxereferentin der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart ein.

Die Senioren- und Behindertenbeauftragten haben damit begonnen, Betreuungszahnarztteams zu bilden und Kontakte zu den Alten- und Behinderteneinrichtungen im jeweiligen Kreis aufzunehmen. Auch haben bereits Treffen der regionalen Betreuungszahnarztteams stattgefunden.



Am 20.02.2008 und am 22.10.2008 haben darüber hinaus koordinierende Treffen der Senioren- und Behindertenbeauftragten auf Bezirksebene stattgefunden.

Man kann sagen, das Projekt der Betreuung von Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen ist erfolgreich gestartet.

#### **14. Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung der BZK Stuttgart**

Am Samstagabend, 27. September 2008, 20:50 Uhr stand das Ergebnis der 14. Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung der BZK Stuttgart fest. Von 3.681 Wahlberechtigten waren 1.668 gültige Wahlbriefe eingegangen, die Stimmzettel ausgezählt.

Die Wahlbeteiligung lag bei 45,34 Prozent.



Die neue Vertreterversammlung besteht aus 44 Mitgliedern, davon zwölf Neuzugängen, also mehr als ein Viertel.

Alle zur Wahl angetretenen Mitglieder des Vorstands der BZK Stuttgart wurden über die Bezirksliste mit guten Ergebnissen wiedergewählt.

Die konstituierende Vertreterversammlung der BZK Stuttgart fand am 12. November statt.

# Bezirkszahnärztekammer Tübingen

Im Berichtszeitraum fanden in den Monaten Dezember, März, Juni und September vier Vorstandssitzungen statt. Dazu eine Vertreterversammlung, die traditionell immer in Lindau anlässlich der Bodenseetagung im September stattfindet.

Auch die gemeinsame Sitzung des Umlageausschusses mit dem Vorstand und ein Treffen der Kreisvorsitzenden wurde am Vortag der Bodenseetagung abgehalten. Anlässlich der Vorstandssitzung im Juni wurden auch wieder die Kolleginnen und Kollegen geehrt, die auf fünfzig Jahre zahnärztliche Approbation zurückblicken konnten.



## 43. Bodenseetagung

Bei den Fortbildungsveranstaltungen im Jahr 2008 dominierte natürlich wie immer die sehr gut besuchte 43. Bodenseetagung. Neben einem hervorragenden wissenschaftlichen Programm zum Thema „Alterszahnheilkunde“, kam auch die Pflege des Gemeinns nicht zu kurz. Ein Ehrengastessen und ein Gesellschaftsabend rundeten das Programm ab.

Wie seit Jahren fand parallel zur Fortbildung für Zahnärzte die Tagung für zahnärztliche Mitarbeiterinnen in Lindau statt. Auch hier ist der steigende Zuspruch ungebrochen. Ein weiteres Seminar für Helferinnen zum Thema Abrechnung rundete die Veranstaltungen für Mitarbeiterinnen ab.



## Tübinger Praxistag

Im Juni fand der „Tübinger Praxistag“ statt, eine Fortbildungsveranstaltung, die vor Jahren von der Kassenzahnärztlichen Tübingen ins Leben gerufen wurde und seitdem von Kassenzahnärztlicher Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Tübingen und Bezirkszahnärztekammer Tübingen gemeinsam abgehalten wird. Diese eintägige Veranstaltung zu verschiedenen Themen aus dem Praxisalltag – dieses Jahr war es das Thema „QM und Praxisabgabe“ sowie „Praxismanagement - Glatteis in der Praxis erfolgreich vermeiden“ - findet immer mehr Zuspruch bei den Kolleginnen und Kollegen. War diese Veranstaltung bisher zentral in Tübingen, so sollen mit wechselnden Veranstaltungsorten – im Jahr 2008 in Reutlingen – in Zukunft die Kollegenschaft noch besser erreicht werden.

## Wahlen

In den letzten zwei Septemberwochen fanden die Wahlen zur Vertreterversammlung

### VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER TÜBINGEN

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender  
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender  
Dr. Knut HOCHLEITNER, Reutlingen  
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen  
Dr. Helmut WELLER, Pfullingen, GOZ-Referent

der Bezirkszahnärztekammer statt. Die Wahlbeteiligung lag mit knapp über fünfzig Prozent höher als in den vergangenen Jahren. Die konstituierende Vertreterversammlung wird erst im November 2008 stattfinden.

### **Zahnpflege in Altenpflegeheimen**

Das Projekt der Ulmer Zahnärztinnen und Zahnärzte, das sich mit der Schulung von Mitarbeitern sowie der Einführung von Zahnpflegemaßnahmen in Altenpflegeheimen befasst, hat sich inzwischen über den ganzen Regierungsbezirk ausgeweitet, so dass in allen Kreisen die Senioren- und Behindertenbeauftragten aktiv geworden sind. Im Kreis Biberach wurden auch Kontakte zu den ambulanten Pflegediensten geknüpft und eine erste Informationsveranstaltung in Laupheim abgehalten.

### **Standespolitische Nachwuchstagung**

Eine weitere, inzwischen auch schon traditionell gemeinsam von Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Tübingen im Herbst abgehaltene Veranstaltung ist die „Standespolitische Nachwuchstagung“. Zu dieser Veranstaltung werden, wie der Name schon sagt, Kolleginnen und Kollegen eingeladen, die sich in den ersten Jahren ihrer Praxistätigkeit befinden. Sie sollen bei dieser zweitägigen Veranstaltung an standespolitische Themen herangeführt werden. Den einführenden Vorträgen des Vorsitzenden von Kammer und des Vorsitzenden des Bezirksbeirates der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg stand das Thema „Zahnärztliche Professionsentwicklung“ im Mittelpunkt. Dieses Thema wurde von Prof. Dick, Olten, abgehandelt.

# Satzungsausschuss

**K**aum waren die Großprojekte des letzten Berichtsjahres mit der neuen LZK-Satzung, den Geschäftsordnungen Vorstand und Vertreterversammlung, der Meldeordnung, der Wahlordnung sowie der Gutachterordnung veröffentlicht und damit in Kraft getreten, so hatte sich der Satzungsausschuss mit nicht weniger dringlichen Themen zu beschäftigen.

## Notfalldienstordnung

Anlässlich eines gegen die Notfalldienstordnung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg anhängigen Normenkontrollverfahrens setzte sich der Vorstand der LZK BW schon im letzten Berichtsjahr mit der Notfalldienstordnung auseinander. Da auch die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden Württemberg (KZV BW) eine Änderung ihrer Notfalldienstordnung plante, sollte im Zuge der Novellierung der Notfalldienstordnung eine Angleichung der Notfalldienstordnungen von Kammer und KZV BW erreicht werden.

Zur Vorbereitung der Änderung der Notfalldienstordnung hatte der LZK-Vorstand Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in die auch die KZV BW Vertreter entsandte und die den Abstimmungsbedarf zwischen LZK und KZV BW koordinierte. Es wurde beschlossen, aufgrund der unterschiedlichen gesetzlichen Vorgaben, zwei getrennte aber wortgleiche Notfalldienstordnungen von LZK und KZV BW zu verabschieden und im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den Körperschaften die Durchführung und Organisation des Notfalldienstes in Baden-Württemberg zu regeln. Der LZK-Vorstand hat sich dieser Einschätzung angeschlossen und sodann dem Satzungsausschuss den Auftrag zur Erarbeitung eines Änderungsentwurfs erteilt. Die Vertreterversammlung beschloss im Juli 2008 die erarbeitete und mit der KZV ab-

gestimmte Neufassung der Notfalldienstordnung. Eine wortgleiche Notfalldienstordnung hatte die Vertreterversammlung der KZV BW bereits wenige Tage zuvor verabschiedet, so dass in Baden-Württemberg nunmehr einheitliche Regelungen für den Notfalldienst der Zahnärzte gelten.

Außer der erreichten Harmonisierung der Notfalldienstordnungen beider Körperschaften hat die Notfalldienstordnung die Regelungen an die aktuellen Verhältnisse angepasst. Eine auf Grund der praktischen Gegebenheiten erforderliche Neuregelung wurde eingeführt: Die Verpflichtung zur Teilnahme am zahnärztlichen Notfalldienst wird durch einen Zahnarzt auch dadurch erfüllt, dass er sich an einer regionalen Notfalldienstpraxis oder einem regionalen Notfalldienstzentrum beteiligt, das den zahnärztlichen Notfalldienst für einen regional abgrenzbaren Notfalldienstbezirk sicherstellt. Diese Änderung stellt eine Liberalisierung für die Kammermitglieder dar. Ferner werden die Zuständigkeiten von LZK BW bzw. den Bezirks Zahnärztekammern und der KZV BW bei Einteilung und Bekanntgabe in der neuen Notfalldienstordnung klar geregelt. Das Mindestalter zur Stellung eines Antrages auf Befreiung von der Verpflichtung zum Notfalldienst liegt wie bisher bei 60 Jahren.

## Statut der Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung

Im letzten Berichtsjahr hatte der Vorstand beschlossen, eine Koordinierungskonferenz der Mitglieder der Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung durchzuführen und das seit dem Jahre 2000 unveränderte Statut für die Gutachterkommission zu überarbeiten. Im Vorfeld der Koordinierungskonferenz wurde den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern der Gutachterkommission ein Entwurf für eine Neufassung des Statuts für die Gutachterkommission übermittelt. Die hierzu ein-

### MITGLIEDER

**Dr. Joachim SCHWALBER, Freiburg, Vorsitzender**  
**Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, stv. Vorsitzender**  
**Dr. Jürgen CAROW, Flein**  
**Dr. Karl-Heinz SUNDMACHER, Hockenheim**  
**Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen**

### ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Cäcillia FALK**

gebrachten Änderungsvorschläge wurden in den Satzungsentwurf eingearbeitet und von der Koordinierungskonferenz fachlich geprüft und abgesegnet.

Mit diesem Änderungsvorschlag hat sich der Satzungsausschuss in seiner Sitzung am 26.03.2008 beschäftigt und eine beschlussfähige Neufassung des Status für die Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung erarbeitet, die von der LZK-Vertreterversammlung letztlich in der Sitzung im Juli diesen Jahres beschlossen wurde.

Im Einzelnen: In die Neufassung ist im Rahmen der Definition der Aufgaben der Kommission eine Klarstellung des Begriffes Gesundheitsschadens aufgenommen worden. Im Rahmen der Zusammensetzung der Gutachterkommissionen wurde die Regelung der fachlichen Besetzung verstärkt: In geeigneten Fällen kann die Gutachterkommission neben dem Vorsitzenden mit zwei zahnärztlichen Mitgliedern entscheiden, die in demselben Fachgebiet oder fachlichen Bereich wie der behandelnde Zahnarzt tätig sind. Um bei der Einteilung der zahnärztlichen Mitglieder flexibel zu sein und die Mitglieder auch zu entlasten, sollen je Fachbereich mindestens zwei Mitglieder bestellt werden. Da dem Mitglied ohne Fachgebietsbezeichnung eine zeitnahe Bearbeitung in der Vielzahl der Fälle häufig nicht möglich ist, soll es dem Vorsitzenden überlassen bleiben, welches der Mitglieder ohne Gebietsbezeichnung er für welchen Fall einsetzt um eine zeitnahe Bearbeitung zu gewährleisten.

Bisher war nicht geregelt, ab wann die Monatsfrist im Rahmen des Tätigwerdens der Kommission zu laufen beginnt. Mit der Aufnahme des Terminus „nach Eingang der Aufforderung zur Stellungnahme“ ist nunmehr ein Fristbeginn erwähnt. Bislang konnte es zu Problemen mit der Monatsfrist kommen, wenn eine kurzfristige Befunderhebung aus Beweissicherungsgründen notwendig war, denn dann erschien es als nicht zumutbar, zunächst den Ablauf der

Monatsfrist abzuwarten. Hier soll der Passus, dass ein Tätigwerden auch dann möglich ist, wenn der Antragsgegner „ausdrücklich zustimmt“ Abhilfe schaffen. Bislang war die Antragsberechtigung bei minderjährigen Patienten nicht geregelt, diese Lücke ist nun geschlossen worden. Die Ausschlussgründe für ein Tätigwerden der Kommission wurden hinsichtlich der Zeitpunkte und der Mitwirkungspflichten der Patienten konkretisiert.

### **Weiterbildungsordnung**

Eine Änderung der Weiterbildungsordnung wurde auf Grund der Berufsanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union (RL 2005/36 EG) erforderlich. Diese Richtlinie ist gemäß Art. 64 am 20.10.2005 in Kraft getreten und musste durch die Mitgliedstaaten bis zum 20.10.2007 umgesetzt werden. Anfang Oktober 2007 wurde die Berufsanerkennungsrichtlinie in deutsches Recht ratifiziert und vom Landtag von Baden-Württemberg durch Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes zum 11.10.2007 umgesetzt.

Die LZK BW hat nunmehr diese im Heilberufe-Kammergesetz enthaltenen Regelungen in die Weiterbildungsordnung übernommen. Die vorliegende Satzungsänderung setzt diese kammergesetzlichen Vorgaben gemäß der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie um.

Die Änderung der Weiterbildungsordnung betrifft insbesondere die Regelungen zur Überprüfung von Qualifikationen der zahnärztlichen Berufsangehörigen aus Staaten der EU. Es handelt sich hierbei um Regelungen zu den harmonisierten und gleichgestellten Weiterbildungen, zu den nicht harmonisierten Weiterbildungen und Ausgleichsmaßnahmen, zu begonnenen, aber nicht abgeschlossenen Weiterbildungen und zum Verfahren, den vorzulegenden Unterlagen sowie zum Datenaustausch.

Die neuen Regelungen finden sich in den neuen §§ 5 bis 8 der Weiterbildungsordnung.



**D**ie Novellierung der GOZ ist mit Abstand das wichtigste Thema des vergangenen Jahres für den Berufsstand gewesen. Bereits Ende des Jahres 2007 wurde vom Bundesministerium für Gesundheit ein erster Arbeitsentwurf vorgelegt. Dabei stellte sich nach Einschätzung des GOZ-Ausschusses heraus, dass von Seiten des Ministeriums eine „Bematisierung“ der GOZ beabsichtigt ist. Mit dieser Entwicklung besteht nicht zuletzt die Gefahr, dass den Patientinnen und Patienten die bisher unbeschränkte Teilhabe an neuesten zahnmedizinischen Erkenntnissen deutlich beschnitten und andererseits der Berufsstand in seiner Therapiefreiheit in nicht unerheblichem Maße limitiert werden würde. Im Ergebnis soll mit der Novellierung eine Orientierung an dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit, so wie es das GKV-System kennt, erfolgen. Dieses Prinzip ist jedoch der privaten Gebührenordnung völlig fremd, da dort neben der Grundversorgung der Patienten auch das gesamte Spektrum des zahnmedizinischen Fortschritts zur Verfügung steht. Auch im Sinne des nachgewiesenermaßen bestehenden Spitzenplatzes der Bundesrepublik bei der Zahngesundheit der Bevölkerung war es deshalb notwendig, deutlich und nachdrücklich Position zu den Bestrebungen des Bundesministeriums zu beziehen.

In den Sitzungen des GOZ-Ausschusses hat dies einen großen Raum eingenommen. Hauptanliegen war dabei, einen Maßnahmen- und Ablaufkatalog zu entwickeln, der sich umfassend mit der Einflussnahme auf die Gesetzgebung durch die Kammer befasst und der die Vorbereitung der Zahnärzteschaft auf die neue Gebührenordnung zum Inhalt hat.

Mit der Vorlage des Referentenentwurfes am 24.10.2008 wurde von Seiten des Ausschusses begonnen gemäß dem Maßnahmen- und Ablaufkatalog zunächst den Referentenentwurf mit dem bisher vorliegenden Arbeitsentwurf zu vergleichen,

Änderungen zu analysieren und sodann die bereits vorformulierten Änderungsanträge anzupassen. Diese sollen in einer konzertierten Aktion aller Landeskammern über den Bundesrat in das laufende Verordnungsverfahren eingebracht werden, um so noch auf das Ergebnis Einfluss zu nehmen. Parallel dazu wurden die bereits konzeptionierten Schulungsveranstaltungen an die neue Rechtslage durch den vorgelegten Referentenentwurf angepasst, um möglichst zeitnah zur geplanten Verabschiedung der Verordnung durch den Bundesrat, mit zunächst großen Informationsveranstaltungen, die Kollegenschaft von Baden – Württemberg auf die geänderte Gesetzeslage vorzubereiten.

## Sitzungen

Aufgrund des großen Arbeitspensums führte der GOZ-Ausschuss im Berichtsjahr 2008 insgesamt sieben Sitzungen durch.

Die Novellierung der GOZ war dabei ein zentrales Thema mit dem sich der Ausschuss beschäftigte. Folgende Punkte standen dabei im Vordergrund:

- Erstellen eines detaillierten Zeitplans um die konkrete Umsetzung der einzelnen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Novellierung der GOZ planen und durchführen zu können (Projektmanagement).
- Fachliche Aufbereitung des Paragrafenteils und des Leistungsverzeichnisses.
- Erstellen von Vortragskonzepten für landeseinheitliche Schulungen, die sich auf wichtige Änderungen beschränken und von den Referenten bei den Schulungen entsprechend vorgetragen werden.
- Unterstützung des LZK-Vorstandes bei der Erarbeitung von Änderungsanträgen zum GOZ-Arbeitspapier aus dem

### MITGLIEDER

**Dr. Bernd U. BORCKMANN, Heidelberg, Vorsitzender**  
**Dr. Ulrich MEIßNER, Freiburg, stv. Vorsitzender, GOZ-Referent BZK Freiburg**  
**Dr. Hartmut FALKENTHAL, Leonberg, GOZ-Referent BZK Stuttgart**  
**Dr. Helmut WELLER, Pfullingen, GOZ-Referent BZK Tübingen**  
**Dr. Jan WILZ, Mannheim, GOZ-Referent BZK Karlsruhe**

### KOOPTIERTES MITGLIED

**Dr. Dr. Alexander RAFF, Stuttgart, stv. GOZ-Referent BZK Stuttgart**

Bundesministerium für Gesundheit, welche dieser in Abstimmung mit der Bundeszahnärztekammer und den anderen Länderkammern nach Vorlage des Referentenentwurfes über die Landesregierung an die Mitglieder im Bundesrat herantragen kann



- Gezielte inhaltliche Konzeption und Vorbereitung der geplanten Informationsveranstaltungen auf Landes- und Bezirks ebene
- Einrichtung einer GOZ-Telefonhotline
- Hand-out an die Zahnärztinnen und Zahnärzte (GOZ-INFORM-Ordner) im Rahmen der landesweiten Schulungsveranstaltungen.



- Analyse des Referentenentwurfes

Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen für die Planung des Schulungsangebotes war es beispielsweise notwendig, über eine Umfrage bei den Bezirkszahnärztekammern und der Kassenzahnärztlichen

Vereinigung Baden-Württemberg mögliche Referenten für die Schulungsmaßnahmen in Erfahrung zu bringen.

Die Mitglieder des GOZ-Ausschusses, unterstützt durch eine Arbeitsgruppe der Kiefer-

orthopäden unter dem Vorsitz von Dr. Gabriele Güde, nahmen daraufhin in mehreren Sitzungen eine Beurteilung und Bewertung der einzelnen Kapitel des Leistungsverzeichnisses vor. Die jeweiligen Beurteilungen und Bewertungen wurden anschließend vorgestellt, beraten und abgestimmt.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die vom Ausschuss kommentierten Kapitel „Konservierende Leistungen“ und „Chirurgische Leistungen“ der GOZ-Arbeitsgruppe Süd für die Sitzung am 25./26.04.2008 in Koblenz als Arbeitsgrundlage übersandt wurden, um die Meinung auch über die Landesgrenzen hinaus zu publizieren. Mittels dieser Vorgehensweise soll die derzeit in Arbeit befindliche GOZ-Bewertung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg über die Bundeszahnärztekammer entsprechend publiziert werden, um das Optimum, eine möglichst länderübergreifende einheitliche Auslegung der neuen GOZ unter den Zahnärztekammern zu erzielen.

In der Sitzung des GOZ-Ausschusses im April dieses Jahres wurde darüber hinaus geprüft, inwiefern mögliche Online-Fortbildungen zum Thema „Novellierung der GOZ“ sinnvoll in den Maßnahmen- und Ablaufkatalog integriert werden könnten.

In diesem Zusammenhang wurde ein Online-Vortrag zum Thema „Übersicht möglicher E-Learning-Konzepte“ aufmerksam verfolgt, so dass sich der Ausschuss ein entsprechendes Bild über die Möglichkeiten der Online-Fortbildung machen konnte. Zwischenzeitlich wurden Angebote verschiedener Firmen bezüglich dieser Art der Wissensvermittlung eingeholt, deren Konzepte in der Sitzung im Oktober des Berichtsjahres Gegenstand der Diskussion waren. Dem LZK-Vorstand wurde empfohlen, eine entsprechende Firma mit der Umsetzung des Projektes im Rahmen der E-Learning-Methode des „blended-learning“ zu beauftragen.

## ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Thorsten BECK**  
**Stefan OSCHMANN**  
**Kathrin MÖLLER-PRYS**

Ein weiterer Punkt im Rahmen des Maßnahmen- und Ablaufkataloges war die Thematik „AGB's in Zahnarztpraxen“. Insbesondere durch die Neufassung des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) und dort des § 192 Abs. 3 wurde den Privaten Krankenversicherern eine umfassende Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeit für ihre Versicherten eingeräumt. Die damit einhergehende Aufweichung der Trennung des Vertragsverhältnisses zwischen Patient und Zahnarzt einerseits und dem Erstattungsverhältnis zwischen Patient und Versicherung andererseits wird von der Zahnärzteschaft weiterhin vehement abgelehnt und zurückgewiesen. Um einer damit von den Versicherern beabsichtigten größeren Einflussnahme auf das „Zahnarzt-Patient-Verhältnis“ zu begegnen, könnten Allgemeine Geschäftsbedingungen auf Seiten der Zahnärzteschaft ein probates Mittel sein. Die Kammer möchte damit der Kollegenschaft eine Arbeitsunterstützung an die Hand geben, um den Begehrlichkeiten der Versicherer zumindest Schranken zu setzen. Von Seiten der Kammer wurde deshalb umfassend geprüft, wie solche Allgemeinen Geschäftsbedingungen verfasst werden könnten.

Darüber hinaus beschäftigte sich der GOZ-Ausschuss auch mit den möglichen betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der neuen GOZ auf die Zahnarztpraxis. So wurde unter anderem von einer externen Firma ein Kalkulationsprogramm vorgestellt, das die betriebswirtschaftliche Betrachtung der GOZ verstärkt in die Praxisführung einbezieht. Der GOZ-Ausschuss hat sich in diesem Zusammenhang dafür ausgesprochen, dass es sinnvoll wäre, ein betriebswirtschaftliches Kalkulationsprogramm für die Zahnarztpraxis weiter zu verfolgen. Damit wäre es möglich, die neue GOZ in den Verwaltungsablauf der Zahnarztpraxis optimal zu integrieren und vor allem die betriebswirtschaftlichen Parameter entsprechend zu berücksichtigen.

In der letzten Sitzung des Berichtsjahres im November 2008 wurde der inzwischen vorliegende Referentenentwurf einer umfassenden Prüfung unterzogen und die Kommentierungen sowohl zum Leistungsverzeichnis als auch des Allgemeinen Teils überarbeitet.

### **Berechnungs- und Auslegungsfragen**

Neben der Novellierung der GOZ befasste sich der GOZ-Ausschuss mit der Bearbeitung von Berechnungs- und Auslegungsfragen zur Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) und mit der Aktualisierung des Beschlusskataloges im Praxishandbuch „Gebührenordnung für Zahnärzte“ der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Die Beschlüsse sind immer aktuell im Internet eingestellt und können jederzeit abgerufen werden. Auf der Seite [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) unter dem Menü: Zahnärzte – Praxishandbücher – Gebührenordnung für Zahnärzte – Beschlusskatalog, sind alle Beschlüsse themenspezifisch geordnet und erlauben somit eine gezielte Suche nach dem gewünschten Schwerpunkt.

Neben telefonischen und schriftlichen Anfragen zur GOZ bereitet der GOZ-Ausschuss Abrechnungshinweise, Urteile, und zahnmedizinische Bewertungen auf, um die zahnärztliche Kollegenschaft mit neuesten Informationen zu versorgen.

Die GOZ-Urteilsdatenbank konnte weiter ausgebaut werden und wird nunmehr auch in



der Linksammlung der Bundeszahnärztekammer entsprechend berücksichtigt.

### **Veröffentlichungen im ZBW**

Neben gebührenrechtlichen Beratungen in den jeweiligen Bezirken und der Abstimmung im GOZ-Ausschuss sowie der überregionalen Arbeit in der GOZ-Arbeitsgruppe Süd und im GOZ-Senat der Bundeszahnärztekammer wurden von den Mitgliedern des GOZ-Ausschusses auch interessante Sachverhalte rund um die GOZ im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg publiziert, um die zahnärztliche Kollegenschaft über den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Entwicklungen und die gebührenrechtlichen Entscheidungen entsprechend zu informieren.

- ZBW 1/2008  
*BEMAtisierung der GOZ*  
Dr. Hartmut Falkenthal
- ZBW 2/2008  
*Wissenswerte Urteile*  
Dr. Ulrich Meißner
- ZBW 3/2008  
*GOZ neu – Die aktuelle Lage*  
Dr. Dr. Alexander Raff
- ZBW 3/2008  
*GOZ INFORM*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 5/2008  
*Anfragen privater Krankenversicherer*  
Dr. Jan Wilz
- ZBW 6/2008  
*Aktueller Sachstand zur Novellierung der GOZ*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 7/2008  
*LZK in den Startlöchern*  
Dr. Hartmut Falkenthal
- ZBW 8/2008  
*GOZ auf der Zielgeraden*  
Dr. Bernd Ulrich Borckmann
- ZBW 9/2008  
*Immer Kampf mit der Beihilfe?*  
Dr. Bernd Ulrich Borckmann
- ZBW 11/2008  
*Faktorgestaltung bei dentin-adhäsiven Füllungen*  
Dr. Jan Wilz
- ZBW 12/2008  
Dr. Helmut Weller

# Ausschuss für Praxisführung

**E**in arbeitsintensives Jahr liegt hinter dem Ausschuss für Praxisführung und der Abteilung Praxisführung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW).

Vorrangig hat sich der Ausschuss dieses Jahr mit dem Thema „Hygiene in der Zahnarztpraxis“ und mit der Erstellung des Leitfadens „Arbeitsschutz“ auseinander gesetzt.

Im Mittelpunkt standen die geführten Gespräche mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg zur Thematik „Überwachung der Aufbereitung von Medizinprodukten“. Die Grundlage für die Ministeriumsgespräche bildete die „Empfehlung für die Überwachung der Aufbereitung von Medizinprodukten“ der Länderarbeitsgruppe Medizinprodukte vom März 2008. Die kontinuierlichen Arbeitsgespräche mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, die bei Drucklegung dieses Jahresberichtes noch nicht abgeschlossen waren, zogen die Verschiebung der 2. Auflage der Schriftenreihe „Leitfaden zur Organisation der Hygienemaßnahmen in der Zahnarztpraxis“ nach sich.

## Leitfaden „Arbeitsschutz“

Ausgestattet mit den guten Erfahrungen nach der Einführung des Hygieneleitfadens startete der Ausschuss in diesem Jahr das Projekt Arbeitsschutz. Der Arbeitsschutz verfolgt das Ziel, das Leben und die Gesundheit der Mitarbeiter/innen einer Zahnarztpraxis zu schützen und sowohl Arbeitsplätze und Arbeitsverfahren als auch Arbeitsabläufe entsprechend der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter/innen zu gestalten. Das Auftreten von krankheitsbedingten Fehlzeiten, technischen Störungen, Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten beeinflussen nicht nur negativ den Praxisablauf, die Behandlungsqualität und die Motivation aller Mitarbeiter/innen, sondern führen auch zu erheblichen Kosten in der

Praxis. Die Sicherheit, Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeiter/innen beeinflussen nachhaltig den gesamtwirtschaftlichen Erfolg der Zahnarztpraxis. Somit leistet der Arbeitsschutz einen wesentlichen Beitrag für ein effizientes und störungsfreies Arbeiten und fördert den Praxiserfolg.

Der Ausschuss erstellte in diesem wichtigen, aber die Praxen immer belastenden, Bereich den Leitfaden „Arbeitsschutz“. Dieser Leitfaden wurde in Abstimmung mit dem staatlichen Gewerbearzt beim Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg, Dr. Bittighofer, entwickelt, um den Praxisinhabern einen Überblick zu geben und den Einstieg in das Arbeitsschutzmanagement zu erleichtern. Diese übersichtliche Broschüre wurde den Praxen in Baden-Württemberg im Juli dieses Jahres zugesandt und ist auf große Zustimmung gestoßen:



- Der Arbeitsschutz kann in die Praxisorganisation integriert und dabei auch verbessert werden,
- Grundlegende arbeitsschutzrechtliche Forderungen des Gesetzgebers und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) können erfüllt werden,
- Arbeitsbedingungen, die sich auf die Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeiter/innen auswirken, können besser beurteilt und damit verbessert werden,
- Dokumente können erstellt werden, die zum Nachweis einer geeigneten Arbeitsschutzorganisation in einer Zahnarztpraxis erforderlich sind.

### MITGLIEDER

**Dr. Norbert STRUB, Freiburg, Vorsitzender**  
**Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen, stv. Vorsitzender**  
**Dr. Jürgen CAROW, Flein**  
**Dr. Christian HOCH, Reutlingen**  
**Dr. Carsten ULRICH, Mannheim**  
**KOOPTIERTES MITGLIED**  
**Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker**

### ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Christine MARTIN**  
**Katja VEIT**  
**Marco WAGNER**



Der Leitfaden „Arbeitsschutz“ ist vergleichbar mit dem schon bekannten „Leitfaden zur Organisation der Hygienemaßnahmen“ aufgebaut. Als praxisnaher und kompakter Ratgeber gibt er jedem Praxisinhaber und jeder Praxisinhaberin die notwendige Anleitung, um der Verantwortung im Arbeitsschutz leichter gerecht werden zu können.



Er beinhaltet die Bereiche „Rechtliche Vorgaben“, „Verantwortung im Arbeitsschutz“ und „Gefährdungsbeurteilung“ und einen „Speziellen Fachteil“, der auf die einzelnen Bereiche Abfallentsorgung, Arbeitsmedizinische Vorsorge, Arbeitsunfall, Bauliche Anforderungen, Bildschirmarbeitsplatz, Biologische Arbeitsstoffe, Brandschutz, Erste Hilfe, Gefahrstoffe, Hygiene, Laser, Mutter- und Jugendschutz, Persönliche Schutzausrüstung, Prüfpflichten, Röntgen, Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung und Unterweisung eingeht.

Auf der dem Leitfaden beigelegten CD-ROM sind die themenspezifischen Gefährdungsbeurteilungen installiert, mit denen die Umsetzung des Arbeitsschutzes schnell und einfach möglich ist.

Der Leitfaden „Arbeitsschutz“ ist Bestandteil des Praxishandbuchs „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis“ der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und kann über den Internetauftritt der LZK BW unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) über die Rubrik „Zahnärzte, Praxishandbücher, QM“ aufgerufen werden. Neben den behandelten Themen wird auf weiterführende,

detaillierte Informationen und Hilfsmittel in den entsprechenden Kapiteln verwiesen.

Auch die anstehende Neuauflage der CD ROM „Praxishandbücher“ der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg beinhaltet des Leitfaden „Arbeitsschutz“. Dadurch wird eine Bearbeitung aller Dokumente direkt am PC und der Service der kompletten Verlinkung ermöglicht.

### Praxishandbücher

Mit kontinuierlichen Änderungen und Überarbeitungen werden die Inhalte der CD-ROM Praxishandbücher der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg über den Internetauftritt der LZK BW unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de)

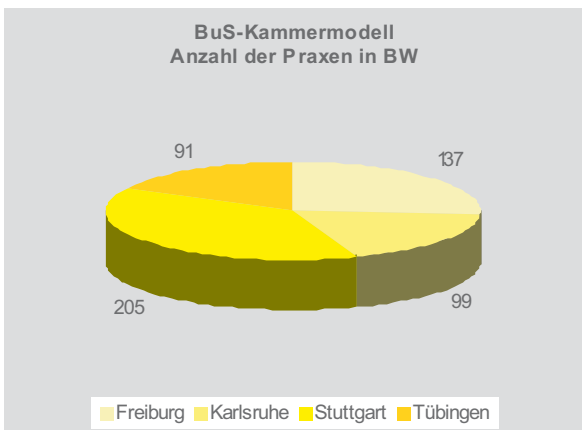


über die Rubrik „Zahnärzte, Praxishandbücher“ stets auf aktuellstem Stand gehalten. Begonnen wurde mit einer kompletten Neugestaltung der Praxishandbücher, die neben der Überarbeitung der einzelnen Kapitel des Praxishandbuchs „Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis“ auch ein völlig neues Erscheinungsbild bekommen soll. Die Umsetzung und deren EDV-technische Realisierung werden eine Neuauflage der CD-ROM erst im kommenden Jahr ermöglichen.



### BuS-Dienst – Kammermodell

Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg bietet seit Anfang 2007, zusätzlich zum Rahmenvertrag mit der Fa. Streit GmbH®, das Modell der alternativen bedarfsorientierten Betreuung - das BuS-Kammermodell - im Rahmen der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung ihren Kammermitgliedern an. Mit Stand 30.09.2008 sind 532 Teilnehmer dem Kammermodell der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg angeschlossen. Die Aufteilung auf die einzelnen Bezirkszahnärztekammern sieht wie folgt aus:



Dieses Jahr fanden am 11.04.2008 in Freiburg und am 07.11.2008 in Tübingen die BuS-Dienst-Schulungen zum Kammermodell statt.

In diesem Jahr hat der Vorstand der Landeszahnärztekammer den Weg für die mittelfristige Einrichtung einer eigenen Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst bei der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg freigegeben. Dies wird nach wie vor unter dem Dach des Präventionskonzeptes der Bundeszahnärztekammer geschehen. Ziel dieser eigenen Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst ist es, den landestypischen Anforderungen hierdurch besser gerecht werden zu können, die Durchführung der BuS-Dienst-Schulungen durch eigenes Personal zu gewährleisten, eine bessere und nähere Betreuung der BuS-Teilnehmer zu ermöglichen, parallel hierzu ein breites Fortbildungsangebot „Praxisführung im Team“ anzubieten und letztendlich den finanziellen Aufwand und somit die Gebühren für das „BuS-Kammermodell“ deutlich zu verringern.



### Bundeszahnärztekammer

Die Vertreter der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg im entsprechenden Ausschuss für Praxisführung auf Bundesebene, Dr. Struß als Vorsitzender des Ausschuss für Praxisführung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und Dr. Maager als stv. Vorsitzender, haben die auf Bundesebene behandelten Themenbereiche, die in diesem Jahr zum Teil deckungsgleich mit den auf

Länderebene behandelten Punkten waren, wie beispielsweise die „Aufbereitung von Medizinprodukten und deren Überwachung“, mit den im Ausschuss für Praxisführung in Baden-Württemberg erarbeiteten Ergebnissen gestärkt. Umgekehrt haben sie die dortigen Diskussionen in die Ausschussarbeit eingebracht.

### Service für die Kammermitglieder

Im Bereich der Praxisführung ist die externe Kommunikation nach wie vor ein entscheidender Punkt, die sich ständig ändernden Sachverhalte praxisnah zu erläutern. Hierzu gehört natürlich die telefonische Beratung zu allen Fragen der Praxisführung, die ungedindert stark genutzt wird. Neben dem persönlichen Vortrag auf Abend- und Fortbildungsveranstaltungen sowie dem persönlichen Gespräch auf der Messe Fachdental Südwest 2008 nutzt der Ausschuss die Kommunikationsplattformen Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, Praxisteam Aktuell, Internet, CD-ROM Praxishandbücher, Schriftenreihe der LZK BW und Rundschreiben, um die Praxisführungsthemen aktuell, praxisnah und umsetzbar zu präsentieren.

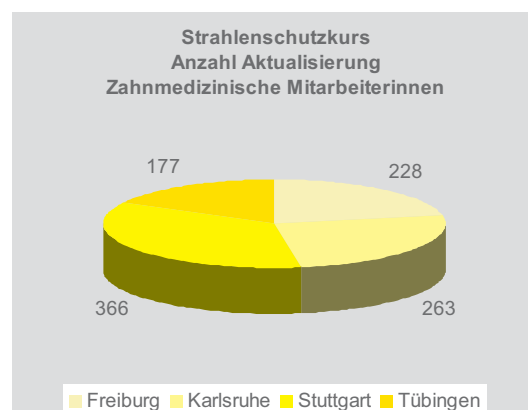
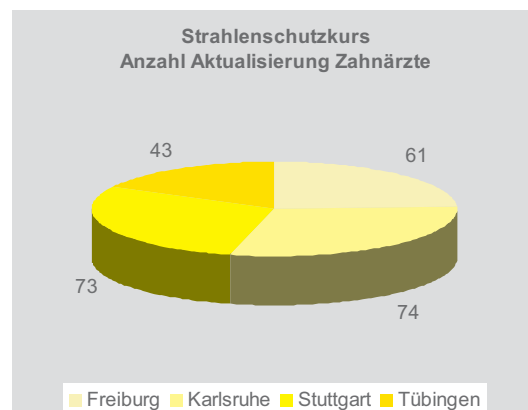
### Fachdental Südwest 2008

Die Abteilung Praxisführung der LZK BW präsentierte auf der Fachdental Südwest vom 24.-25.10.2008 die thematischen „Dauerbrenner“ CD-ROM Praxishandbücher der LZK BW und das BuS-Kammermodell. Zusätzlich wurden durch die Mitarbeiter der Abteilung Praxisführung Informationen über die neue Schriftenreihe Leitfaden „Arbeitsschutz“ der LZK BW erteilt.

### Aktualisierung Strahlenschutz

Auch in diesem Jahr fanden wieder Aktualisierungskurse für Zahnärzte und Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen statt.

Insgesamt aktualisierten 251 Zahnärzte ihre Fachkunde im Strahlenschutz und 1.034 Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen/ Zahnarzthelferinnen ihre Kenntnisse im Strahlenschutz.



### ZBW-Pinnwand

Auch in diesem Jahr stellten die Ausschussmitglieder monatlich in Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung der LZK BW im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg aktuelle praxisbezogene Themen vor. Die Präsentation erfolgte in der schon bewährten Form einer „Pinnwand“. Eine übersichtliche, kurze und auf das Wesentliche beschränkte Darstellung ist charakteristisch für diese Kurzbetrachtung der praxisrelevanten Themen.

Ziel ist es, den Praxisinhabern zum Beispiel im Rahmen von Teambesprechungen einen Anknüpfungspunkt für eine Wiederholung von Routinesachverhalten zur Verfügung zu stellen. Auf Grund der spezifischen Darstellung ist es auch möglich, die Artikel aus dem Zahnärzteblatt herauszutrennen und den betreffenden Mitarbeitern zur Kenntnis zu geben. Vor allem die am Ende einer jeden „Pinnwand“ stehenden Verweise auf die Fundstellen in den „Praxishandbüchern der LZK BW“, wo die ausführlichen Informationen zu diesen Kurzinformationen zu finden sind, machen sie zu einer konkreten Hilfestellung für die zahnärztliche Praxis.

Über folgende Themen wurde berichtet:

- ZBW 1/2008  
*Persönliche Schutzausrüstung Teil I*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 2/2008  
*Persönliche Schutzausrüstung Teil II*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 3/2008  
*Aufbereitung von Medizinprodukten*  
Ausschuss für Praxisführung
- ZBW 4/2008  
*Arbeitsunfall – Was ist zu tun?*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 5/2008  
*Stich- und Schnittverletzungen in der Zahnarztpraxis?*  
Dr. Christian Hoch, Reutlingen
- ZBW 6/2008  
*Biostoff-Betriebsanweisung*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 7/2008  
*Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung und Immunisierung in der*

*Zahnarztpraxis – Kurzübersicht und Auswirkungen*

Dr. Carsten Ullrich, Mannheim

- ZBW 8/2008  
*Einsatz von spitzen oder scharfen medizinischen Instrumenten*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 9/2008  
*Strahlenschutzkurse zum Betrieb eines dentalen Volumentomographen (DVT)*  
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen
- ZBW 10/2008  
*Dampfsterilisator versus Heißluftsterilisator/Chemiklav*  
Ausschuss für Praxisführung
- ZBW 11/2008  
*Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz – Was ändert sich?*  
LZK-Geschäftsstelle
- ZBW 12/2008  
*Praktische Tipps für die Aufbereitung von Medizinprodukten in der Zahnarztpraxis*  
LZK-Geschäftsstelle

Alle Pinnwand-Artikel sind im Internetauftritt der LZK BW unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) in der Rubrik „Zahnärzte“ unter „Praxisführung“ archiviert und damit jederzeit abrufbar.

# Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie

**D**er Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie führte im Berichtsjahr 2008 vier Sitzungen durch, in denen 14 Fachgespräche im Rahmen des Anerkennungsverfahrens zur Erlangung der Fachgebietsbezeichnung „Fachzahnarzt für Kieferorthopädie“ auf der Tagesordnung standen. Vier Fachgespräche stehen im Berichtsjahr noch an.

## Anträge auf Ermächtigungen

Im Berichtsjahr wurden drei Anträge auf Ermächtigung zur 2-jährigen fachspezifischen Weiterbildung gestellt. In zwei Fällen wurden die Antragsteller nach Prüfung der formalen Voraussetzungen zum „kollegialen Gespräch“ eingeladen und schließlich zur Weiterbildung ermächtigt.

## Weitere Themen

Hauptthemen, mit denen sich der Weiterbildungsausschuss neben den Fachgesprächen ebenfalls zu beschäftigen hatte, waren nachträgliche Genehmigungen von bereits abgeleisteten Weiterbildungszeiten, die Verlängerung von beantragten Unterbrechungszeiten, die Entscheidung über Ausnahmen von dem Erfordernis einer 2-jährigen ununterbrochenen Tätigkeit an einer Weiterbildungsstätte sowie die Anerkennung beziehungsweise Umschreibung einer Weiterbildungsermächtigung aus einem anderen Bundesland.

Im vorliegenden Fall wurde der Ursprungsantrag auf Ermächtigung in Nordrhein gestellt; dort ist lediglich ein schriftlicher Antrag auf Ermächtigung zur Weiterbildung zu stellen; die Vorlage von Fällen ist nicht erforderlich, zudem ist die Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung in Nordrhein auf fünf Jahre zeitlich begrenzt, danach muss ein neuer Antrag gestellt werden. Im Gegensatz dazu hat in Baden-Württemberg ein Antragsteller zusätzlich zu den Angaben zu

seiner Person und Praxis fünf von ihm vollständig behandelte und abgeschlossene Behandlungsfälle verschiedener Behandlungsarten vorzulegen und zu erläutern. Somit war eine Umschreibung der fachspezifischen Weiterbildungsermächtigung von Nordrhein auf Baden-Württemberg nicht möglich.

### MITGLIEDER

Prof. Dr. Dr. Gernot GÖZ, Tübingen, Vorsitzender  
Dr. Gabriele GÜDE, stv. Vorsitzende  
Dr. Alfred KIMMICH, Schwetzingen  
Dr. Thomas MIERSCH, Esslingen  
Dr. Thomas NEY, Tübingen

### ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Cäcilia FALK



Nachfolgend einige statistische Angaben:

„Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 14.10.2008)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	99	111	177	74	461
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	13	7	11	5	36
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	3	3	1	4	11
ohne zahnärztliche Tätigkeit	31	42	26	22	121
<b>Gesamt</b>	<b>146</b>	<b>163</b>	<b>215</b>	<b>105</b>	<b>629</b>

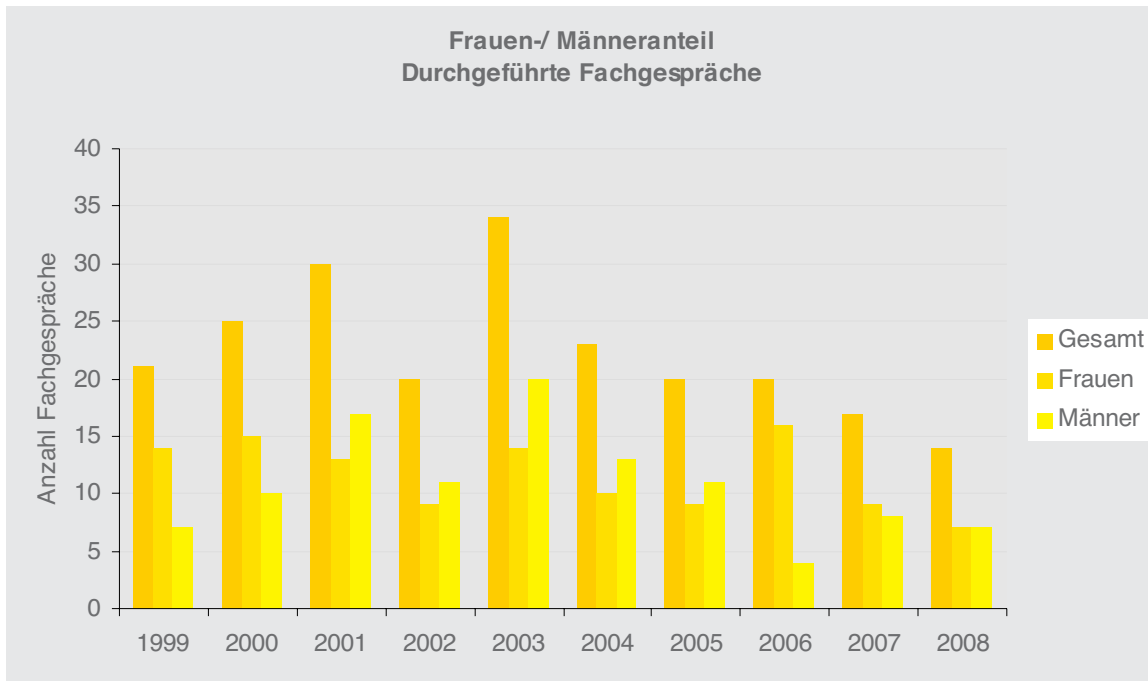
Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Kieferorthopädie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 10/2008)

bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	17
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	29
<b>Gesamt</b>	<b>46</b>

Ermächtigte niedergelassene „Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 10/2008)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 2-jähriger Ermächtigung	17	27	33	21	98
mit 3-jähriger Ermächtigung				1	1

## Durchgeführte Fachgespräche seit 1999



# Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie

Im Berichtsjahr führte der Weiterbildungsausschuss zwölf Fachgespräche im Rahmen des Anerkennungsverfahrens zur Erlangung der Fachgebietsbezeichnung „Fachzahnärztin für Oralchirurgie“ oder „Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ durch, wobei er zwei Kandidaten nicht den erfolgreichen Abschluss der Weiterbildung bestätigen konnte.

Seit 2005 ist hier erstmals eine Reduzierung der Anzahl der Fachgespräche zu verzeichnen. Waren in 2007 neunzehn Fachgespräche zu führen, waren es im Berichtsjahr ein Viertel weniger. Auch der Frauenanteil der Antragstellerinnen beziehungsweise Antragsteller ist im Berichtszeitraum erheblich niedriger als in den vergangenen Jahren, wie das nachfolgende Diagramm zeigt.

Des Weiteren lagen der Abteilung Aus-, Fort- und Weiterbildung der LZK-Geschäftsstelle auch zwölf Anträge von Mund-Kiefer-Gesichtschirurgen auf Erteilung der Fachgebietsbezeichnung „Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ vor. Nach Sichtung der Unterlagen konnte den Antragstellerin die Anerkennung „Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ ausgesprochen werden.

## Anträge auf Ermächtigungen

Gemäß der Weiterbildungsordnung können Anträge auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung für zwei oder drei Jahre gestellt werden. Nach Prüfung der formalen Voraussetzungen durch Vorlage des schriftlichen Antrages wird die Antragstellerin oder der Antragsteller zu einem „kollegialen Gespräch“ eingeladen. Zwei der Antragsteller für eine 2-jährige Weiterbildungsermächtigung wurden bereits in 2007 formal überprüft. Im Berichtsjahr wurde lediglich noch das „kollegiale Gespräch“ geführt.

Weiteres Thema ist nach wie vor die Anerkennung von zahnärztlichen Tätigkeiten in Drittstaaten als allgemein-zahnärztliches Jahr gemäß der Weiterbildungsordnung. Die Gleichwertigkeit dieser Tätigkeiten wird im Rahmen von „fachlichen Gesprächen“ vom Weiterbildungsausschuss überprüft.

### MITGLIEDER

**Dr. Frank KEHRER, Backnang, Vorsitzender**  
**Dr. Dr. Hans Thomas EICHE, stv. Vorsitzende**  
**Dr. Ulrich FÜRST, Wiesloch**  
**Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN, Freiburg**  
**Dr. Angelika VOGEL, Tübingen**

### ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Cäcilia FALK**

Nachfolgend einige statistische Angaben:

**„Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 14.10.2008)**

	FR	KA	S	TÜ	LZK
<b>Niedergelassene Fachzahnärzte</b>	72	74	106	43	295
<b>In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte</b>	7	15	9	8	39
<b>Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis</b>	4	4	1	6	15
<b>ohne zahnärztliche Tätigkeit</b>	9	10	12	11	42
<b>Gesamt</b>	92	103	128	68	391

**Derzeit in Weiterbildung auf dem Gebiet der Oralchirurgie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 10/2008)**

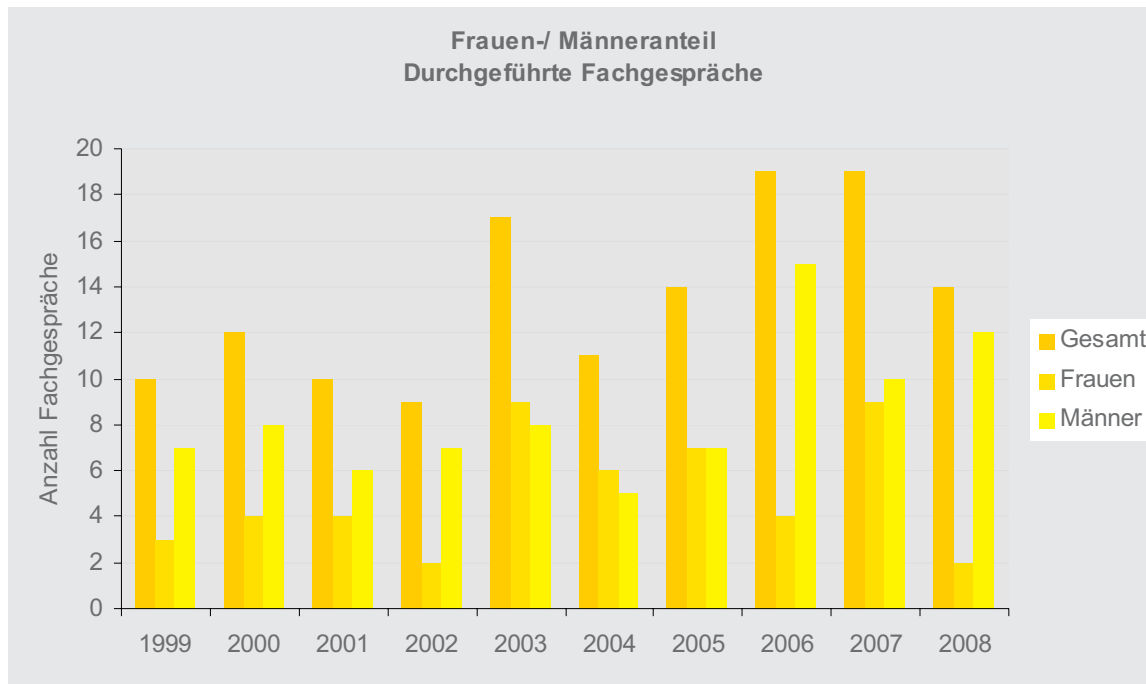
bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	15
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	*50
<b>Gesamt</b>	<b>65</b>

\* In dieser Zahl sind teilweise auch Weiterbildungsassistenten enthalten, die die ärztliche Weiterbildung „Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie“ absolvieren

**Anzahl der ermächtigten niedergelassenen „Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 10/2008)**

	FR	KA	S	TÜ	LZK
<b>mit 1-jähriger Ermächtigung</b>		1	10	2	13
<b>mit 2-jähriger Ermächtigung</b>	4	10	18	5	37
<b>mit 3-jähriger Ermächtigung</b>	1	1	6	1	9

## Durchgeführte Fachgespräche



## Anträge auf Ermächtigung

	Anzahl
<b>a)</b>	
<b>2-jährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags</b>	
Überprüfung der formalen Voraussetzungen	4
Durchführung des „kollegialen Gesprächs“ mit Erteilung der Ermächtigung (von 2 Antragstellern wurden die formalen Voraussetzungen bereits 2007 überprüft)	6
<b>b)</b>	
<b>3-jährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags</b>	
Überprüfung der formalen Voraussetzungen	2
Durchführung des „kollegialen Gesprächs“ mit Empfehlung an den LZK-Vorstand zur Erteilung der Ermächtigung	



# Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen

In den vergangenen Jahren hat sich die Bildungspolitik im Bereich der beruflichen Ausbildung intensiv mit der Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze beschäftigt. So hat nicht zuletzt der Ausbildungspakt, unterstützt durch zahlreiche neue Förderprogramme, maßgeblichen Anteil daran, dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im gewerblichen Bereich in den letzten Jahren wieder leicht gestiegen ist. Auch ein Blick auf die Ausbildungszahlen der Zahnmedizinischen Fachangestellten lässt hoffen, dass mittelfristig eine Trendwende möglich sein könnte. Fraglich erscheint in diesem Zusammenhang auf welche Schwerpunkte sich der Blick der Ausbildungsplatzsuchenden in Zukunft konzentrieren wird. Angesichts rückläufiger Schulabgängerzahlen und eines gestiegenen Angebots an neuen Ausbildungsplätzen wird in diesem Zusammenhang vermutlich der Wettbewerb um gute Auszubildende zunehmen.

Der steigende Wettbewerb um Auszubildende beginnt sich auch in den Zahlen der Ausbildungsabbrecher wieder zu spiegeln. So wurde in Deutschland im Jahre 2006 etwa jeder fünfte Ausbildungsvertrag noch vor der Abschlussprüfung wieder beendet. Im bundesweiten Vergleich wurden in Baden-

Württemberg jedoch am wenigsten Ausbildungsverträge in Industrie und Handwerk sowie in den Freien Berufen vorzeitig gelöst. Interessant und weiterhin zu beobachten bleibt die Tatsache, dass bei der Ausbildung zur/zum Zahntechniker/in 33 von 100 Auszubildenden das Ausbildungsverhältnis vor der Abschlussprüfung auflösen.

Nicht jede Auflösung bedeutet einen Abbruch oder Ausstieg aus der Berufsausbildung. Sehr häufig wird eine Ausbildung im selben Beruf in einer anderen Praxis oder einem anderen Unternehmen fortgesetzt oder eine Ausbildung in einem anderen Beruf begonnen und erfolgreich beendet. Dennoch gibt es zahlreiche Fälle, in denen das Ausbildungsverhältnis vorzeitig beendet wird, weil die Auszubildende entweder fachlich, sprachlich oder aus Gründen des Sozialverhaltens nicht in der Lage ist, die vorgeschriebene Ausbildung angemessen zu absolvieren oder sich überfordert fühlt.

## Informationsveranstaltung angeboten

Aufgrund dieser Entwicklungen im Bereich der dualen Ausbildung, hat der LZK-Vorstand auf Empfehlung des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen beschlossen, für die Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater der Agenturen für Arbeit in Baden-Württemberg eine zentrale Informationsveranstaltung zum Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten und deren Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten im April dieses Jahres in der LZK-Geschäftsstelle anzubieten. Ziel der Veranstaltung war es, die Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater entsprechend zu



## MITGLIEDER

Dr. Klaus Peter RIEGER, Reutlingen, Vorsitzender  
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, stv. Vorsitzender, Referent BZK Tübingen  
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Referent BZK Karlsruhe  
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, Referent BZK Freiburg  
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, Referent BZK Stuttgart

sensibilisieren und die Attraktivität des Berufsbildes der Zahnmedizinischen Fachangestellten hervorzuheben. Neben den Abläufen im Rahmen der dualen Ausbildung, über die Möglichkeit der Aufstiegsfortbildung bis hin zu den Delegationsmöglichkeiten und der Reputation des Heilberufes, wurden auch die rechtlichen Rahmenbedingungen grundlegend erläutert. Die abschließende Feedback-Runde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte deutlich auf, dass die Informationsveranstaltung ausschließlich positive Resonanz erhielt. So hatte beispielsweise die interne Umstrukturierung der Agenturen für Arbeit zur Folge, dass die Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater oftmals geringe Kenntnisse im Bereich des Ausbildungs- und Berufsbildes der Zahnmedizinischen Fachangestellten aufweisen. Nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt betrachtet kam die Veranstaltung zum richtigen Zeitpunkt.

### **Berufsinformationsfilm**

Ein weiterer Baustein um die Attraktivität des Berufsbildes der Zahnmedizinischen Fachangestellten zu steigern, stellt in diesem Zusammenhang der aktuelle Berufs-informationsfilm der Zahnärztekammern Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg dar. So wurde der Ausschuss darüber informiert, dass die vier Norddeutschen Kammern gemeinsam einen vierminütigen Film über das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten produziert hatten, um den Jugend-



lichen den Beruf näher zu bringen und die Attraktivität des Berufsbildes darzustellen. Da der Film neutral, ohne länderspezifische Besonderheiten das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten vorstellt, nahm der Ausschuss das Angebot gerne wahr, auf die entsprechende Internetseite bei den norddeutschen Kammern von der Homepage der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) zu verlinken. Der Film kann nunmehr unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de), Praxisteam, Ausbildung abgerufen werden.

### **BZÄK-Koordinierungskonferenz**

Der Berufsinformationsfilm war auch ein Tagesordnungspunkt bei der diesjährigen Koordinierungskonferenz der Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen der einzelnen Länderkammern bei der Bundeszahnärztekammer, die im Juli dieses Jahres in Berlin stattfand. Die Koordinierungskonferenz stellt eine wirksame Plattform für die Referenten der einzelnen Länderkammern dar, um über die aktuellen Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene entsprechend informiert zu werden. Interessant war in diesem Zusammenhang auch die Berichterstattung des geladenen Gastes der Arbeitnehmerseite, dem Verband medizinischer Fachberufe, der in diesem Zusammenhang über entsprechende Erfahrungen in den einzelnen Bundesländern aus einem anderen Blickwinkel berichten konnte. Zentrales Anliegen war in diesem Zusammenhang die einheitliche Umsetzung der Ausbildungsverordnung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten, was in Baden-Württemberg bereits einen sehr hohen Stellenwert besitzt.

### **Berufsbildungsstatistik**

Im Rahmen der Koordinierungskonferenz wurde ein Sachstandsbericht zur neuen Berufsbildungsstatistik, die seit dem Aus-

### **ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE**

**Thorsten BECK**  
**Annerose HAUBER**

bildungsjahr 2007 in neu konzipierter Form nach Gesetzeslage von den Länderkammern als zuständige Stellen umgesetzt werden müssen, gegeben. Hier wurde durch die einzelnen Berichterstattungen deutlich, dass der Verwaltungsaufwand mit den neuen Anforderungen enorm gestiegen ist. Zudem komme es häufig zu Fehlermeldungen bei der Nutzung der Statistiksoftware des Statistischen Bundesamtes. In diesem Zusammenhang wurde vereinbart, dass die Bundeszahnärztekammer im Rahmen ihrer politischen Gespräche den hohen Aufwand und geringen Nutzen der Statistikneukonzeption deutlich herausstellt und so das Meinungsbild der einzelnen Länderkammern entsprechend transportiert.

### Ausbildungsfragen



Ein weiteres zentrales Thema der Koordinierungskonferenz war der Bereich Ausbildung. Diesbezüglich diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Erlangung des Kenntnisnachweises im Röntgen- und Strahlenschutz im Zusammenhang mit der Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte. Bereits auf den Koordinierungskonferenzen der vergangenen Jahre wurde diese Thematik angesprochen, da es sich nach wie vor um ein wichtiges Thema handelt und dabei immer zu

beachten ist, dass die Röntgenverordnung einerseits und die Ausbildungsverordnung andererseits formal zwei getrennte Rechtskreise darstellen. Die Anwesenden führten aus, dass eine bundeseinheitliche Vorgehensweise in dieser Sache wünschenswert wäre, aber wahrscheinlich schwierig zu erlangen sei, da die Umsetzung der Röntgenverordnung bei den zuständigen Behörden auf Länderebene teils unterschiedlich geregelt sei. Weiter wurde berichtet, dass zur Berechtigung der technischen Durchführung von Röntgenaufnahmen sowohl die bestandene Abschlussprüfung als auch der Nachweis der Kenntnisse im Strahlenschutz erforderlich sei. Nur so ist es den Arbeitgebern möglich die regelmäßige Aktualisierung der Kenntnisse und die notwendige Auffrischung zu überwachen.



### Aufstiegsfortbildungen

Als Tagesordnungspunkt des gemeinsamen Meinungsaustausches stand auch der Bereich der Aufstiegsfortbildungen und deren Angebote in den einzelnen Ländern auf der Agenda. So ist derzeit verstärkt ein Wildwuchs einzelner externer Anbieter zu beobachten, die mit dem Hinweis agieren, dass sie eine modulare Aufstiegsfortbildung zum Beispiel zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP), nach der Musterfortbildungsordnung der Bundeszahnärztekammer durchführen würden. Aus diesem Grund sei es in Einzelfällen auch möglich, bei der zuständigen Länderkammer die erforderliche Abschlussprüfung abzulegen. Vor diesem Hintergrund empfahl die Koordinierungskonferenz, dass die Angebote

der externen Schulungsveranstalter von der Bundeszahnärztekammer einer genauen Prüfung unterzogen werden sollten und bezüglich derartiger Veröffentlichungen entsprechende Unterlassungen ausgesprochen werden müssten.

### Europäischer Qualifikationsrahmen

Der europäische Gedanke hält verstärkt Einzug in die nationalen beruflichen Bildungssysteme. Der Qualifikationsrahmen soll in diesem Zusammenhang als Übersetzungsinstrument von Qualifikationen dienen, welche auf der Freiwilligkeit der einzelnen



Mitgliedsstaaten und der jeweiligen Berufsbildungssysteme agieren. Das erklärte Ziel der Europäischen Union ist die Erleichterung der grenzüberschreitenden Mobilität der Arbeitnehmer. Die Teilnehmer nahmen zur Kenntnis, dass im Bereich der reglementierten Berufe für die Anerkennung einzelner Berufsqualifikationen allein die rechtlich verbindliche Richtlinie „2005/36/EG, Anerkennung von Berufsqualifikationen“ mit ihren fünf festgelegten Qualifikationsstufen anwendbar ist. Eine Vermischung mit den acht Qualifikationsstufen des Nationalen und Europäischen Qualifikationsrahmens, die lediglich empfehlenden Charakter haben, sei weder rechtlich möglich, noch beabsichtigt und komme für das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten nicht in Betracht.

Die verstärkte Zunahme von Online-Fortbildungskursangeboten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen nahm der

### Online-Kurse in Baden-Württemberg

Die verstärkte Zunahme von Online-Fortbildungskursangeboten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen nahm der

Ausschuss zum Anlass um sich mit der Thematik näher zu befassen. Fraglich erschien in diesem Zusammenhang, ob es möglich wäre, durch entsprechende Online-Fortbildungsangebote der kammereigenen Fortbildungsinstitute die Präsenzzeiten bei den Schulungsveranstaltungen zu senken.



Im Rahmen seiner Sitzung diskutierte der Ausschuss diesbezüglich über die verschiedenen Formen der Online-Fortbildung, die der Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen der BZK-Karlsruhe, Dr. Robert Heiden, anhand eines webbasierten Vortrages präsentierte. Als Pilotprojekt hat der Ausschuss dem LZK-Vorstand die „Grundlagen der neuen GOZ“ vorgeschlagen, die auf digitale Weise sowohl Zahnärzten als auch Mitarbeiterinnen vermittelt werden sollen und auch in den verschiedenen Kursen für die Mitarbeiterinnen als Basis-Wissensvermittlung Verwendung finden könnten.

### Altenpflegeausbildung

Ein weiteres Thema im Berichtsjahr war ein Blick über die Ausbildung der Zahnmedizinischen Fachangestellten hinaus, hin zur Altenpflegeausbildung. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung, Dr. Bernhard Jäger, sowie der Vorsitzende des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen, Dr. Klaus-Peter Rieger, haben Ende des vergangenen Jahres über eine mögliche Vermittlung von zahnmedizinischem Wissen in der Altenpflegeausbildung diskutiert und beschlossen, diese Thematik in den jeweiligen



Ausschüssen zu beraten. In einem folgenden gemeinsamen Schreiben der beiden Ausschussvorsitzenden an das zuständige Ministerium für Arbeit und Soziales wurde zum Ausdruck gebracht, dass ein flächendeckender Bedarf gesehen werde, die Lehrpläne für die Altenpflegerinnen in Baden-Württemberg im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung der zahnmedizinischen Inhalte zu erweitern, da diese Thematik derzeit nur am Rande behandelt werde. In einem Antwortschreiben des Ministeriums wurde angekündigt, einen Vertreter der LZK BW zur nächsten Koordinierungskonferenz der privaten Altenpflegesschulen einzuladen. Diese Einladung nahm der Vorsitzende des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen gerne an. Da im Vorfeld bereits erste Sacharbeit in einer interdisziplinären



Arbeitsgruppe stattfand, konnte die LZK BW bei der Konferenz konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreiten. Die teilnehmenden Vertreter der privaten

Altenpflegesschulen standen den Vorschlägen offen und dankbar gegenüber und wollen nunmehr nach internen Beratungen die Zusammenarbeit mit der LZK BW in dieser Thematik intensivieren. Das besagte Ziel des Ausschusses besteht darin, die Altenpflegerinnen und Altenpfleger aufgrund besserer Informationen rund um das Thema Zahnersatz etc., zu verstärkter und besserer Mundhygiene anzuhalten.

### Deutscher Zahnärztetag in Stuttgart

Das rollierende System des Deutschen Zahnärztetages, der größten deutsche Fortbildungsveranstaltung für Zahnärztinnen und Zahnärzte, brachte die Großveranstaltung

dieses Jahr nach Stuttgart. In diesem Zusammenhang ergriff der Ausschussvorsitzende, Dr. Klaus-Peter Rieger, die Chance, ein Programm für die Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen zu gestalten. Unter dem Tagungsthema „Ästhetik in der Zahnheilkunde“



versammelten sich zahlreiche Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen im Internationalen Congresscenter auf der neuen Landesmesse Stuttgart, um bei interessanten und kurzweiligen Referaten zahnmedizinische und methodische Instrumente aufgezeigt zu bekommen, die sie im Rahmen ihrer Berufsausübung nun gezielt zum Einsatz bringen können. Von den weichen Faktoren der Patientenführung unter psychologischen Gesichtspunkten bis hin zu zahnmedizinischen Themen rund um das Thema Ästhetik in der Behandlung, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein großes Vortragsangebot in Anspruch nehmen. Das Resümee war äußerst positiv und soll als Unterstützung für den nächsten Landes-zahnärztetag im Jahre 2010 dienen.



# Berufsbildungsausschuss

**D**ie duale Berufsausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Da sie sich an den realen Arbeitsprozessen der beruflichen Praxis orientiert, genießt sie auch international ein hohes Ansehen. Weltweit greifen immer mehr Länder die Vorteile der dualen Berufsausbildung auf.



Die Stärken des dualen Berufsbildungssystems lassen sich grundsätzlich durch vier Merkmale charakterisieren:

- Staat, Wirtschaft und Sozialpartner sichern gemeinsam die Rahmenbedingungen der Berufsbildung. Von Entwicklung der Curricula, der Implementierung bis zur Zertifizierung (beispielsweise Fachangestelltenbrief) arbeiten alle Beteiligten Hand in Hand.
- Vermittlung umfassender Handlungskompetenz. Lernen im Betrieb einerseits und in der Schule andererseits ist dafür die beste Voraussetzung, da nicht nur Wissen und Fertigkeiten, sondern auch soziale und personale Kompetenz gefördert werden.
- Überbetriebliche Ausbildungsstandards und einheitliche Prüfungsanforderungen garantieren die Ausbildungsqualität und fördern lebenslanges Lernen.
- Zahnärztinnen und Zahnärzte als Ausbilder sind Pädagogen und fachlicher Ausbilder in Personalunion.

## Meinungsaustausch

Unter Berücksichtigung der oben genannten Merkmale betrachtete der Berufsbildungsausschuss in seiner diesjährigen Sitzung auch die Entwicklung im Bereich der Aus- und Fortbildung rund um das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten. Durch die interdisziplinäre Zusammensetzung des Berufsbildungsausschusses durch Arbeitgebervertreter auf der einen sowie Arbeitnehmervertretern auf der anderen Seite, ergänzt durch Vertreter der Lehrerinnen und Lehrer der Berufsschulen, werden optimale Synergieeffekte erzielt, um die hohen Qualitätsanforderungen bei der Aus- und Fortbildung der Zahnmedizinischen Fachangestellten sicherzustellen. Dass in diesem Zusammenhang in manchem Bereich Zielkonflikte von Seiten der Teilnehmer bestehen, bleibt nicht aus, steigert jedoch durch eine konsentrierte Lösungsentwicklung die Bedeutung des Ausschusses nach außen erheblich.



## Abschlussprüfungsordnung novelliert

Unter diesem Aspekt diskutierte der Ausschuss in seiner Sitzung im Herbst dieses Jahres auch die Abschlussprüfungsordnung für Zahnmedizinische Fachangestellte. Der Ausschuss sprach sich nach eingehender Diskussion dafür aus, dass die Überprüfung der Kenntnisse im Röntgen- und Strahlenschutz im Rahmen des mündlich-praktischen Prüfungsteils eine entsprechende Aufwertung

### ARBEITGEBERVERTRETER

Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen,  
Vorsitzender

Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe

Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn

Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch

Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach

Dr. Bernd STOLL, Albstadt

### ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN

Harald KRAUS, Stuttgart,

Stv. Vorsitzender

Vesna BRAUN, Appenweier

Elke HERBIG, Ludwigshafen

Ulrike HERRMANN, Reutlingen

Beatrix JÖRG, Stuttgart

Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen

erfahren sollte. Durch die stärkere Berücksichtigung im Rahmen der praxisorientierten Überprüfung erfährt die Handlungskompetenz und somit der qualitätssichernde Aspekt in diesem Prüfungsteil eine Aufwertung.

### **Ausbildungsberater**

Einen Überblick verschiedener Sachverhalte aus der Praxis gaben die Ausbildungsberater, bei denen es sich um die vier Arbeitsgebervertreter in Personalunion handelt, in ihrem Bericht bekannt. So informierten sie über die Entwicklungen und Vorkommnisse im Bereich der Ausbildung in den Bezirken Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen und konnten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als einheitliches Resümee zur Kenntnis geben, dass die Aus- und Fortbildungsordnungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg in allen Bezirken einheitlich umgesetzt werden und es sehr wenig Beanstandungen gebe. Lediglich in Einzelfällen mussten die bezirksansässigen Schlichtungsausschüsse angerufen werden, um zwischen Ausbilder und Auszubildender zu vermitteln.

**LEHRKRÄFTE AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN**  
OStD Karlheinz KÄRPFER, Heilbronn  
OStR Helmut HAGMEIER, Tübingen  
StR Roland HEIDLER, Rastatt  
StD Dr. Heinz KAISER, Ludwigsburg  
StD Albert MERGELBERG, Freiburg  
OStR Jutta SCHLEIßMANN, Heidelberg

**ZUSTÄNDIGKEIT  
LZK-GESCHÄFTSSTELLE**

Thorsten BECK  
Annerose HAUBER

# Fachausschüsse für ZFA

## Zwischen- und Abschlussprüfung

**D**er Fachausschuss **Zwischenprüfung** für Zahnmedizinische Fachangestellte führte wie jedes Jahr Anfang des Berichtsjahres seine Sitzung durch.

### Vorbereitung der Fragen für die Zwischenprüfung

Entsprechend seiner Aufgabenstellung hat sich der Ausschuss ausschließlich mit der Festlegung der Fragen und Lösungen – in Form von Praxisfalldarstellungen – für die schriftliche Zwischenprüfung befasst.

An der Zwischenprüfung 2008 haben insgesamt 1.365 Prüflinge teilgenommen, was im Vergleich zu den beiden vorausgegangenen Jahren einen Rückgang um 3,2 Prozent zum Jahr 2007 (1.409 Prüflinge) bzw. 12,1 Prozent zum Jahr 2006 (1.530 Prüflinge) bedeutet.

Der Gesamtnotendurchschnitt lag in 2008 in Behandlungsassistenz bei einer Note von 2,4 (Vorjahr 2,2), in Abrechnungswesen wie im Vorjahr bei 2,3 und in Praxisorganisation und -verwaltung bei 2,7 (Vorjahr 2,5).

### Notendurchschnitt im Vergleich zu allen Berufsschulen

In allen 26 Berufsschulen wurden ähnliche Ergebnisse erzielt. Der Gesamtnotendurchschnitt bewegt sich im Mittel zwischen 2,4 und 2,7.

Der Fachausschuss **Abschlussprüfung** für Zahnmedizinische Fachangestellte führte im Berichtsjahr zwei Sitzungen durch.

### Vorbereitung der Abschlussprüfung

Hauptaufgabe des Fachausschusses Abschlussprüfung für Zahnmedizinische Fachangestellte ist die Erstellung und Festlegung der Fragen und Lösungen für die schriftliche Abschlussprüfung für Zahnmedizinische

Fachangestellte. Die vom Ausschuss erstellten Fragen wurden der Koordinierungsstelle beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg zur Drucklegung weitergeleitet.

An der Sommer-Abschlussprüfung 2008 haben insgesamt 1.338 Prüflinge teilgenommen, was im Vergleich zu den beiden vorausgegangenen Jahren einen Rückgang um 9 Prozent zum Jahr 2007 (1.458 Prüflinge) bzw. 17,9 Prozent zum Jahr 2006 (1.578 Prüflinge) bedeutet.

### Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung

Positiv hervorzuheben ist, dass sich die Quote der durchgefallenen Prüflinge auf 3,8 Prozent (Vorjahr 5,2 Prozent) reduziert hat.

**FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG  
ARBEITGEBERVERTRETER/INNEN**  
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Vorsitzender  
Dr. Elisabeth HILLERICH, Ulm  
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn  
**ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN**  
Johanna KAPP, Tübingen  
Valérie LEOPOLD, Korntal  
Melanie THUMM, Altdorf

**FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG  
LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN**  
StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach, stv.  
Vorsitzender  
StR Roland HEIDLER, Ettlingen  
StR Jürgen ZINSER, Stuttgart

**ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSTELLE**  
Annerose HAUBER

## Notendurchschnitt der Zwischenprüfung 2008 im Vergleich zu allen Berufsschulen

Berufsschulen in Baden-Württemberg	Anzahl Azubis	Durchschnittsnote
Freiburg	74	2,4
Konstanz	44	2,5
Offenburg	52	2,5
Rheinfelden	32	2,4
Rottweil	60	2,4
Waldshut	29	2,5
Heidelberg	66	2,6
Karlsruhe	85	2,4
Mannheim	60	2,7
Pforzheim	37	2,6
Rastatt	31	2,4
Heilbronn	83	2,5
Ludwigsburg	66	2,4
Nürtingen	55	2,4
Schorndorf	63	2,4
Stuttgart	103	2,5
Sindelfingen	53	2,4
Aulendorf	92	2,3
Tübingen	95	2,5
Ulm	69	2,3
Horb	29	2,5
Mosbach	15	2,3
Ellwangen	24	2,5
Bad Mergentheim	20	2,6
Geislingen	28	2,7
<b>Baden-Württemberg gesamt</b>	<b>1.365</b>	<b>2,5</b>

### FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG

#### ARBEITGEBERVERTRETER/BEISITZER

Dr. Meinhard GEORG, Ladenburg, Vorsitzender

Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, stv. Vorsitzender

Dr. Susanne HANDTMANN, Tübingen

Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe

#### ARBEITNEHMERVERTRETER

Gabriele DAVID-GREUNKE, Weingarten

Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen

## Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung 2008

Bezirkszahnärztekammer	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	BW
<b>Gesamtergebnis Schriftlicher Teil</b>					
Behandlungsassistenten	3,0	3,0	3,0	2,9	3,0
Praxisorganisation und -verwaltung	2,3	2,2	2,2	2,5	2,3
Abrechnungswesen	2,8	2,7	3,0	2,9	2,9
Wirtschafts- und Sozialkunde	3,2	3,1	3,3	3,4	3,3
<b>Gesamtergebnis Praktischer Teil</b>					
	2,3	2,3	2,3	2,4	2,3
<b>Zahl der Teilnehmer</b>	325	311	435	267	1338
Bestanden	309	303	418	259	1289
Nicht bestanden	16	8	17	8	49
<b>RÖV-Punkte (von max. 14 ausgehend)</b>					
<b>Zahl der Teilnehmer</b>	325	312	434	267	1338
Bestanden	304	266	329	227	1126
Nicht bestanden	21	46	105	40	212

**FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG  
LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN**  
 StDin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg  
 HSR Dr. Dr. Hubert DONHAUSER, Karlsruhe  
 StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach  
 StRin Dr. Katrin KOEGEL, Ulm

**ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSTELLE**  
 Annerose HAUBER



# Prophylaxeausschuss

**B**ereits im Berichtsjahr 2007 war der Zahnärztliche Kinderpass, der sich an die Zielgruppe der Eltern mit Kindern von 0 bis 3 Jahren richtet, Thema im Prophylaxeausschuss. Inzwischen haben die niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg vom Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) je einen Kinderpass erhalten und können weitere Exemplare über den Formularservice des jeweiligen Zahnärztheuses bestellen. Darüber hinaus hat das IZZ den 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit je 300 Zahnärztliche Kinderpässe übermittelt zur kostenlosen Verteilung an Hebammen, Entbindungsstationen sowie weiterer Multiplikatoren, wie beispielsweise Frauen- und Kinderärzte. Die Arbeitsgemeinschaften können weitere Exemplare über das IZZ bestellen. Gesponsert wurde der Kinderpass von der Firma GABA, Lörrach, die auch mögliche Nachdrucke finanziert. Von den im Februar 2008 erstmals 100.000 aufgelegten Kinderpässen wurden bereits rund 60.000 abgerufen.

## Vortragsreihe für Zahnärzte vor Migranten

Auf Anregung von Dr. Antoinette Röttele, stv. Präsidentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW), hat der Prophylaxeausschuss über eine zahnärztliche Vortragsreihe zur Mundhygiene für Migranten in ihrer Muttersprache diskutiert.

Dabei wurde festgestellt, dass eine solche Vortragsreihe vermutlich diese Zielgruppe nicht erreicht; dies haben praktische Erfahrungen gezeigt. Besser geeignet ist eine aufsuchende Prophylaxe in Kindergärten. In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, dass über die Deutsch-Türkische-Gesellschaft e. V., Lameystr. 9, 75173 Pforzheim, auch ein Kontakt zu den Eltern stattfinden könnte. Hierzu wurde der Prophylaxereferent der Bezirks Zahnärztekammer Karlsruhe, Dr. Joachim Wilko Bouman, be-

auftragt, Verbindung mit dieser Gesellschaft aufzunehmen, das Interesse für Zahngesundheits-Informationen zu erfragen und in der nächsten Sitzung darüber zu berichten.

## Aktionsplan BaWü 2018 – Ernährung bei Kindern und Jugendlichen

Baden-Württemberg sieht den Bereich Ernährung als ein wichtiges Handlungsfeld für die Chancenwahrung der Kinder und Jugendlichen an. Dies zeigt sich auch darin, dass das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg im Juli 2007 vom Kabinett mit der Erstellung eines "Aktionsplans 2018 - Ernährung von Kindern und Jugendlichen" beauftragt wurde.



Die bereits bestehenden und bewährten Maßnahmen sollen darin zusammengefasst und noch mehr aufeinander abgestimmt werden.

Darüber hinaus sollen bisher nicht angesprochene Personengruppen erreicht und neue Maßnahmen entwickelt werden. Hierzu wurde die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg (LAGZ) eingeladen, ihre Maßnahmen zur Ernährungslenkung in den Aktionsplan und die geplante Umsetzungsstruktur einzubringen.

Anfang April 2008 hat ein Gespräch mit dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg stattgefunden, an dem auch die Prophylaxereferentin der LZK BW und Vorstandsmitglied der LAGZ BW, Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, teilgenommen hat.

### MITGLIEDER

**Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, Vorsitzende**  
**Dr. Carla TORNIER, Emmendingen, stv. Vorsitzende**  
**Dr. Joachim Wilko BOUMAN, Pforzheim**  
**Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn**  
**Dr. Manfred JOOß, Ravensburg**

### ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSTELLE

**Annerose HAUBER**

Themen waren die „Kooperationsvereinbarung mit den BeKi-Fachfrauen (BeKi = Bewusste Kinderernährung; vormals Fachfrauen für Kinderernährung)“ und der „Aktionsplan BaWü 2018 – Ernährung bei Kindern und Jugendlichen“. So wurden unter anderem vereinbart:



- Möglichkeiten für eine bessere Vernetzung der Aktivitäten zwischen Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit und BeKi-Koordinatorinnen zu fördern
- die Mitwirkung der LAGZ an der Einführungsveranstaltung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg zum Aktionsplan 2018 am 21.07.2008 in Stuttgart sowie
- eine Mitwirkung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg am LAGZ-Forum am 24.07.2008 im Kloster Schöntal

Aufgrund des Gesprächsergebnisses hat der Prophylaxeausschuss den Prophylaxereferenten empfohlen, bei den Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit auf Regierungsbezirksebene Vertreter des Ministeriums oder BeKi-Koordinatorinnen bei Landrats- und Landwirtschaftsämtern als Referenten einzuladen, damit diese über Landesinitiativen und sonstige Ernährungs-

projekte berichten. So sollen die Aktivitäten vor Ort besser vernetzt werden.

Darüber hinaus haben – auf Empfehlung des Prophylaxeausschusses und mit Zustimmung des LZK-Vorstandes – die stv. Prophylaxereferentin, Dr. Carla Tornier, und eine ihrer Praxismitarbeiterinnen an der vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg durchgeführten



Einführungsveranstaltung zum Aktionsplan 2018 am 21.07.2008 in Stuttgart teilgenommen und einen Informationsstand betreut. Dadurch konnten zahlreiche Impulse und Anregungen für weitere Aktivitäten im Zusammenhang mit einer optimalen Mundgesundheit und Ernährung von Kindern und Jugendlichen gegeben werden.

### Gewinnung von Patenzahnärzten

Vor dem Hintergrund der „Weiterentwicklung der Jugendzahnpflege durch das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg“ kommt den Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit und den Patenzahnärzten eine noch größere Bedeutung als bisher zu. Die Beauftragung von Patenzahnärzten erfolgt dabei eigenständig durch die Arbeitsgemeinschaften.

In diesem Zusammenhang hat der Prophylaxeausschuss die Stellungnahme einer Kreisvereinigung der Zahnärzteschaft beraten, die die Durchführung von Reihenuntersuchungen im Rahmen des Patenzahnarztmodells mehrheitlich ablehnt.



Der Prophylaxereferent der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe und Vorstandsmitglied der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, Dr. Joachim Wilko Bouman, wurde beauftragt, sich mit dem Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe für die Gewinnung von Patenzahnärzten in der Gruppenprophylaxe in den noch fehlenden Kreisen einzusetzen. Damit könnten die Sympathiewerte der Zahnärzteschaft in der Öffentlichkeit weiter gesteigert werden. Gegebenenfalls können in regionalen Pressegesprächen die Bedeutung der Patenzahnärzte für die Gruppenprophylaxe erläutert und vorgestellt werden.

# Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart

Die Rekordteilnehmerzahlen im Bereich der Fortbildung aus dem vergangenen Jahr wurden in 2008 erneut erreicht. Die Zahlen der Fortbildungs-Praxis sind ebenfalls zufriedenstellend. Die Umsätze pro Mitarbeiter konnten nochmals gesteigert werden.

Ebenso wie in den Vorjahren wurde auch in 2008 ein erheblicher Teil der in den vergangenen Jahren der Investitionsrücklage zugeführten Mittel in bauliche und medientechnische Maßnahmen investiert. Ziel ist es, die ungebrochen gute Nachfrage nach Fortbildung im Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart (ZFZ Stuttgart) zeitnah zu bedienen und insbesondere den praktischen Teil der Fortbildung auszuweiten.

Auch räumlich gab es eine Veränderung: Ab dem kommenden Jahr wird ein weiterer Phantomraum zur Verfügung stehen, der speziell für parodontologische, implantologische und endodontische Fortbildung genutzt werden kann.

Mit dem vermehrten Angebot an praktischen Kursen, gestützt auf im Praxisalltag erfahrene Referenten, soll ganz bewusst ein Gegenpol zu den immer intensiver angebotenen und massiv beworbenen theorie-lastigen Fortbildungsangeboten der Industrie, des Handels, wissenschaftlicher Vereinigungen und der Universitäten (Masterstudiengänge) geschaffen werden. Das Lehr-Team am ZFZ Stuttgart ist für diese Aufgaben gerüstet.

Der Deutsche Kongress für Präventive Zahnheilkunde, in diesem Jahr erstmalig in Innsbruck, stand zum 17. Mal unter der wissenschaftlichen Leitung des ZFZ Stuttgart.

Die Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V. am ZFZ Stuttgart hat auch das 4. Curriculum „Angewandte Präventivzahnmedizin“ erfolgreich abgeschlossen.

Zusätzlich wurde erneut eine Frühjahrsakademie auf Mallorca organisiert.

Der Direktor und sein Team sind nach wie vor in erheblichem Maß auch als Referenten in den Kreisvereinigungen wie auch auf Großveranstaltungen der Kammer in ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus tätig.

## Fortbildung



Das Jahr 2008 ist erneut gekennzeichnet durch eine hohe Nachfrage nach zahnärztlicher Fortbildung. Allerdings sind Änderungen im Nachfrageverhalten zu beobachten: Bezüglich der strukturierten Fortbildung scheint eine Sättigung erreicht, dafür erwarten die Absolventen der strukturierten Fortbildung nun spezielle Kursangebote, die ihrer Qualifikation gerecht werden. Entsprechende Updates oder Upgrades erfreuen sich großer Beliebtheit. Auch Kurse mit praktischen Schwerpunkten werden gehäuft nachgefragt.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen erwarten dabei eine Fortbildung orts- und zeitnah. Der Freitagvormittag soll für die Praxistätigkeit genutzt, Kosten für Fahrten und externe Übernachtungen gespart werden.

### VERWALTUNGSRAT

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender  
Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen, Stv. Vorsitzender  
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe  
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein/ Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart  
Dr. Manfred SCHOLZ, Umkirch  
Dr. Bernd STOLL, Albstadt

### DIREKTOR

Prof. Dr. Johannes EINWAG,  
Stuttgart

### GESCHÄFTSFÜHRUNG

Axel MAAG, Stuttgart



Aus diesem Grund wurde in den vergangenen Monaten nach Möglichkeiten gesucht, trotz der begrenzten räumlichen Möglichkeiten im ZFZ Stuttgart diesen Wünschen noch besser als bisher gerecht zu werden und gleichzeitig den Bedarf nach praktischen Fortbildungen zu befriedigen.

Die Lösung: Im kommenden Jahr werden erstmalig kombinierte Online-Präsenz-Kurse angeboten werden: Ein Teil der theoretischen Fortbildung kann auf diese Weise zuhause erledigt werden. Zusätzlich wird ab Mitte nächsten Jahres ein weiterer „High-Tech“-Phantomraum (mit OP-Mikroskop und Monitoren an jedem Arbeitsplatz), speziell nutzbar für parodontologische, implantologische und endodontische Fortbildung zur Verfügung stehen.



Ungebrochen ist auch der Zustrom an Fortbildungswilligen im Bereich der Kurse nach der Fortbildungsordnung, Zahnmedizinische Prophylaxeassistentin (ZMP), Dentalhygienikerin (DH), Zahnmedizinische Verwaltungsassistentin (ZMV). Bereits Mitte des Jahres waren alle Kurse ausgebucht. Erneut müssen zwei DH-Kurse angeboten werden. Winter- und Sommer-Akademie waren auch im Berichtsjahr wieder ausgebucht. Beide Veranstaltungen mit ihren jeweils unterschiedlichen Charakteristika haben sich in der Fortbildungslandschaft inzwischen als „Traditionsveranstaltungen“ mit dem Charakter eines „Wiedersehenstreffens“ etabliert.

Durch die Integration von „Satelliten“-Symposien - der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Dentalhygienikerinnen, der Jahrestagung der Zahnmedizinischen Verwaltungshelferinnen - werden zusätzliche Teilnehmer auch für die Sommer-Akademie angezogen.



### Lehrpraxis

Der Patientenzustrom ist ungebrochen. Die Beobachtung aus den Vorjahren, dass das ZFZ Stuttgart von immer mehr Kolleginnen und Kollegen als Überweisungspraxis für die Bereiche Prophylaxe, Kinderzahnheilkunde, Parodontologie, Endodontie, und auch für Implantologie angesehen wird, trifft nach wie vor zu. Die entsprechenden Kompetenzen konnten durch Fortbildung der Praxismitarbeiter weiter gestärkt werden. Nahezu sämtliche Zahnärztinnen und Zahnärzte am ZFZ Stuttgart haben die Curricula Parodontologie, Implantologie, Endodontie und Ästhetische Zahnheilkunde, teilweise auch Präventive Zahnheilkunde und Kinderzahnheilkunde, absolviert. Zu Beginn des Jahres wird zusätzlich ein Fachzahnarzt für Oralchirurgie das Team verstärken.

### Wissenschaftliche Tätigkeit

Die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit lagen wie bisher im Bereich der angewandten Präventivzahnmedizin sowie



der Parodontologie und der Implantologie. Die Zusammenarbeit mit dem Scientific Branch der Firma P&G erwies sich hierbei als ausgesprochen erfolgreich.

### **Vortragstätigkeit**

Die allgemein vermehrte Nachfrage nach Fortbildung führte erneut zu häufigen Anfragen nach Referententätigkeit durch den Direktor und Mitglieder seines Lehr-Teams. Insgesamt wurden - neben den routinemäßigen Vortragsverpflichtungen am ZFZ Stuttgart und für die Winter- und Sommer-Akademie - im Jahre 2008 erneut etwa 30 Veranstaltungen durch den oben genannten Personenkreis allein für die Landes Zahnärztekammer und die verschiedenen Bezirks Zahnärztekammern in Baden-Württemberg bestritten - sowohl im Rahmen der Schwarzwaldtagung in Titisee und Schluchsee, des Stuttgarter Zahnärztetages, der Bodenseetagung in Lindau sowie auf der Ebene der Kreisvereinigungen. Die dabei abgehandelten Themen betrafen insbesondere Alters Zahnheilkunde, Hygiene, Implantologie, Kinder- und Jugend Zahnheilkunde, Prophylaxe und Parodontologie, den Komplex der Fort- und Weiterbildung, Leitlinien in der Zahnheilkunde sowie die Mitarbeiterschulung.

Über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus war der Direktor war unter anderem als Referent für die Kammern in Bayern, Berlin, Niedersachsen, Westfalen-Lippe, Tirol und Wien aktiv. PD Dr. Joachim Hermann referierte unter anderem bei der Österreichischen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (ÖGZMK) und der Landes Zahnärztekammer Schleswig-Holstein, Dr. Steffen Rieger im Rahmen der Mitarbeiterfortbildung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer. Lehr-DH Angelika Kohler-Schatz engagierte sich im Deutschen Arbeitskreis für Hygiene und Mikrobiologie sowie bei den Zahnärztekammern Nieder-

sachsen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, DH Ulrike Krämer, DH Melanie Thumm und DH Miriam Heyne waren im Rahmen der Mitarbeiterfortbildung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer sowie diverser Zahnärztekammern in Österreich gefordert.

### **Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde (GPZ e.V.)**

Das 4. Curriculum „Angewandte Präventiv Zahnmedizin“, in dem sich die Teilnehmer im Verlauf von acht Wochenenden in Theorie und Praxis umfassend über die Möglichkeiten der präventiven Zahnheilkunde informieren können, wird im Dezember 2008 abgeschlossen. Nach wie vor ist es das einzige Curriculum dieser Art im deutschsprachigen Raum. Das 5. Curriculum startet mit der Sommer-Akademie 2009.

Die Zeitschrift „Prophylaxe – Impuls“, die auflagenstärkste Fachzeitschrift für den Bereich der oralen Präventivmedizin im deutschsprachigen Raum, fungiert seit dem vierten Quartal 2004 als Mitgliederzeitschrift. Die Zusammenarbeit verläuft weiterhin reibungslos.

### **Baumaßnahmen und Investitionen**

Ein erheblicher Teil der Investitionsrücklage wurde im Berichtsjahr investiert:

Erneut standen umfangreiche bauliche und haustechnische Maßnahmen im Vordergrund der Investitionen:

- Umbau des Untergeschoss (Umwandlung von Keller-Räumen in Archiv-Raum, Phantomraum, Umkleideraum, Stauräume); neue Wärmedämmung; neuer Boden in Gang und Kantine; diverse Wanddurchbrüche)
- Erneuerung der gesamten Hauselektrik inklusive der Steuerung

- Abschluss der Sanierung der Außenanlagen inklusive Neubau eines „Müllhäuschens“ auf dem Parkplatz

Für die Praxis wurden - neben der üblichen ständigen Erneuerung von Verbrauchsgegenständen - insbesondere investiert in

- Neue Server, Rechner und Bildschirme,
- Cerec 3, intraorale Kameras, separates transportables Röntgen-Gerät für die Sanierung in ITN.



#### **Dienstleister für Kammer und KZV**

In seiner Funktion als Fortbildungsreferent der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, als Fortbildungsreferent der Bezirks Zahnärztekammer Stuttgart und Mitglied im Arbeitskreis Alters Zahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden - Württemberg ist der Leiter des ZFZ Stuttgart in erheblichem Umfang in die aktuellen standes- und berufspolitischen Aktivitäten eingebunden. In diesem Jahr im Vordergrund standen hierbei der Einsatz als Referent im Rahmen mehrerer Veranstaltungen der Landes Zahnärztekammer Baden- Württemberg zum

Thema Fort- und Weiterbildung (Bachelor/ Master/ Fach Zahnarzt), der gemeinsamen Gutachtertagung von Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung, des Tages der Zahngesundheit sowie die fachliche Vorbereitung und Moderation des Stuttgarter Zahnärztetages.

Zusätzlich, durch Fachexpertisen, eingebunden war er in die Auseinandersetzung um die Abgrenzung zwischen Zahnkosmetik und ästhetischer Zahnheilkunde sowie die Abrechenbarkeit der Ä75/Ausführlichkeit der „Epikrise“.

Neben diesem personellem Engagement des Personals des ZFZ Stuttgart wurden deren Räumlichkeiten neben ihrer originären Bestimmung für den Bereich der Fortbildung und der Patientenbehandlung auch für diverse Aktivitäten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (beispielsweise Überprüfung der Gleichwertigkeit nach § 13), der Bezirks Zahnärztekammer (Patientenberatung, Begutachtung) sowie der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (Prothetik- und Einigungs-Ausschuss) zur Verfügung gestellt.

#### **Haushalt**

Das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart wird in diesem Jahr erneut mit einem positiven operativen Abschluss rechnen können. Auch im elften Jahr nach dem Auszug der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer konnten alle satzungsgemäßen Aufgaben des ZFZ einschließlich der Gebäudesanierung ohne Zuschüsse seitens der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg erledigt werden.

# Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

Unter dem Vorsitz von Dr. Bernd U. Borckmann nahm der Verwaltungsrat der Akademie im laufenden Geschäftsjahr in vier Sitzungen seinen statuten-gemäßen Auftrag wahr. Am 25. Januar wurde erstmals eine gemeinsame Sitzung der Verwaltungsräte der Akademie Karlsruhe und des ZFZ Stuttgart abgehalten.

## Fortbildung

Zahnärztliche Fortbildung ist mehr als fachlicher Unterricht für Zahnärzte und mehr als der ständige Austausch von Wissen. Richtig verstandene Fortbildung schafft dem Zahnarzt ein fachliches Zuhause. Sie dient somit auch der Identitätsfindung – und zwar sowohl dem einzelnen Kollegen, wie auch der Profession in ihrer Gesamtheit. Die Akademie hat immer diese umfassende Form der Fortbildung als ihre Aufgabe betrachtet. Auch in Zukunft will sie Fortbildung auf dieser Basis anbieten, denn das Bedürfnis nach kompetenter Unterstützung für die Praxisführung wie auch für die persönliche Entwicklung des Zahnarztes wird an Bedeutung gewinnen.

## Fortbildungskurse

Im Jahr 2008 wurden neu konzipierte Kurskonzepte angeboten, die im Programm 2007/2008 erstmals erschienen waren. Die neuen Kurse und Fortbildungsreihen wurden von den Zahnärztinnen und Zahnärzten sehr gut angenommen. Insbesondere die Strukturierte Fortbildung „Ästhetische Zahnheilkunde“, die dem Teilnehmer die Freiheit gibt, sein Curriculum selbst zusammenzustellen, lief mit großem Erfolg.

## Programmentwicklung

Das Programm 2008/2009 der Akademie wurde thematisch erheblich ausgebaut. Völlig neu gestaltet wurde der Programmteil „Praxis führen und erneuern“, der Kurse und Strukturierte Fortbildungsreihen zur optimierten Or-

ganisation der zahnärztlichen Praxis beinhaltet. Insgesamt wurde der Grundstock bewährter Kurse und Kursreihen um 22 neue Kurskonzepte beziehungsweise Strukturierte Curricula erweitert. Zu den neu aufgenommenen Kursen gehören auch eine Veranstaltung zur Anwendung von Lachgas in der zahnärztlichen Praxis, die Implantation am anatomischen Präparat und ein Praxisgründungsseminar.

## Strukturierte Fortbildung

Die Strukturierte Fortbildungsreihe „Implantologie“ wurde von Grund auf revidiert und um neue Kurse erweitert. Insbesondere der Anteil von praktisch orientierten „hands-on“ Kursen wurde stark erhöht. Die Kurse sind zum Teil intensive Arbeitskurse, in denen Kleingruppen praktische Übungen zur Implantation durchführen. Um den spezifischen Anforderungen sowohl von Anfängern wie auch von implantologisch erfahrenen Kolleginnen und Kollegen gerecht zu werden, wurden Wahlkurse in das Strukturierte Curriculum aufgenommen.

## Continuing Professional Development (CPD)

Die Kursreihen, die nach dem Prinzip des „Continuing Professional Development“ ausgerichtet sind, wurden um die Veranstaltungsreihe „Praxishygiene“ aufgestockt, in der Zahnarzt und Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA) gemeinsam eine Reorganisation des hygienischen Wartungskreislaufes konzipieren und umsetzen. Wie bei den anderen CPD-Kursreihen wird auf Instruktionseinheiten weitgehend verzichtet. Die Teilnehmer analysieren ihre Praxis, arbeiten Problembereiche heraus und legen individuelle Maßgaben zur Problemlösung fest, die dann in der Praxis umgesetzt werden. Dieses Prinzip wird auch in der neuen

### VERWALTUNGSRAT

Dr. Bernd U. BORCKMANN, Heidelberg, Vorsitzender  
Alfred BRAIG, Biberach, Stv. Vorsitzender  
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim (bis 22.04.2008)  
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein (ab 28.05.2008)  
Prof. Dr. Irmtrud JONAS, Freiburg  
Dr. Otto W. MÜLLER, Speyer  
Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart  
Dr. Manfred SCHOLZ, Umkirch

### DIREKTOR

Prof. Dr. Winfried WALTHER,  
Karlsruhe

Strukturierten Fortbildungsreihe „Praxis führen und erneuern“ verfolgt.

### Masterstudiengang „Integrated Dentistry“



Im September 2008 fand das Abschlusskolloquium der 3. Matrikel des Masterstudienganges „Integrated Dentistry“ statt. Wiederum wurden von allen Absolventen sehr gute wissenschaftliche Leistungen vorgelegt, die auf naturwissenschaftlicher oder auch auf geisteswissenschaftlicher Methodik basierten. Zahlreiche Masterarbeiten der vorausgegangenen Matrikel sind inzwischen in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht worden, so dass der wissenschaftliche Ertrag aus dem Masterstudiengang eindrucksvoll dokumentiert werden kann. Im Oktober begann das Studium der 5. Matrikel des Masterstudienganges.

### Karlsruher Konferenz

Die 23. Karlsruher Konferenz fand am 14. März 2008 statt. Sie widmete sich dem Thema "Der beste Zahnersatz – Eine Bresche für die Qualität". Das Thema wurde sowohl von der fachlichen wie auch von der berufspolitischen Seite betrachtet.

Die Referenten waren:

- Prof. Dr. Winfried Walther, Karlsruhe

- Dr. Sandro Siervo, Mailand
- Dr. Wolfgang Eßer, Köln
- Prof. Dr. Jörg Strub, Freiburg

Wie im Vorjahr berichtete wieder eine Studentin des Masterstudienganges „Integrated Dentistry“ von den Ergebnissen ihrer Masterarbeit. In diesem Jahr sprach Dr. Eva-Maria Nawrath über das Thema: „Patienten mit künstlichen Gelenken – was soll die Praxis tun?“

Der gleichzeitige „Karlsruher Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten“ stand unter der Moderation von Dr. Robert Heiden, Karlsruhe. Es referierten:

- Priv.-Doz. Dr. Dr. (H) Anton Dunsche
- Dr. Werner Birgler, Heidelberg
- Prof. Dr. Christof Dörfer, Kiel
- Dr. Diana Wolf, Heidelberg
- Dr. Jan Wilz, Mannheim



### Karlsruher Vortrag

Der Karlsruher Vortrag 2008 wurde von Dr. Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler der Republik Österreich a. D. und Klubobmann der Österreichische Volkspartei (ÖVP), gehalten. Dr. Schüssel beeindruckte die circa 1.000 geladenen Gäste im Weinbrennersaal des Karlsruher Kongresszentrums durch eine sehr lebendige Schilderung der Konflikte in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens.



Sein Thema lautete: „Die politische Verantwortung Europas für Stabilität und Frieden am Balkan“. Er ging sowohl auf die aktuellen Konflikte wie auch auf deren historische Ursachen ein.

### Walther-Engel-Stipendium



Auf Vorschlag des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates sowie nach Beschlussfassung durch den Vorstand der Landes Zahnärztekammer erhielt Jun.-Prof. Dr. Michael Dick, Magdeburg, den Walther-Engel-Preis 2008. Prof. Dick hat sich in der zahnärztlichen Fortbildung besonders um „Continuing Professional Development“-Kursreihen der Akademie verdient gemacht. Unter seiner Anleitung konzipieren Zahnärzte „Persönliche Entwicklungsprojekte“, die sie ,unterstützt von den Kollegen der Lerngruppe, in der eigenen Praxis umsetzen.

### „Master’s Day“

Der „Master’s Day“ der Akademie fand im Juli 2008 zum zweiten Mal statt und stand unter dem Thema „Die Angst vor dem Zahnarzt“. Zwei Masterstudenten, die sich wissenschaftlich mit dieser Thematik beschäftigt hatten, trugen ihre Ergebnisse vor und diskutierten sie mit einem großen Kreis interessierter Kollegen.

### Expertenforum „Die Auswirkungen der Spezialisierung auf Profession und Versorgung“

Im Juli 2008 fand einer Tradition der Akademie folgend wieder ein Expertenforum statt, zu dem sich Landespolitiker aus ganz Deutschland in der Akademie versammelten. Das außerordentlich aktuelle Thema wurde aus wissenschaftlicher und standespolitischer Perspektive betrachtet und diskutiert. Als Referenten waren geladen: Prof. Dr. Bernd-Peter Robra, Universität Magdeburg, Prof. Dr. Jochen Gensichen, Universität Jena, Dr. Günther Buchholz, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Michael Schulze, Ärztekammer Baden-Württemberg und Dr. David Klingenberg, Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ).



### Internationaler Workshop „Young Prosthodontic Educators“

Der internationale Workshop für junge prothetische Ausbilder ist eine Veranstaltung des „International Journal of Prothodontics“ und wurde im Jahr 2006 von Prof. Dr. G. Zarb, Toronto, und Prof. Dr. Michael Heners ins Leben gerufen. Der zweite Workshop fand im Oktober dieses Jahres wiederum in Karlsruhe statt, was den internationalen Ruf der Akademie deutlich macht. Das Referententeam, zu dem auch Prof. Winfried Walther gehört, rekrutiert sich aus dem

Editorial board der Zeitschrift. Die Teilnehmer kommen aus allen Erdteilen und führen mit den Lehrern praktische Übungen zur prothetischen Fallplanung und zum prothetischen Unterricht durch.

### **Online-Fortbildung**

Die bewährten Online Einrichtungen der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe wurden im Jahr 2008 erheblich ausgebaut. Das Expertenforum wurde in Zusammenarbeit mit Dr. Robert Heiden als erste Veranstaltung der Akademie in Text und Bild im Internet zugänglich gemacht. Die Internetseite stieß auf sehr starkes Interesse. Im Herbst 2008 wurde das Online-Angebot um so genannte „Net-Meetings“ erweitert. Die Lerngruppe trifft sich unter Führung eines Moderators am Bildschirm, um Aufgaben zu lösen beziehungsweise Präsenzveranstaltungen vorzubereiten. Einbezogen sind gegenwärtig der Masterstudiengang „Integrated Dentistry“ und die Strukturierte Fortbildung „Parodontologie“. Es ist geplant, dieses Instrument weiter auszubauen und vor allem zum Angebot aktueller Themen einzusetzen.



### **Zusammenarbeit mit Gremien der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg**

Im Frühjahr wurde nach Absprache mit dem Ausschuss „Praxisführung“ eine CPD-

Kursserie zum Thema „Praxishygiene“ veranstaltet. Es handelte sich um ein Pilotprojekt, dass ein neues Lernkonzept für das Praxisteam erproben sollte. Als Experte referierte Dr. Norbert Struss, Vorsitzender des Ausschusses Praxisführung. Die Moderation lag in den Händen von Dr. Klaus Sebastian und Dr. Thomas Schilling, die das Projekt im Rahmen ihrer Qualitätszirkelarbeit durchführten. Die wissenschaftliche Auswertung ergab, dass in den Praxen erhebliche Verbesserungen der Hygieneroutinen erreicht wurden. Das Kurskonzept wurde in das Programm der Akademie aufgenommen.

### **„Special Olympics“**



Das Team der Akademie unterstützte im Juni des Berichtsjahres die Initiative der Landeszahnärztekammer, bei der Veranstaltung für geistig behinderte Sportler in Karlsruhe eine zahnmedizinische Reihenuntersuchung möglich zu machen.

### **PreventiKA**

Bei der Karlsruher Messe für präventive Medizin demonstrierte Prof. Walther, unterstützt von seinem Team die Möglichkeiten der präventiven Zahnheilkunde



## Fachdental Stuttgart

Die Akademie präsentiert sich auf der Fachdental Stuttgart im Oktober des Berichtsjahres erstmals zusammen mit dem ZFZ Stuttgart.

## Wissenschaft

Die wissenschaftliche Arbeit der Akademie ist gekennzeichnet durch die wissenschaftlichen Projekte der Masterstudenten. Die Ergebnisse der Studien werden im Abschlusskolloquium öffentlich dargestellt. Die Arbeiten der 3. Matrikel, die im Berichtsjahr den Studiengang abschloss, wiesen wieder eine große thematische Vielfalt auf. Neben biometrisch angelegten Untersuchungen sind auch wieder sozialwissenschaftlich ausgerichtete Studien vorgelegt worden.

Die Listung der Themen ist in der Anlage und auf der Internetpräsenz der Akademie abrufbar.

Zahlreiche Masterarbeiten sind inzwischen auf nationalen und internationalen wissenschaftlichen Kongressen als Poster oder Referate angenommen worden. Andere wurden in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht.

Die Verbindung mit der Universität des Saarlandes wurde im Berichtsjahr durch Vorlesungen an der Universitätsklinik Homburg wieder aufgenommen. Die wissenschaftlichen Kontakte zur Universität Sarajevo wurden erneuert. Neue gemeinsame Projekte sind in Planung. Eine Kooperation Semmelweis-Universität Budapest, die auch die Ausrichtung implantologischer Kurse umfasst, ist beabsichtigt.

## Gutachten

Sachverständigengutachten wurden von den Mitarbeitern der Akademie erstellt für folgende Gerichte:

Landgericht Karlsruhe, Landgericht Mannheim, Landgericht Freiburg, Landgericht Baden-Baden, Amtsgericht Baden-Baden, Amtsgericht Heidelberg.

Prof. Dr. Walther ist Obergutachter für Prothetik sowie für Implantologie im Bereich Nordbaden.

## Zahnärztliche Poliklinik

Die Zahnärztliche Poliklinik ist essentieller Kompetenzbereich der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe. Die Patientenbehandlung in allen Disziplinen der Zahnmedizin ist unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung der spezifischen Fortbildungsaufgaben der Akademie, insbesondere der

- Organisation von Demonstrationen für die Fortbildungskurse der Akademie (Gastreferenten)
- Gewinnung von Patientendaten als Grundlage wissenschaftlicher Evaluierung für die Fortbildung sowie die daraus resultierende
- Kurstätigkeit der Mitarbeiter der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe
- Durchführung von praktischen Arbeitskursen im Rahmen der Aufstiegsfortbildung der Zahnärztlichen Fachangestellten
- Fortbildungsangebot über Internet
- Weiter-, Fort- und Ausbildung von zahnärztlichen Assistenten.

Die Einbeziehung der Poliklinik in das Aufgabengebiet der zahnärztlichen Fortbildung wird im Berichtsjahr verstärkt. Erstmals wird eine psychosomatische Sprechstunde an-

geboten, die den Karlsruher Kollegen offen steht.

Zur sachgerechten Durchführung der zahnärztlichen Poliklinik gehört ein zahntechnisches Labor, das unter der Leitung von Zahntechnikermeister Berthold Steiner arbeitet.

### **Geschäftsführung**

Entsprechend § 6 (1) des "Statutes für die Fortbildungseinrichtungen der LZK" führt der Direktor der Akademie die laufenden Geschäfte und vollzieht die Beschlüsse der zuständigen Organe. Die betriebswirtschaftliche Geschäftsführung der Akademie liegt in den Händen von Dr. Klaus Wiegand, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Das Büro Dr. Wiegand führt auch die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung. Die Rechnungsanweisungen sowie die Vorbereitung der Buchhaltung und die Regelung der Personalien werden von Mitarbeiterinnen der Akademie getätigt.

Im Jahr 1979 wurden bei den vier Bezirkszahnärztekammern im Lande Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung eingerichtet. Die Gutachterkommissionen sollen die Begutachtung behaupteter zahnärztlicher Behandlungsfehler im Rahmen der zahnärztlichen Selbstverwaltung vorgerichtlich klären. Die Gutachterkommissionen stehen Patienten und Kammermitgliedern gleichermaßen zur Verfügung.

Die Tätigkeit der Gutachterkommission ist geeignet, Zahnärztinnen und Zahnärzte vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen. Lediglich in einem Drittel der entschiedenen Verfahren hat die Kommission in Freiburg festgestellt, dass ein Behandlungsfehler vorliegt.

Im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Freiburg ist festzustellen, dass bei der Zahnerhaltung die meisten Fragestellungen auftreten.

Von den 79 im Berichtszeitraum bei der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart eingegangenen Anträgen stammen lediglich zwei von Zahnärzten. Das Verhältnis der antragstellenden Patientinnen zu den antragstellenden Patienten beträgt unverändert etwa 2:1, was dem langjährigen Mittel entspricht. Der Anteil an Migranten bei den antragstellenden Patienten ist gegenüber dem Vorjahr, der damals noch rund 20 Prozent betragen hat, gesunken und beträgt nunmehr knapp 10 Prozent. Im Berichtsjahr wurden nur noch etwa ein Viertel der Patienten von einem Rechtsanwalt vertreten, im Vorjahr waren es noch etwa ein Drittel.

Nach wie vor versucht die Gutachterkommission im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart insbesondere den Patienten im Rahmen einer mündlichen Erörterung des Sachverhalts ihre Beurteilung nicht nur bekanntzugeben, sondern diese

auch zu erläutern und Fragen der Patienten hierzu zu beantworten. Dadurch erübrigt sich in vielen Fällen die Erstattung eines schriftlichen Gutachtens.

Im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Tübingen hat sich die Zahl der eingegangenen Anträge im Vergleich zum Vorjahr erheblich reduziert. Waren es im Jahr 2007 noch 53 Anträge, so waren es im Berichtszeitraum nur noch 36 Antragstellungen.

Bei den aktuellen Neueingängen nehmen Fälle aus dem Bereich Kieferorthopädie und Implantologie zu, während die früher stark vertretenen Fälle aus dem Gebiet der Zahnerhaltung zurückgehen.

Erfreulicherweise steigt die Zahl der Fälle, in denen es gelingt, nach Abschluss eines dem Patienten günstigen Kommissionsgutachtens die finanzielle Regulierung des Schadens durch die Vermittlung eines Vergleichs zu Ende zu führen.

## Koordinierungskonferenz

Am 03.03.2008 trafen sich erstmals nach acht Jahren wieder die Mitglieder der Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung und die Gutachterreferenten der Bezirkszahnärztekammern im Zahnärzterhaus im Albstadtweg zu einer Koordinierungskonferenz.

Die Erfahrungsberichte der Vorsitzenden aus der Arbeit der Gutachterkommission in den einzelnen Bezirken machten deutlich, dass die Tätigkeiten sehr individuell nach den dortigen Gegebenheiten strukturiert werden.

Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf der landeseinheitlichen Abstimmung der Verfahrensweise und Beantwortung von Einzelfragen aus dem Teilnehmerkreis.

### **Gemeinsame Privat- und Gerichtsgutachtertagung von LZK und KZV**

Noch im Berichtsjahr wird am 8. November 2008 in Stuttgart im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle erstmals eine gemeinsame Gutachtertagung von Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW) und Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) stattfinden, an der insgesamt über 350 Kammer- und KZV-Gutachter, Gutachterreferenten der Bezirks Zahnärztekammern und Landes Zahnärztekammer sowie Mitglieder der Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung aus den Bezirken teilnehmen werden.

Auf der Agenda der Tagung stehen Referate zu den Themen „Sachverständige“, „Zahnärztliches Gutachten“ und „Leitlinien“ aus juristischer Sicht und zahnärztlicher Praxis.

	FR	KA	S	TÜ	LZK BW
<b>I. Allgemeines</b>					
Gesamtzahl der im Berichtsjahr gestellten Anträge	39	64	79	36	217
Zahl der zu Beginn des Berichtsjahres noch offenen Anträge aus dem Vorjahr	21	36	31	24	112
Zahl der im abgelaufenem Berichtsjahr erledigten Anträge	32	49	84	42	207
Wie haben sich die erledigten Anträge im abgelaufenen Berichtsjahr erledigt?					
● durch schriftliches Gutachten	24	33	8	21	86
● durch Vergleich			5	4	9
● Sonstige Weise (z. B. Widerspruch, Rücknahme, Fristablauf, Abgabe, etc.)	8	16	71	17	112
Zahl der am Ende des Berichtsjahres noch offenen Anträge	28	50	26	18	122
<b>II. Durch Kommissionsgutachten entschiedene Fälle</b>					
Gesamtzahl der im Berichtsjahr erstatteten Gutachten, davon	23	33	8	21	85
● Aufklärungsfehler bejaht		1			1
● Behandlungsfehler und Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt bejaht	7	7	2	7	23
● Behandlungsfehler bejaht, Gesundheitsschaden verneint	1	5		2	8
● Behandlungsfehler bejaht, Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt verneint					
● Behandlungsfehler/Aufklärungsfehler verneint	15	20	6	12	53
<b>III. Häufigste Ursache der Behandlungsfehler bzw. geltend gemachten Fehler</b>					
Anästhesie		1			1
Aufklärung		1			1
Chirurgie				2	2
Funktionstherapie		1	2		3
Implantologie	1	0	3		4
Kieferorthopädie	1	4		3	8
Parodontologie		2	1		3
Zahnerhaltung	6	16	6	1	29
Zahnersatz		1	6	1	8
Sonstiges		1	2		3

# Zahnärztliche Röntgenstelle Baden-Württemberg

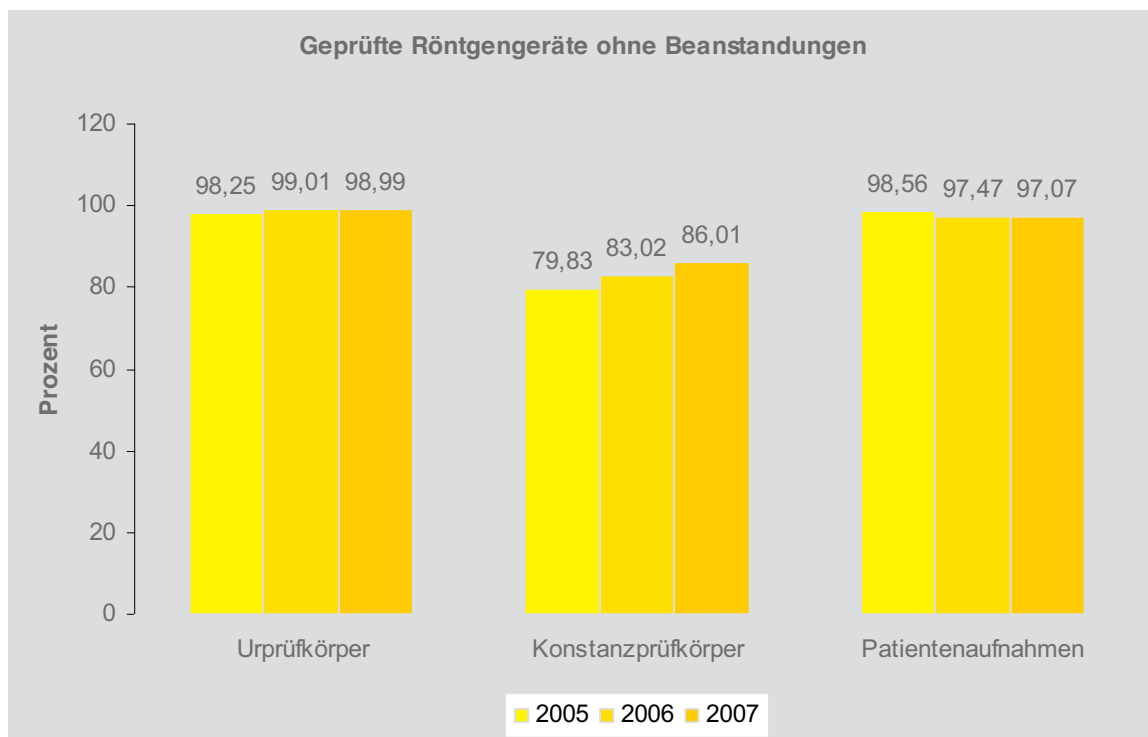
Die Landes Zahnärztekammer hat am 06.02.1988 mit dem damaligen Sozialministerium, dem heutigen Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, eine „Vereinbarung über die Einrichtung einer zahnärztlichen Stelle gem. § 16 Abs. 3 RÖV“ abgeschlossen, nach der jährlich ein Arbeitsbericht der vier zahnärztlichen Stellen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) abzugeben ist. Nach der RÖV vom 30.04.2003 bestimmt sich die Qualitätssicherung durch die zahnärztlichen Stellen nach § 17a RÖV.

Die Arbeitsberichte im Zeitraum 01.01.2007 – 31.12.2007 weisen folgende Ergebnisse auf:

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	LZK BW
erfasste Zahnärzte	1.884	2.051	2.475	1.251	<b>7.661</b>
erfasste Geräte/ Anzahl der Zahnärzte	3.764/ 1.877	4.340/ 2.003	5.540/ 2.456	2.584/ 1.247	<b>16.288/ 7.583</b>
Zahnärzte ohne erfasste Rö-Geräte	7	48	19	4	<b>78</b>
erfasste Aufnahmen	934	1.384	885	439	<b>3.642</b>
Anzahl der Mängelrügen (Ur-/Konst.-/Patientenaufnahmen)	insg. 129 (5/124/51)	insg. 90 (1/89/10)	insg. 73 (7/66/1)	insg. 37 (1/36/4)	<b>insg. 329 (14/315/66)</b>
<b>Rö-Geräte geprüft ohne Be- anstandung/ Anzahl der erfassten</b>					
Urprüfkörper	325 / 330 (98,48 %)	642 / 643 (99,84 %)	250 / 257 (97,28 %)	159 / 160 (99,38 %)	<b>1.379 / 1.390 (98,99 %)</b>
Konstanzprüfung	480 / 604 (79,47 %)	652 / 741 (98,65 %)	562 / 627 (89,49 %)	243 / 279 (87,10 %)	<b>1.937 / 2.252 (86,01 %)</b>
Patientenaufnahmen	553 / 604 (91,56 %)	731 / 741 (98,65 %)	627 / 628 (99,84 %)	275 / 279 (98,57 %)	<b>2.168 / 2.252 (97,07 %)</b>
<b>Zahl der Zahnärzte, deren Unter- lagen angefordert sind (Stichtag): 1. Anforderung/2. Anforderung</b>	28.01.2008	28.01.2008	28.01.2008	28.01.2008	
Anzahl der Zahnärzte	94	138	239	47	<b>518</b>
1. Mahnung	54	84	13	9	<b>160</b>
2. Mahnung	4	5	4	0	<b>13</b>
Meldung beim Ministerium	0	0	0	0	<b>0</b>



Insgesamt zeigt der Vergleich mit den Zahlen aus den vorangegangenen Berichtsjahren ein konstant gutes Ergebnis der Prüfungen der zahnärztlichen Stellen. Die Zahl der erfassten Zahnärzte ist geringfügig angestiegen, ebenso die daraus resultierende Zahl der erfassten Geräte. Die Quote der ohne Beanstandung geprüften Röntgengeräte im Verhältnis zur Anzahl der erfassten Röntgengeräte ist gleichbleibend gut.



Besonders beachtlich ist, dass die zahnärztlichen Stellen im Berichtsjahr keine Meldungen von Zahnärzten an das Ministerium für Arbeit und Soziales wegen wiederholter Nichtbeachtung von Verbesserungsvorschlägen vornehmen mussten.

Die auffallend hohe Zahl der Beanstandungen der Konstanzprüfungen in der Statistik „Zahnärztliche Stellen Baden-Württemberg“ im Bereich Freiburg stammt daher, dass an einige Freiburger Praxen von einer Firma neue „fehlerhafte“ Filme verkauft wurden.

# Prüfungskommissionen für die Kenntnisprüfungen nach § 2 Zahnheilkundegesetz

**G**emäß § 2 Abs. 2 Satz 3 i. V. m. Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 des Zahnheilkundegesetzes (ZHG) haben Zahnärztinnen und Zahnärzte, die außerhalb von Deutschland eine abgeschlossene Ausbildung für die Ausübung der Zahnheilkunde erworben haben, die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nachzuweisen. Der Nachweis wird durch das Ablegen einer entsprechenden fachlichen Kenntnisprüfung vor der Landeszahnärztekammer, die im Auftrag der Approbationsbehörde des Landes (Regierungspräsidium Stuttgart) durchgeführt wird, erbracht.

Die Durchführung der Kenntnisprüfungen erfolgt nach den mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vereinbarten Verfahrensgrundsätzen vom 11.11.2004 und wird durch die bei der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg eingerichteten Prüfungskommissionen abgenommen.

Die Anzahl der durchgeführten Überprüfungen, die aus einem praktischen und einem theoretischen Teil bestehen, ist im Vergleich zu den Zahlen aus dem Vorjahr leicht rückläufig.

Auf die fachlichen Kenntnisprüfungen hat im Berichtsjahr auch die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG, die im Jahre 2007 in deutsches Recht ratifiziert wurde, durchgeschlagen.

Nach der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie sind künftig nicht mehr grundsätzlich in allen Fällen die vollständigen Kenntnisprüfungen durchzuführen, sondern bei Antragstellerinnen und Antragstellern aus Mitgliedstaaten der EU oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem Staat, dem Deutschland und die EU vertraglich einen Rechtsanspruch eingeräumt haben, hat sich diese Prüfung auf diejenigen

Bereiche zu beschränken, in denen die entsprechende Ausbildung hinter der zahnärztlichen Ausbildung in Deutschland zurückbleibt (sogenannte Defizitprüfung). Zuständig bleibt nach wie vor das Regierungspräsidium Stuttgart als Approbationsbehörde, das aber die einzelnen Kriterien für die Defizitprüfungen noch nicht festgelegt hat. Der Landeszahnärztekammer liegen bereits die ersten Anträge auf die Durchführung der Defizitprüfungen vor.

## Ergebnisse der Überprüfungen

Nach wie vor zeigen die Ergebnisse der Kenntnisprüfungen, dass sie zu Recht sowohl im Interesse des Patientenschutzes als auch der Zahnärzteschaft durchgeführt werden.

Bei einer Kandidatin, die den praktischen Teil bereits im Jahr 2007 erfolgreich absolviert hat, wurde 2008 der theoretische Teil der Kenntnisprüfung abgenommen. Die Gleichwertigkeit konnte dabei nicht festgestellt werden.

Von insgesamt elf Kandidaten haben lediglich sechs den praktischen Teil der Kenntnisprüfung in 2008 erfolgreich absolviert und wurden zum theoretischen Teil zugelassen. Bei vier Kandidaten wurde bereits die Theorie geprüft. Dabei konnte bei drei Kandidaten die Gleichwertigkeit des Kenntnisstandes festgestellt werden. Eine theoretische Prüfung steht im Berichtsjahr für zwei Kandidaten noch an.

### PRÜFUNGSKOMMISSION 1

**Dr. Hans-Henning HOLFELD, Deizisau, Vorsitzender**  
**Prof. Dr. Peter LUDWIG, Ulm, stv. Vorsitzender**  
**Dr. Iris KNOBLAUCH, Freiburg**

### PRÜFUNGSKOMMISSION 2

**Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg, Vorsitzende**  
**Dr. Wolfgang SCHEMPF, Reutlingen, stv. Vorsitzender**  
**Prof. Dr. Andreas SCHULTE, Heidelberg**

### ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Cäcilia FALK**

Nachfolgend einige statistische Angaben:

#### Anzahl der Kenntnisprüfungen seit 2003

Kalenderjahr	Anzahl Gesamt	Davon bestanden	Davon nicht bestanden
2003	17	4	13
2004	20	7	13
2005	17		17
2006	37	13	24
2007	10	1	9
2008	12*	3	7

\* Zwei theoretische Überprüfungen sind noch durchzuführen.

#### Durchgeführte Kenntnisprüfungen 2008

Ausbildungen in	Praxis		Theorie	
	nicht bestanden	bestanden	nicht bestanden	bestanden
Bosnien/Herzegowina	1	1	1	
Kasachstan	1			
Peru		1		
Rumänien		1	1	
Russland	3	3		2
Türkei		1		1
<b>Gesamt</b>	<b>5</b>	<b>7</b>	<b>2</b>	<b>3</b>

# Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung

Im Berichtszeitraum hat der Arbeitskreis Patientenberatung und Zweitmeinung keine Sitzung durchgeführt. Die Sitzung des Arbeitskreises findet erst am 14. Januar 2009 statt. Es soll daher an dieser Stelle über die geplanten Aktivitäten und den Stand der Projekte des Arbeitskreises, die zur Beratung und Beschlussfassung im November anstehen, berichtet werden.

Eine Veränderung der Zusammensetzung des Arbeitskreises hat sich aufgrund des Ausscheidens von Dr. Peter Kuttruff als Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW) ergeben. An seine Stelle als Mitglied des Arbeitskreises rückt die neue Vorsitzende des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Ute Maier.



## Öffentlichkeitsarbeit verstärkt

Seit 2006 gibt es eine gebührenfreie landeseinheitliche

Service-Hotline für die Zahnmedizinische Patientenberatung in Baden-Württemberg, die durch das Informationszentrum Zahn-gesundheit (IZZ) realisiert wurde. Unter der Rufnummer 08 00/ 4 74 78 00 wird die Hotline jeden Mittwoch von 15 bis 18 Uhr nach einem festen Plan von den vier Zahnärztekammern bedient. Im Falle die Hotline aufgrund der Vielzahl der Anrufe belegt ist, weist eine Sprechanzeige auf das Online-Patientenberatungsangebot der baden-württembergischen Zahnärzteschaft unter [www.patientenberatung-bw.de](http://www.patientenberatung-bw.de) hin. Auf den Internetauftritten der Kammer unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) und der KZV BW unter [www.zahnforum.de](http://www.zahnforum.de) besteht zudem die Möglichkeit auch online Fragen an die Patientenberatungsstellen zu richten.

### MITGLIEDER

Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, LZK BW, Vorsitzende  
Dr. Konrad BÜHLER, LZK BW  
Christian FINSTER, Stuttgart, KZV BW  
Dr. Ute MAIER, Stuttgart, KZV BW (für Dr. Peter KUTTRUFF)  
Dr. Helmut WELLER, Pfullingen, LZK BW

### ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG  
Andrea MADER  
STÄNDIGER GAST  
Johannes CLAUSEN,  
Leiter IZZ

Auch im Jahr 2008 wurden die Patientenberatungskarten zusätzlich zur bisherigen Kalenderform im Checkkartenformat als Zahnseidenspender aufgelegt. Die Spender werden auf Veranstaltungen als Werbemittel eingesetzt.

## Gemeinsamer Flyer realisiert

Der vom Arbeitskreis beschlossene gemeinsame Informationsflyer der Kammer und der KZV BW wurde über das IZZ in diesem Jahr realisiert. Die Flyer werden bereits auf Veranstaltungen eingesetzt. Mit dem Flyer verbessern die zahnärztlichen Körperschaften den Bekanntheitsgrad ihres kostenfreien und kompetenten Beratungsangebotes in Baden-Württemberg, insbesondere gegenüber den Krankenkassen, weiter.

## Beratungsangebot ab 2009 in Heidelberg

Im vergangenen Jahr hat der Arbeitskreis angestoßen, die Beratungsorte der Zweitmeinungsberatung zu erweitern. Die Aktivitäten der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe (BZK Karlsruhe) in diese Richtung wurden daher ausdrücklich begrüßt. In diesem Jahr haben der Vorstand der BZK Karlsruhe und die Bezirksdirektion Karlsruhe der KZV BW die Ausweitung beschlossen. Derzeit befindet sich die BZK Karlsruhe in Verhandlung mit der Uniklinik in Heidelberg, um die Beratungen in einem Raum der Klinik ab dem kommenden Jahr anbieten zu können. Auch die Suche nach Beratungszahnärzten und die Terminierung wird derzeit von der BZK Karlsruhe geleistet.



# Statistik

## Allgemeine Patientenberatung

Die Zahnmedizinische Patientenberatung der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg ist ein gutes Beispiel für einen hervorragenden Service, der Vertrauen schafft und die Glaubwürdigkeit des zahnärztlichen Berufsstandes in der Öffentlichkeit stärkt.

Nachfolgend finden sich die statistische Auswertungen der in den Zahnärzتهäusern stattgefundenen allgemeinen Patientenberatungen und der Zweitmeinungsberatungen, deren Dokumentation und Auswertung die Bezirkszahnärztekammern der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg monatlich übermitteln. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit wertet die monatlichen Erhebungsbögen aus und führt sie jährlich in der nachfolgenden Auswertung zusammen:

### Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

(Erhebungszeitraum 01.10.2007 bis 30.09.2008)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TŪ	LZK BW
Beratungen	bisher durchgeführt	162	211	705	272	1.518
	• davon persönlich			675	23	698
	• davon schriftlich				1	1
	• davon telefonisch	162	211	198	248	819
<b>2. Ratsuchende/r</b>						
<b>weiblich</b>	Insgesamt	116	157	493	207	973
	• zwischen 0 – 15 Jahre			57	5	62
	• zwischen 16 – 30 Jahre	13	8	36	9	66
	• zwischen 31 – 40 Jahre	17	28	47	27	119
	• zwischen 41 – 50 Jahre	24	28	95	50	197
	• zwischen 51 – 60 Jahre	18	41	84	40	183
	• älter als 60 Jahre	40	52	174	76	342
<b>männlich</b>	Insgesamt	43	56	381	88	568
	• zwischen 0 – 15 Jahre			29	3	32
	• zwischen 16 – 30 Jahre	1	3	21	12	37
	• zwischen 31 – 40 Jahre	3	4	28	9	44
	• zwischen 41 – 50 Jahre	7	7	54	8	76
	• zwischen 51 – 60 Jahre	12	13	70	17	112
	• älter als 60 Jahre	20	29	179	39	267

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TÜ	LZK BW
<b>3. Herkunft Ratsuchende/r</b>					
<b>Regierungsbezirk Freiburg</b>					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	4	4	227	2	237
Landkreis Emmendingen	1	1	8	3	13
Stadtkreis Freiburg	11	16	175	18	220
Landkreis Konstanz	8	11	133	1	153
Landkreis Lörrach	3	2	6	1	12
Ortenaukreis	5	4	182	8	199
Landkreis Rottweil	2	1	10	3	16
Schwarzwald-Baar-Kreis	3	3	7	10	23
Landkreis Tuttlingen			8	5	13
Landkreis Waldshut	2		3	4	9
<b>Regierungsbezirk Karlsruhe</b>					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt	4	3	6	4	17
Landkreis Calw	2	1	1	3	7
Landkreis Freudenstadt		6			6
Stadtkreis Heidelberg	2	2	2	5	11
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe	10	20	5	5	40
Stadtkreis Mannheim	3	8	6	10	27
Neckar-Odenwald-Kreis		5	2	5	12
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis	4	9	3	10	26
Tauberkreis		2		1	3
Rhein-Neckar-Kreis	2	1	4	3	10



Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TÜ	LZK BW
<b>Regierungsbezirk Stuttgart</b>					
Landkreis Böblingen	6	2	2	12	22
Landkreis Esslingen	8	4	6	6	24
Landkreis Göppingen		2	6	6	14
Heidenheim	3	4	1	6	14
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	3	12			15
Hohenlohekreis	2	4		2	8
Landkreis Ludwigsburg	9	10	5	7	31
Ostalbkreis	3	6	1	1	11
Rems-Murr-Kreis	5	1	7	3	16
Landkreis Schwäbisch Hall	2	4		2	8
Stadtkreis Stuttgart	22	21	30	29	102
<b>Regierungsbezirk Tübingen</b>					
Alb-Donau-Kreis		3		6	9
Landkreis Biberach	1	1	1	3	6
Bodenseekreis	2	9	5	13	29
Landkreis Ravensburg	4	2	1	5	12
Landkreis Reutlingen	8	6	3	26	43
Sigmaringen	1	2	4	3	10
Landkreis Tübingen	1	10	6	25	42
Stadtkreis Ulm	3	5	6	11	25
Zollernalbkreis	4	2		4	10
Nordrhein-Westfalen Bonn/Bochum	2				2
<b>Gesamt BZK Stuttgart</b>	<b>155</b>				
<b>Gesamt BZK Karlsruhe</b>		<b>209</b>			
<b>Gesamt BZK Freiburg</b>			<b>872*</b>		
<b>Gesamt BZK Tübingen</b>				<b>271</b>	
<b>Gesamt LZK BW</b>					<b>1.507</b>

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TÜ	LZK BW
<b>4. Schwerpunkte der Beratung</b>						
	● Ästhetische Zahnheilkunde	2		28	3	<b>33</b>
	● Allg. zahnärztliche Fragen	15	10	112	8	<b>145</b>
	● Amalgam	3	2	23	6	<b>34</b>
	● Chirurgie	4	9	34	18	<b>65</b>
	● Festzuschüsse			4	1	<b>5</b>
	● Funktionslehre, Kiefergelenke	6	2	18	13	<b>39</b>
	● Honorarhöhe	17	6	21	1	<b>45</b>
	● Hypnose			3	2	<b>5</b>
	● Implantologie	19	42	155	47	<b>263</b>
	● KFO	9	16	55	10	<b>90</b>
	● Kinderzahnheilkunde		2	43	1	<b>46</b>
	● KONS/Füllungstherapie	14	29	110	43	<b>196</b>
	● PAR	17	8	67	26	<b>118</b>
	● Prophylaxe	10	4	155	10	<b>179</b>
	● Versiegelung		2	55	1	<b>58</b>
	● Zahnarztwechsel	11	1	10	7	<b>29</b>
	● Zahnersatz	62	76	207	112	<b>457</b>
	● Sonstiges	52	20	66	40	<b>178</b>
<b>5. Reaktion</b>						
	● positiv	139	171	801	202	<b>1.313</b>
	● negativ	2	3		3	<b>8</b>
	● keine Reaktion	16	17	38	68	<b>139</b>

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR*	BZK TÜ	LZK BW
<b>6. Verweis auf</b>						
<b>6.1 Zweitmeinungsmodell</b>	In wie viel Fällen erfolgt?	33	80	31	34	<b>178</b>
<b>6.2 Gutachterverfahren</b>	In wie viel Fällen erfolgt?	23	15	10	26	<b>74</b>

\* Ergänzung BZK Freiburg: Zusätzliche persönliche Patientenberatungsgespräche wurden geführt auf der Messe Oberrhein vom 29.09.07 bis 07.10.07, auf der Südwestmesse vom 17.05.08 bis 25.05.08 und auf der Badenmesse in Freiburg vom 13.09.08 bis 21.09.08.

# Statistik

## Zweitmeinung

### Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

(Erhebungszeitraum 01.10.07 bis 30.09.08)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
<b>Beratungen</b>	Bisher durchgeführt	448	79	161	122	<b>810</b>
	• davon persönlich	448	74	161	95	<b>778</b>
	• davon schriftlich				4	<b>4</b>
	• davon telefonisch				23	<b>23</b>
<b>Anlass</b>	• Zweitmeinung	322	79	155	112	<b>668</b>
	• Erläuterung Behandlungsplan	44	28	61	8	<b>141</b>
	• Erläuterung Honorarplan	35	9	13	1	<b>58</b>
<b>2. Untersuchung</b>						
	In wie vielen Fällen erfolgt?	448	79	161	86	<b>774</b>
<b>3. Angaben zum Patienten</b>						
<b>Weiblich</b>	Insgesamt	280	50	94	73	<b>497</b>
	• zwischen 0 - 15 Jahre	22	8	24	13	<b>67</b>
	• zwischen 16 - 30 Jahre	12	11	3	9	<b>35</b>
	• zwischen 31 - 40 Jahre	17	4	2	9	<b>32</b>
	• zwischen 41 - 50 Jahre	41	1	16	12	<b>70</b>
	• zwischen 51 - 60 Jahre	54	7	14	9	<b>84</b>
	• älter als 60 Jahre	131	13	35	22	<b>201</b>
<b>Männlich</b>	Insgesamt	158	29	67	25	<b>279</b>
	• zwischen 0 - 15 Jahre	16	9	18	7	<b>50</b>
	• zwischen 16 - 30 Jahre	10	3	4	2	<b>20</b>
	• zwischen 31 - 40 Jahre	13	3	3		<b>19</b>
	• zwischen 41 - 50 Jahre	26	2	2	3	<b>33</b>
	• zwischen 51 - 60 Jahre	16	1	7	5	<b>29</b>
	• älter als 60 Jahre	83	11	33	7	<b>134</b>

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt LZK BW
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
<b>Regierungsbezirk Freiburg</b>					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald			14		
Landkreis Emmendingen			15		
Stadtkreis Freiburg			56		
Landkreis Konstanz			24		
Landkreis Lörrach			20		
Ortenaukreis			14		
Landkreis Rottweil			1		
Schwarzwald-Baar-Kreis			14		
Landkreis Tuttlingen					
Landkreis Waldshut			4		
<b>Regierungsbezirk Karlsruhe</b>					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt		6			
Landkreis Calw	2	1			
Landkreis Freudenstadt		2			
Stadtkreis Heidelberg		3			
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe		27			
Stadtkreis Mannheim		9			
Neckar-Odenwald-Kreis		3			
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis	1	4			
Rhein-Neckar-Kreis		6			

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
<b>Regierungsbezirk Stuttgart</b>					
Landkreis Böblingen	57				
Landkreis Esslingen	60				
Landkreis Göppingen	12				
Landkreis Heidenheim	1				
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	12				
Hohenlohekreis	1				
Landkreis Ludwigsburg	75				
Ostalbkreis	3				
Rems-Murr-Kreis	56				
Landkreis Schwäbisch Hall	2				
Stadtkreis Stuttgart	175				
Tauberkreis					
<b>Regierungsbezirk Tübingen</b>					
Alb-Donau-Kreis				5	
Biberach				4	
Bodenseekreis				2	
Landkreis Ravensburg				1	
Landkreis Reutlingen				26	
Sigmaringen				2	
Landkreis Tübingen				44	
Stadtkreis Ulm					
Zollernalbkreis				12	
<b>Gesamt BZK Stuttgart</b>	<b>457</b>				
<b>Gesamt BZK Karlsruhe</b>		<b>61</b>			
<b>Gesamt BZK Freiburg</b>			<b>162</b>		
<b>Gesamt BZK Tübingen</b>				<b>96</b>	
<b>Gesamt LZK BW</b>					<b>776</b>



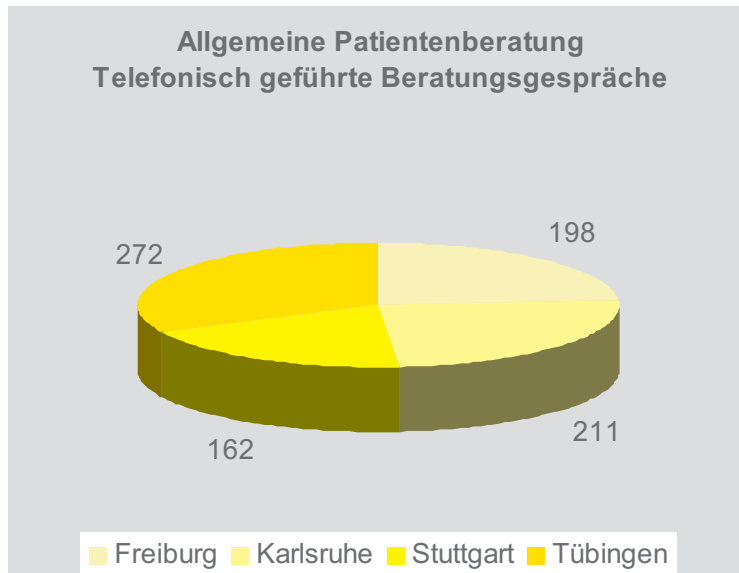
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
<b>5. Woher ist die Zweitmeinung bekannt?</b>						
	● Krankenkasse	178	33	70	28	<b>309</b>
	● Zeitung	50	10	53	12	<b>125</b>
	● Zahnärztin/ Zahnarzt	49	7	12	30	<b>98</b>
	● Sonstiges	175	11	26	26	<b>238</b>
<b>6. Unterlagen</b>						
	Vom Patienten vorgelegt	379	45	80	75	<b>580</b>
	Beim Behandler angefordert		8		2	<b>10</b>
<b>7. Themenbereiche</b>						
	● Ästhetische Zahnheil kunde	15	3	1	6	<b>25</b>
	● Allgemeine zahnärztliche Fragen	37		9	2	<b>48</b>
	● Amalgam	5		2		<b>7</b>
	● Chirurgie	36	1	4	6	<b>47</b>
	● Festzuschüsse	2			1	<b>3</b>
	● Funktionslehre, Kiefer gelenke	20		5	6	<b>31</b>
	● Honorarhöhe	84	5	38	1	<b>128</b>
	● Hypnose	4				<b>4</b>
	● Implantologie	184	27	63	21	<b>295</b>
	● KFO	54	20	44	33	<b>151</b>
	● Kinderzahnheilkunde					
	● KONS/ Füllungstherapie	30	1	9	8	<b>48</b>
	● PAR	39	1	13	7	<b>60</b>
	● Prophylaxe	8	1			<b>9</b>
	● Versiegelung		2	5		<b>7</b>
	● Zahnersatz	269	24	93	46	<b>432</b>
	● Zahnarztwechsel	29	1	3	7	<b>40</b>
	● Sonstiges	16		1	4	<b>21</b>

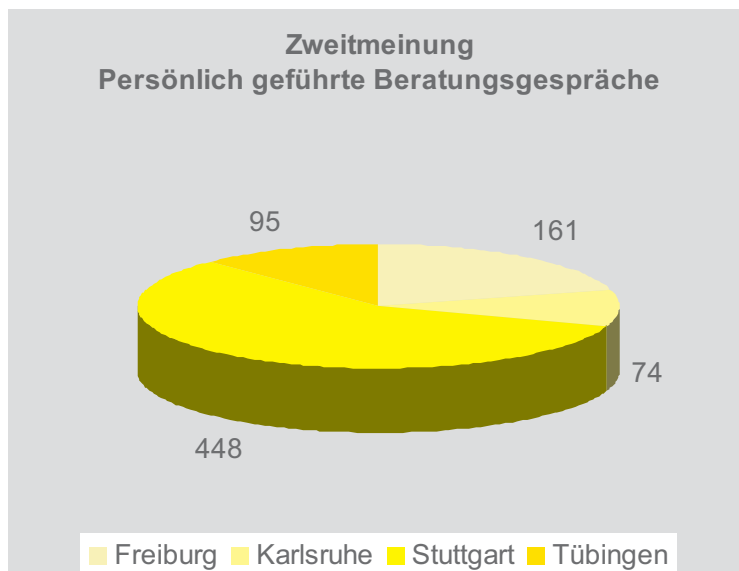
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt LZK BW
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	
<b>8. Antworten des Zweitmeinungszahnarztes</b>						
Schriftlich			10	161		<b>171</b>
Mündlich		448	57	161	198	<b>864</b>
Reaktion Patientin/ Patient	● positiv	298	57	161	80	<b>596</b>
	● negativ	2			2	<b>2</b>
	● keine Reaktion	17	2		13	<b>32</b>
<b>9. Zweitmeinung übereinstimmend mit Behandlungsplanung</b>						
	● ja, übereinstimmend	283	37	49	46	<b>415</b>
	● nein, nicht übereinstimmend	106	13	9	25	<b>153</b>
<b>10. Kontaktaufnahme mit Zahnarzt?</b>						
	● Ja	20	16	1	6	<b>43</b>
	● Nein	346	35	4	70	<b>455</b>
Reaktionen der Behandlerin/ Behandler	● positiv	23	7	1	14	<b>45</b>
	● negativ	2				<b>2</b>
	● keine Reaktion		16		52	<b>68</b>
<b>11. Verweis auf Gutachterverfahren</b>						
	In wie viel Fällen erfolgt?	9	11		16	<b>36</b>

**Anzahl der telefonisch geführten Patientenberatungsgespräche in der Allgemeinen Patientenberatung in den vier Regierungsbezirken**



**Anzahl der persönlich geführten Patientenberatungsgespräche in der Zweitmeinungsberatung in den vier Regierungsbezirken**



# Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung

**B**ereits im Jahr 2007 hat der Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg sein Konzept zur zahnmedizinischen Betreuung immobiler alter und behinderter Menschen in stationären Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen realisiert. Um eine flächendeckende Verbesserung der Zahngesundheit und der Mundhygiene bei dieser Patientengruppe zu erreichen, wirkt der Arbeitskreis in zwei Richtungen.



- Über die in allen Kreisvereinigungen bestellten Senioren- und Behindertenbeauftragten wurden zahnärztliche Kollegen als Betreuungszahnärzte gewonnen und Schulungen für das Pflegepersonal der Einrichtungen vermittelt.
- Durch die Zusammenarbeit mit den privaten Altenpflegesschulen des Landes wird eine Verbesserung der Ausbildung zum Altenpfleger durch die Aufnahme zahnmedizinischer Inhalte erreicht.

Auf beiden Gebieten hat der Arbeitskreis im Berichtsjahr große Fortschritte erzielt.

## Senioren- und Behindertenbeauftragte

In jeder der 38 Kreisvereinigungen des Landes gibt es seit dem vergangenen Jahr einen Senioren- und Behindertenbeauftragten. Für die Kreisvereinigung Stuttgart wurden nachträglich ein weiterer Beauftragter bestellt, um die Vielzahl an Pflegeeinrichtungen innerhalb des Kreises abzudecken. Alle Senioren- und Behindertenbeauftragten wurden über die Bezirkszahnärztekammern bestellt und sind die entscheidenden Koordinatoren vor Ort. Sie stellen Betreuungsteams für die zahnmedizinische Betreuung in den Pflegeeinrichtungen zusammen und knüpfen Kontakte mit den Pflegeeinrichtungen in ihrem Kreis. Um die Arbeit der Beauftragten zu unterstützen, hat der Arbeitskreis eine Vielzahl an Hilfsmitteln und Demonstrationsmaterialien konzipiert und organisiert.



Im Internetbereich der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) unter „Zahnärzte/ Alterszahnheilkunde“ gibt es einen eigenen Bereich nur für die Senioren- und Behindertenbeauftragten, in dem zahlreiche Materialien zum Download bereit stehen.

Jeder Beauftragte hat einen Pflegekoffer erhalten mit Mundhygieneartikeln. Die Koffer können von Betreuungszahnärzten beim

### MITGLIEDER

**Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, Vorsitzender**  
**Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart**  
**Dr. Guido ELSÄSSER, Kernen-Stetten**  
**Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen**

### STÄNDIGE GÄSTE

**Dr. Elmar LUDWIG, Ulm**  
**Dr. Carla TORNIER, Emmendingen**

### ZUSTÄNDIGKEIT

#### LZK-GESCHÄFTSSTELLE

**Andrea MADER**  
**Annerose HAUBER**

#### AG ALTENPFLEGEAUSBILDUNG

**Dr. Guido ELSÄSSER, Kernen-Stetten**  
**Dr. Elmar LUDWIG, Ulm**  
**Dr. Klaus-Peter Rieger, Reutlingen**

zuständigen Senioren- und Behindertenbeauftragten für Schulungen in den Einrichtungen ausgeliehen werden. Eine Anleitung zum Pflegekoffer mit Tipps und Hinweisen steht im Internetauftritt zur Verfügung. Zur Einschätzung der Compliance einer Pflegeeinrichtung können nach der Schulung die Formulare „Kurzcharakteristik der Einrichtung“ und „Individueller Fragebogen“ eingesetzt werden. Beides steht ebenfalls im Onlinebereich zur Verfügung.

Zahnärztliche Aufnahmebogen sind ein Qualitätsmerkmal einer Pflegeeinrichtung. Über den Aufnahmebogen erhalten Betreuungszahnärzte eine erste Orientierung über die Zahn- und Mundgesundheit neuer Bewohner. Auch dieser vom Arbeitskreis entwickelte Aufnahmebogen kann als pdf-Datei im Onlinebereich heruntergeladen werden.

Mit dem bereitgestellten Notfallbogen soll den Betreuungszahnärzten geholfen werden, Notfallsituationen besser zu bewältigen.



Zwei Flyer mit Informationen für Bewohner und Angehörige sowie für Pflegeeinrichtungen dienen der Erleichterung der Kontaktaufnahme mit den Leitungen der Pflegeeinrichtungen.

Seit kurzem steht auch ein Zusatzanamnesebogen für Patienten mit Behinderungen zur Verfügung.

Für ihre Vorträge stehen den Beauftragten und den Betreuungszahnärzten zwei Powerpoint-Vorträge zur Zahngesundheit und Mundhygiene alter und behinderter Patienten einschließlich Erläuterungen zur Verfügung. Diese Vorträge sind allen Beauftragten bereits in zweiter Auflage gemeinsam mit der Anleitung zum Pflegekoffer auf DVD zugeschickt worden.



### Demonstration am Phantomkopf

Vom Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität Tübingen, Professor Löst, erhält die Landes-

zahnärztekammer BW im Rahmen von Umbaumaßnahmen Anfang des kommenden Jahres frei werdende Phantomkopfeinheiten als Spende. Um die Einheiten für Schulungen einsetzen zu können, sind Montagegestelle und Demonstrationsmodelle notwendig. Für zwei Einheiten wurde dies bereits durch die Senioren- und Behindertenbeauftragten von Tübingen, Dr. Eva Faiss, und von Ulm, Dr. Ludwig, umgesetzt. Der Arbeitskreis ist derzeit damit beschäftigt, Finanzierungsmöglichkeiten für die Ausstattung aller Einheiten mit einem Montagegestell und einem Demonstrationsmodell zu erschließen. Es ist geplant, jeden Senioren- und Behindertenbeauftragten mit einer Phantomkopfeinheit einschließlich Montagegestell und Demonstrationsmodell auszustatten. Damit erreichen die Schulungen des Pflegepersonals in Baden-Württemberg eine Qualität, die ihresgleichen im Bundesgebiet sucht.



Bundesweite Aufmerksamkeit erregte der Arbeitskreis auch bei einem weiteren Projekt: Gemeinsam mit seinem Ulmer Team hat Dr. Ludwig Lehr- und Lernkurzfilme erstellt. Mit den Lehr- und Kurzfilmen möchte man dem Pflegepersonal die Probleme und Möglichkeiten der Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege anschaulich demonstrieren. Eine Diashow und ein bebilderte Kommentierung vervollständigen das Filmprojekt. Die fertiggestellten Prototypen der Filme hat Dr.

Ludwig auf der 18. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Alterszahnmedizin (DGAZ) am 19. April 2008 in Münster im Rahmen der Gesamtvorstellung des baden-württembergischen Betreuungskonzeptes präsentiert. Die DGAZ hat daraufhin angeboten, eine Profiversion auf der Basis der Kurzfilme zu realisieren und angeboten Sponsoren zu suchen. Bis die Profiversion realisiert ist, erhalten die Senioren- und Behindertenbeauftragten im Januar 2009 die aktuelle vorliegende Filmversion.



#### **Geri-Curriculum ZFZ Stuttgart**

Um den Senioren- und Behindertenbeauftragten die Möglichkeit einer qualifizierten Fach-Fortbildung zu geben, hat das ZFZ Stuttgart 2008 im Rahmen seiner strukturierten Fortbildungsreihe ein vier Modultage umfassendes Geri-Curriculum angeboten. Das Curriculum wurde zuerst den Senioren- und Behindertenbeauftragten angeboten und von ihnen auch rege genutzt. Auch im kommenden Jahr bietet das ZFZ Stuttgart das Geri-Curriculum wieder an.

#### **Altenpflegeausbildung verbessern**

Das zweite große Betätigungsfeld des Arbeitskreises ist ein Hinwirken auf eine verbesserte Altenpflegeausbildung im Hinblick auf zahnmedizinische Inhalte. Durch eine gemeinsame Initiative des Arbeitskreises und des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen beim Ministerium für Arbeit und Soziales BW konnte die Landes Zahnärztekammer BW ihr Betreuungskonzept auf der Konferenz der privaten Altenpflegeschulen im



Januar dieses Jahres vorstellen. In der Folge dieser Konferenz haben sich eine Vielzahl an Aktivitäten entwickelt:

So wurde die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gebeten, eine eintägige Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte von Altenpflegeschulen zu konzipieren. Der Arbeitskreis plant, die Fortbildungsveranstaltung als Pilotveranstaltung für 25 Lehrkräfte im Zahnärztheaus Stuttgart im ersten Halbjahr 2009 durchzuführen. Die Konzeption für diese Veranstaltung hat eine interne Arbeitsgruppe – bestehend aus Dr. Elsässer, Dr. Ludwig und Dr. Rieger – erarbeitet.

Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe drei zahnmedizinische Module „Präventive Zahnheilkunde in der Altenpflegeausbildung in Theorie und Praxis. Lebensqualität, Schmerzfreiheit, Infektionsprophylaxe“ für

die Ausbildung zum Altenpfleger erarbeitet. Jedes Modul ist mit einem zeitlichen Umfang von ungefähr acht Schulstunden kalkuliert und umfasst drei Blöcke. Die zeitliche Einteilung der drei Blöcke wird den Lehrkräften freigestellt. Die Module beinhalten praktische Übungen und Projekte und werden der Konferenz der Altenpflegeschulen nach endgültiger



Fertigstellung mit einer Empfehlung zur Integration in das relevante Lernfeld ‚alte Menschen personen- und situationsbezogen pflegen‘ übermittelt.

# Interne Öffentlichkeitsarbeit

**A**nsprechpartnerin und Verantwortliche in allen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit der Kammer ist die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Antoinette Röttele. Im Rahmen ihres Referats koordiniert die Öffentlichkeitsreferentin auch den Bereich der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit unter Einbezug aller Beteiligten. In der LZK-Geschäftsstelle arbeitet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, die aus zwei Mitarbeitern, der Kommunikationsassistentin Andrea Mader und der Sachbearbeiterin Sandy Steiniger, besteht, dem Referat Öffentlichkeitsarbeit zu. In Abstimmung und im Auftrag von LZK-Direktor und Öffentlichkeitsreferentin führt die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation alle laufenden Geschäfte in der internen Öffentlichkeitsarbeit.



Die interne Öffentlichkeitsarbeit der Landes Zahnärztekammer BW richtet sich an die Kammermitglieder, die über 11.000 Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg und ihre zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die Kammer bedeutet dies in der konkreten Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit, die Zahnärztinnen und Zahnärzte an die Kammer zu binden und ihnen im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ein Höchstmaß an Information und Service zu bieten. Zu dieser Informations- und Serviceverpflichtung der Kammer an ihre Mitglieder gehört unter anderem die Hilfestellung und Beratung bei allen berufsrechtlichen wie praxisrelevanten

Problemstellungen. Eine Aufgabe der Kammer ist es auch, gesetzlichen Änderungen der deutschen, zwischenzeitlich aber verstärkt auch der europäischen Rechtsprechung, in Form von praktischen Empfehlungen und Handreichungen zu begegnen, sei es durch entsprechende Fortbildungsangebote, Publikationen und Handbücher oder Gespräche und Verhandlungen auf ministerialer Ebene.

Um die Zielsetzungen für ihre zentrale Bezugsgruppe der Mitglieder zu erreichen, bedient sich die Kammer einem Mix aus verschiedenen Kommunikationsinstrumenten, die nachfolgend dargestellt werden.

## **Berufspolitische Kommunikation im ZBW**

Das wichtigste Instrument der berufspolitischen Kommunikation im Land stellt das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg (ZBW) dar, das die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg gemeinsam über das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) herausgeben.

Alle Mitglieder der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg erhalten das ZBW jeden Monat kostenfrei auf dem Postweg. Das ZBW informiert die Leser über gesundheits- und berufspolitische Ereignisse und Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Veröffentlichung von Fortbildungsbeiträgen namhafter Experten, die Berichterstattung über die standespolitische Arbeit im LZK-Vorstand, in den Ausschüssen und Gremien und Beiträge zur zahnärztlichen Berufsausübung ein. Als offizielles Bekanntmachungsorgan werden im ZBW außerdem Satzungen, Ordnungen und die Beitragstabelle veröffentlicht.

Die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit der Kammer, Dr. Antoinette Röttele, der Referent

## **REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

**Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit**

**Andrea MADER, Kommunikationsassistentin Abteilung Öffentlichkeitsarbeit**

**Sandy STEINIGER, Sachbearbeiterin Abteilung Öffentlichkeitsarbeit**

für Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Hans-Hugo Wilms, die Kommunikationsassistentin der Kammer, Andrea Mader, der Leiter der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit der Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Guido Reiter, der Chefredakteur und Leiter des Informationszentrums Zahngesundheit, Johannes Clausen, und die Redaktionsassistentin des IZZ, Gabriele Billiscek, bilden gemeinsam das



ZBW, welches das Heft monatlich plant und koordiniert. Es findet einmal im Monat eine Redaktionssitzung statt.

Einmal im Jahr führt das Redaktionsgremium einen Workshop zur konzeptionellen und inhaltlichen Weiterentwicklung des Blattes sowie der Jahresplanung durch. In diesem Jahr hat das Redaktionsgremium seinen



Workshop im Februar in Badenweiler abgehalten. Der Workshop diente neben der Jahresplanung der Titel-, Schwerpunkt und Fortbildungsthemen in erster Linie der Präsentation des Internetauftritts des ZBW unter [www.zahnaerzteblatt.de](http://www.zahnaerzteblatt.de). Mit Erscheinung der Print-Ausgabe sind nun alle Beiträge auch online verfügbar. Die Ausgaben des Jahres 2006 und 2007 sowie alle 2008 erschienenen Ausgaben sind als pdf-Dateien verfügbar. Ein Suchformular erleichtert das Auffinden von Beiträgen und Artikeln. Gemäß Beschluss-

lage wurde der Onlineauftritt in erster Linie als Archiv entwickelt. Auf dem Workshop diskutierte das Redaktionsgremium mögliche Erweiterungen und Perspektiven in der Zukunft.

Die ZBW-Redaktion der Kammer besteht aus der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikationsassistentin. Für die Planung der Kammerbeiträge führt die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation einen Redaktionsplan. Hierin werden alle geplanten Beiträge der Kammer mit Thema, Erstellungsdatum, Bildmaterial, Freigabe- und Übermittlungsdatum an das IZZ geführt. Alle Beiträge der Kammer gehen bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ein, die die weitere Abwicklung vom Einholen der Freigabe durch die Öffentlichkeitsreferentin bis zur Übermittlung an das IZZ organisiert. Für die Kalkulation des Seitenumfanges steht den Autoren der Kammer eine ZBW-Schablone zur Verfügung, die von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation bei Bedarf mit einer Erläuterung zur Installation per Mail versandt wird.

Seitens der Kammerredaktion erfolgte im Berichtszeitraum eine regelmäßige Berichterstattung über die Vertreterversammlungen, die LZK-Vorstandssitzungen und die Beschlussfassungen der Ausschüsse und Arbeitskreise. Außerdem wird regelmäßig über aktuelle Rechtssprechung, die Veranstaltungen der Fortbildungseinrichtungen sowie über Aktuelles aus der Praxisführung berichtet.

Seit zwei Jahren bearbeitet das ZBW-Redaktionsgremium in jeder Ausgabe ein spezielles Titel- und Schwerpunktthema. Die Kammerredaktion hat für die Schwerpunktthemen dieses Jahres, wie beispielsweise die Kammerwahl in der Augustausgabe oder Prävention und Prophylaxe in der Oktoberausgabe ausführliche und weiterführende Beiträge verfasst, die das Thema unter Kammergesichtspunkten beleuchten. Dar-

über hinaus wurde jeweils passend zum Titelthema ein Kammerautor für den Leitartikel gewonnen.

**„Praxisteam Aktuell“ für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen**

Die Landeszahnärztekammer BW verlegt das Magazin „Praxisteam Aktuell“ in alleiniger



Verantwortung im Vierteljahresrhythmus als Beilage zum ZBW. Die Redaktion besteht aus der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und der Kommunikationsassistentin. Heftplanung, Redaktion, Layout und alle weiteren Schritte bis zur

Drucklegung werden über die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation abgewickelt.

Angelehnt an die Terminierung der Fortbildungstagungen für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen in ihren Bezirken, führen die Referenten in ihren Editorials in das Tagungsmotto ein. Abgerundet wird die Berichterstattung über die Fortbildungstagungen durch die ausformulierten Fachbeiträge von Referenten der Tagungen oder der Redaktion. Durch die Zusammenarbeit mit dem Lehr-DH-Team des ZFZ Stuttgart finden sich in der Teambeilage immer aktuelle Fortbildungsbeiträge und Informationen zur Aufstiegsfortbildung. Beiträge zu Gesundheit, Ernährung und Freizeittipps runden das Magazin ab.

In der Aprilausgabe der Beilage konnte in Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung ein Beitrag zur Händehygiene ver-

öffentlicht werden. Zielsetzung war es, die Neuauflage des Leitfadens zur Organisation der Hygienemaßnahmen mit einem Beitrag, der sich speziell an das Praxisteam richtet, zu begleiten.

In diesem Jahr nahm die Vorberichterstattung zum Deutschen Zahnärztetag im Oktober und das Programm für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, das in Verantwortung der Landeszahnärztekammer BW angeboten wird, großen Raum im Praxisteam Aktuell ein. In der Augustausgabe wurde durch den Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr. Klaus-Peter Rieger, sowie ein Interview mit Regina Först, einer der Referentinnen beim Deutschen Zahnärztetag, in das Programm eingeführt.



Alle Ausgaben des Praxisteam Aktuell finden sich im Internetauftritt der Kammer unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) im Bereich Praxisteam.

**E-Newsletter Kammer INFORM**

Bereits etabliert ist der E-Newsletter „Kammer INFORM“ als Verstärkung der berufspolitischen Kommunikation im ZBW für den engen Kreis der Ehrenamtsträger von Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und Bezirkszahnärztekammern sowie für opinion leader in Berufsvertretung, Politik und Gesellschaft auf Landes- wie auf Bundesebene.



Die Recherche und das

Formulieren von Beiträgen leistet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der LZK-Geschäftsstelle. Diese Entscheidungsstrukturen mit ihren kurzen Abstimmungswegen ermöglichen stets eine zeitnahe und aktuelle Bereitstellung von Hintergrundinformationen.

Die Inhalte des BZÄK-Klartextes finden im ‚Kammer INFORM‘ ebenso Eingang wie der Hinweis auf die Fortbildungstagungen. In Sonderausgaben des ‚Kammer INFORM‘ wurden in diesem Jahr die außerordentliche Vertreterversammlung im Juli mit den wichtigsten Ergebnissen aufbereitet, noch bevor eine ausführliche Berichterstattung im ZBW erfolgte. Andere zentrale politische Themen wie die Novellierung der GOZ konnten über Wochen und Monate begleitet und fast tagessaktuell weitergegeben werden.

Alle Ausgaben des ‚Kammer INFORM‘ sind im Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg im Bereich Zahnärzte unter der Rubrik ‚Amtsinfos‘ eingestellt.

### **Ansprache aller Bezugsgruppen im Onlineauftritt**



Für jede Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit der Landes Zahnärztekammer BW – Zahnärzte, Praxisteam, Patienten, Presse – gibt es einen eigenen Bereich im Internetauftritt mit zielgruppenadäquaten Informationen.

Für konzeptionelle und inhaltliche Änderungen am Internetauftritt ist ebenfalls die Abteilung

Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit der Öffentlichkeitsreferentin und dem Direktor zuständig. Die technische Umsetzung erfolgt über die Abteilung EDV.

In alle Rubriken wurden in diesem Jahr regelmäßig aktuelle Informationen eingepflegt und ergänzt. Die Startseite, auf der sich aktuelle Informationen für alle Zielgruppen befinden wurde im Berichtsjahr um das Online-Fortbildungskalendarium und die Fortbildungsangebote der baden-württembergischen Fortbildungseinrichtungen sowie eine Verlinkung auf das Apotheken-Notdienstportal ergänzt.

Die meisten Zugriffe lassen sich weiterhin im geschlossenen Bereich der Zahnärzte verzeichnen.

Der Bereich Alterszahnheilkunde wurde ausgebaut – für die Senioren- und Behindertenbeauftragten

wurde ein eigener Bereich eingerichtet, in dem zahlreiche Materialien zum Download bereit stehen. Im Bereich Amtsinfos stehen aktuelle Hintergrundinformationen für Ehrenamtsträger bereit. Im Hinblick auf den Stand der Gesetzgebung bei der Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung konnten in diesem Bereich im Verbund mit dem ‚Kammer INFORM‘ wichtige und aktuelle Informationen bereit gestellt werden.



Gegenwärtig sind im LZK-Internetauftritt zwei Foren eingerichtet. Dazu gehört ein Diskussionsforum für aktive Moderatoren von



Qualitätszirkeln und ein internes Forum für die Mitglieder des Praxisführungsausschusses. Im Aufbau befindet sich derzeit ein Diskussionsforum für Gutachter, das bereits die Entscheidungsgremien passiert hat. Der Start ist für den Beginn der 14. Kammerperiode geplant.

### **Mitgliederbindung durch gemeinsame Fachexkursion**

Seit 2006 bietet die Landes Zahnärztekammer BW für ihre Mitglieder Fachexkursionen an. Nach Peking und Südafrika führte die Kammerreise in diesem Jahr nach Vietnam.

Die Mitgliederreisen stellen für die Kammer ein wichtiges Mittel der internen beruflichen Kommunikation dar, sie führen den Berufsstand zusammen, denn die Reisen locken nicht nur wegen der Sehenswürdigkeiten ferner Länder, der Faszination der Landschaften, der Erholung und der kulturellen Eigenarten des Reiseziels, sondern vor allem wegen eines berufsbezogenen Fachprogramms und des kollegialen Austauschs.

Für die Organisation und Durchführung dieser Mitglieder-Reisen arbeitet die Kammer mit dem Reisedienst Bartsch zusammen, der sich auf Reisen für verschiedene Berufsgruppen spezialisiert hat.



Für Fragen im Vorfeld der Reise, als Ansprechpartner für die Reisetilnehmer, für die Kommunikation mit dem Reiseunternehmen, die fotografische Begleitung auf der Reise, die Nachberichterstattung im ZBW und die Nachbereitung der Reise ist die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Für die Vietnam-Reise wurde sowohl über die touristischen Höhepunkte als auch das Fachprogramm ausführlich in der Juliausgabe des ZBW berichtet. Alle Teilnehmer der Reise erhielten eine DVD mit Bildern und einer Bildershow.

Viele der Mitglieder sind seit der Peking-Reise treue Teilnehmer und schon heute erreichen die Kammer zahlreiche Anfragen für das Reiseziel 2009 und die Reisettermine. Im kommenden Jahr führt die Fachexkursion nach Indien. Über die genauen Reisettermine wird im ZBW berichtet.

### **Konzeption Patientenzeitschrift**

Im Berichtsjahr erhielt das Referat Öffentlichkeitsarbeit vom LZK-Vorstand den Auftrag, eine Konzeption für eine Patientenzeitschrift für die Zahnärzteschaft Baden-Württembergs mit individuellen Inhalten vorzulegen. Die Öffentlichkeitsreferentin und die Kommunikationsassistentin haben in ihrer Konzeption zwei Modelle für die Realisierung einer eigenen

Patientenzeitschrift der Kammer und ein Kooperationsmodell einschließlich einer Kostenkalkulation vorgelegt.

Nach intensiver Debatte der vorgelegten Konzeption sah der LZK-Vorstand keinen Nutzen in einer Patientenzeitschrift.





## **Grafische Gestaltung und Zahnarzt- ausweis**

Zu den Aufgaben der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit gehört es auch, für die Publikationen, Veröffentlichungen, Broschüren und Werbungen der Fachabteilungen der LZK-Geschäftsstelle Entwürfe für die Gestaltung und das Layout zu machen. Bei allen Drucksachen der Kammer kommt das neue corporate design zur Anwendung. Im Berichtsjahr hat die Abteilung Layoutentwürfe für den Hygiene-Leitfaden und den Leitfaden Arbeitsschutz konzipiert.

Die Ausstellung des Zahnarzttausweises erfolgt ab Oktober dieses Jahres über die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und wird von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit geleistet.

## **Internes Handbuch Öffentlichkeitsarbeit**

Die 13. Kammerperiode neigt sich dem Ende zu. Die Öffentlichkeitsreferentin und die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit haben die im Verlauf der gemeinsamen Arbeit von inzwischen zwei Kammerperioden entstandenen und eingespielten Arbeitsabläufe und Strukturen in der Öffentlichkeitsarbeit in einem ‚internen Handbuch Öffentlichkeitsarbeit‘ zusammengeführt und dargestellt. Das Handbuch führt alle Beteiligten und Partner der Öffentlichkeitsarbeit der Kammer auf, definiert ihre Zielgruppen und beschreibt sämtliche Instrumente und Prozesse der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit. Das Handbuch dient als Leitfaden für künftige Ehrenamtsträger und Verwaltungsmitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit. Als mitgeltende Unterlagen ist das Handbuch Bestandteil des Qualitätsmanagement-Handbuchs der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.

**D**as Zahnärzteblatt Baden-Württemberg (ZBW) bildet mit seinen Berichten, Reportagen, Leitartikeln, Kommentaren und Interviews die Informationsplattform für die Kollegenschaft. Es informiert seine Leserinnen und Leser über gesundheits- und berufspolitische Ereignisse und Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Veröffentlichung von Fortbildungsbeiträgen namhafter Experten ein. Die Redaktion der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) bilden Dr. Antoinette Röttele und Andrea Mader, die Redaktion der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW) wird vertreten durch Dr. Hans Hugo Wilms und Guido Reiter.

## Redaktion und Interne Kommunikation

Der Geschäftsführende Ausschuss, vertreten durch Dr. Antoinette Röttele und Dr. Hans Hugo Wilms, ist das berufspolitische Bindeglied zwischen dem IZZ-Verwaltungsrat, Dr. Udo Lenke, Präsident der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und Dr. Ute Maier, Vorsitzende des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, als den Herausgebern des ZBW. Die presserechtliche Verantwortung liegt beim Chefredakteur, Johannes Clausen. Der Chefredakteur ist für Redaktion und Gestaltung verantwortlich und überwacht, Produktion, Herstellung und Kostenentwicklung.

## Sitzungen

Im Berichtsjahr wurden zehn Redaktions-sitzungen und ein ZBW-Workshop durchgeführt. In den monatlichen Redaktions-sitzungen werden unter anderem Titelblatt, Themenplanung, Blattkritik, Terminbesetzungen und vieles mehr besprochen und abgestimmt. Die Blattkritik einer jeden Ausgabe ist wichtig, um die Qualität kontinuierlich zu optimieren. Einmal im Jahr wird im Rahmen des ZBW-Workshops die

Jahres-Planung von Text- und Bildbeiträgen sowie der Gestaltung behandelt, Strategien zur Optimierung der Bildqualität sowie Schritte zur Optimierung und Weiterentwicklung des Layouts festgelegt.

## Titelthemen 2008

Die zahnärztliche Selbstverwaltung stand zu Beginn des Jahres 2008 im Vordergrund der ZBW-Berichterstattung. Dr. Ulrich Noll, Fraktionsvorsitzender der FDP Baden-Württemberg, plädierte in seinem Leitartikel für die Stärkung der Freiheit und Eigenverantwortung und zeigte die Verantwortung auf, die die Freiheit der Berufsausübung mit sich bringt. Die Berichte über die Vertreterversammlungen der LZK BW und der KZV BW sowie die Vertreterversammlungen der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe, der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart, der Bezirkszahnärztekammer Tübingen und der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer Düsseldorf beschäftigten sich mit Themen wie der Bematisierung der GOZ, der Vorlage der Honorarordnung Zahnärzte und die damit verbundene Diskussion um die Novellierung der GOZ sowie die Diskussion um die Fort- und Weiterbildung (postgraduale Fortbildung zum Master of Science) und die Neugestaltung der Weiterbildung in Form einer Muster-Weiterbildungsordnung, die die Kollegenschaft bewegten und die auch im weiteren Verlauf des Jahres von Bedeutung waren. Zwei Interviews mit Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, Präsident der Bundeszahnärztekammer, und Dr. Karl-Heinz Sundmacher, Bundesvorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), rundeten die Berichterstattung ab.

Titelthema der Ausgabe 02/2008 war das ehrenamtliche Engagement der Zahnärzteschaft. Dr. Antoinette Röttele zeigte in ihrem Leitartikel, dass sich die Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg bereits seit

### HERAUSGEBER

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg mit den Bezirkszahnärztekammern  
Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen  
Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

### REDAKTION

Johannes Clausen, HC (Chefredakteur, verantwortlich)

vielen Jahren erfolgreich engagieren. Der Bericht über die Aktion Z, unter der Schirmherrschaft von Wolfgang Overath, Fußballweltmeister 1974 und Präsident des 1. FC Köln, bei der in den Jahren 2006/2007 1,1 Millionen Euro für Hilfsprojekte in der Dritten Welt erlöst wurden, die Presseschau mit dem überaus positiven Presseecho und das Interview mit dem Beauftragten der LZK BW für die Aktion Z machten dieses Engagement eindrucksvoll deutlich.



Die Möglichkeit des Abschlusses von Selektivverträgen von Krankenkassen stand im Mittelpunkt der Ausgabe 03/2008. Willi Reiners, Politikredakteur der Stuttgarter Nachrichten, legte den Sachverhalt in einem sachlichen Grundlagenbericht dar. Dr. Hans Hugo Wilms zeigte in seinem Leitartikel die Konsequenzen solcher Einzelverträge zwischen Kassen und Ärzteverbänden und im Interview mit Dr. Gerhard Dieter, Mitglied der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg wurden die Standpunkte der Ärzteschaft aufgezeigt.



Schwerpunkt der Ausgabe 4/2008 ist das Thema Fortbildung mit besonderem Augenmerk auf die Karlsruher Konferenz. Dr. Joachim Schwalber setzte sich in seinem Leitartikel kritisch mit dem Thema Fortbildung auseinander und zeigte dessen Bedeutung auf, vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die postgraduale Fort- und Weiterbildung. Auszüge aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Zahnmedizin an den

Universitäten in Deutschland“, ein Überblick über QM-Seminarangebote in Baden-Württemberg und ein Bericht über die Stuttgarter Fortbildung zum Qualitätsmanagement rundeten das Titelthema ab.

Der Gesundheitsfonds und seine Auswirkungen auf die zahnärztliche Praxis standen im Blickpunkt der Berichterstattung der Ausgabe 5/2008. In einem Hintergrundbericht wurde der aktuelle Stand dargelegt und die Positionen der Bundesgesundheitsministerin und der Landesregierung Baden-Württemberg vorgestellt, im Interview bezog Dr. Rolf Koschorrek, CDU-Abgeordneter und Zahnarzt, hierzu Stellung. Der dazu gehörige Leitartikel von Christian Finster, Mitglied im Vorstand der KZV BW, machte deutlich, dass sich die Zahnärzteschaft auf den Gesundheitsfonds einstellen muss. Ob und wie der Fonds funktionieren wird, wird sich erst im nächsten Jahr zeigen.

Die Diskussion um die Zukunftsperspektiven für die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Zukunft des zahnärztlichen Berufsstands wurde in der ZBW-Ausgabe 06/2008 aufgegriffen und anhand von Fakten aus der Agenda 2020 der Unternehmensberatung McKinsey aufbereitet. Chefredakteur Johannes Clausen stellte in seinem Leitartikel Vorschläge von Mc Kinsey vor und zeigte Lösungen für die Finanzierung des Gesundheitswesens auf. Auszüge aus der Rede von Dr. Joachim Schwalber, anlässlich der Vertreterversammlung der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, zu einem anderen Berufsumfeld und Berufsbild ergänzten die Berichterstattung.

Auch in der Juli-Ausgabe wurde die Diskussion über die Gesundheitspolitik und die Zukunft der Zahnärzteschaft weitergeführt. Im Beitrag über die Vertreterversammlung der KZV BW wurde Stellung bezogen zur gesundheitspolitischen Lage. Eine Resolution zur Aussetzung des Gesundheitsfonds

**REDAKTION KAMMER**

Andrea Mader, Dr. Antoinette Röttele

**REDAKTION KZV BW**

Guido Reiter, Dr. Hans Hugo Wilms

**REDAKTIONSBURO**

Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg,

Redaktionsassistentz: Gabriele Billiscek

brachte den Unmut der Zahnärzteschaft über die gesundheitspolitische Situation zum Ausdruck. Dr. Ute Maier, Vorsitzende des Vorstands der KZV BW, zeigt in ihrem Leitartikel die Gefahr auf, dass der Basistarif zum Sprengsatz zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung wird und kritisierte die Rolle der Bundeskörperschaften.

Die anstehenden Kammerwahlen waren ein weiteres Thema, das die zahnärztliche Kollegenschaft im Jahr 2008 beschäftigte. Die Ausgabe 08/2008 widmete sich mit dem Themenschwerpunkt den Wahlen zur 14. Kammerperiode und erläuterte zum einen die Wahlverfahren und Regularien und gab zum anderen einen Überblick über die Wahlvorschläge der einzelnen Regierungsbezirke. Dr. Udo Lenke, Präsident der LZK BW, rief in seinem Leitartikel die Kollegenschaft auf, sich aktiv an der beruflichen Selbstverwaltung zu beteiligen.



Das Thema Europa stand im Blickpunkt der Berichterstattung der Ausgabe 9/2008. Das 14. IZZ-presseforum, das zum ersten Mal außerhalb der Grenzen Deutschlands in Straßburg stattfand, setzte sich zum einen mit der Thematik des Schmerzes, seiner Entstehung, Diagnose und Behandlung auseinander und gab zum anderen einen Einblick in die europäische Gesundheitspolitik und die Zukunft der Krankenversicherung im

europäischen Kontext. Der Leitartikel der Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt, MdEP, in dem sie die Notwendigkeit der Kompatibilität der europäischen Systeme unter Wahrung der nationalen Besonderheiten erläuterte, war ein weiterer interessanter Beitrag, der sich kompetent und authentisch in das Thema einfügte.



Die Alterszahnheilkunde lag im Fokus der Berichterstattung der Ausgabe 10/2008. In seinem Leitartikel führt der Vorsitzende der BZK Tübingen, Dr. Wilfried Forschner, die Herausforderungen auf, die immer mehr „vollbezahnte alte Mitbürger“ an die Zahnärzteschaft stellen. Der Beitrag über die Bodenseetagung in Lindau beleuchtete die Thematik unter dem fachlichen Aspekt und der Hintergrundbericht über den Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zeigte die Initiativen der Zahnärzteschaft auf diesem Gebiet.

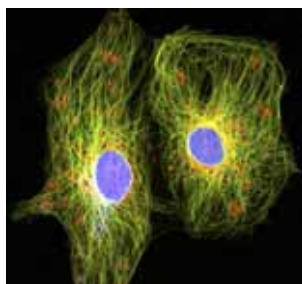
Titelthema der ZBW-Ausgabe 11/2008 bildete der Deutsche Zahnärztertag, dessen Austragungsort in diesem Jahr Stuttgart war. Dr. Ute Maier nahm als Vertreterin der KZV BW Stellung zur Gesundheitspolitik. Die Berichte über die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung machten die politischen Positionen der Zahnärzteschaft deutlich und Kommentare ergänzten die Berichterstattung. Die Ausgabe 12/2008 beschäftigte sich mit dem GOZ-Referentenentwurf. Den Leitartikel verfasste Dr. Udo Lenke. Er ging auf die außerordentliche BZÄK-Bundesversammlung am 15. November 2008 ein.

## Berufspolitik

Im standespolitischen Bereich lag der Schwerpunkt auf der Berichterstattung über die Vertreterversammlungen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und der Bezirkszahnärztekammern sowie den Berichten über Vorstandssitzungen der LZK BW. Die Bundesversammlungen von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung sowie die Bundes- und Landesversammlung des FVDZ waren weitere wichtige Themen. In zahlreichen Interviews mit Vertretern aus Politik und Standespolitik wurden Sachverhalte und persönliche Meinungen aufgezeigt. Auch auf diesem Arbeits- und Aufgabengebiet wurde das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg seiner Verpflichtung gerecht, transparent und informativ über Stimmungen, berufspolitische Debatten und Beschlüsse im Jahr 2008 zu berichten.

## Fortbildungsthemen 2008

Folgende Fortbildungsthemen wurden im Jahr 2008 von wissenschaftlichen Autoren aus der Zahnmedizin behandelt (in chronologischer Reihenfolge):



Zahnärztliche Behandlung von demenzkranken Patienten (Dr. Herbert Michel)

• Keramik in der Zahnerhaltung – unter dem Aspekt der CAD/CAM-Technik (Prof. Dr. Dr. Werner H. Mörmann, Prof.

Dr. Thomas Attin) • Die Tumorstammzelle im Visier der weltweiten Krebsforschung (Dr. Bernd Hildenbrand, Dr. Marc Azemar, Dr. Ralf Graeser, Prof. Dr. Stefan Martin) • Tumorzellen: Die schlafenden Hunde der Krebsmedizin (Barbara Hobom) • Mundtrockenheit: Ätiologie, Diagnostik, Therapie

(Prof. Dr. Knut A. Grötz) • Die Natur steht Pate für Implantate (Anne Hardy) • Eine weiche Zukunft für die Allgemeinchirurgie (Dr. Rainer Flöhl) • Neue Techniken in der



Endodontie (PD Dr. Jörg F. Schirrmeister) • Aufmerksamkeits-Defizit/ Hyperaktivitätsstörung (Dr. Dagmar Brummer, Prof. Dr. Manfred Spitzer) • Krebs: Der Preis der Evolution (Silvia von der Weiden) • Sinusliftoperation: Die Kieferhöhle – ein Problem für den Zahnarzt? (Dr. Jörg Kälber, Prof. Dr. Dr. Dieter Weingart) • Diagnostik von Kieferhöhlenaffektionen (Dr. Claudia Hoffmann, Dr. Jörg Kälber) • Möglichkeiten des Weichgewebsmanagements im Rahmen der prothetischen (Implantat-)Therapie (Dr. Andreas Koob, Dr. Olaf Gabbert) • Stellenwert der Erhaltungstherapie im parodontalen



Behandlungskonzept (Dr. Anja Kürschner, Prof. Dr. Petra Ratka-Krüger) • Maligne Tumoren der Kieferhöhle (Dr. Rolf Bublitz) • Komplikationen bei der endodontischen Behandlung (PD Dr. Jörg F. Schirrmeister).



Regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen, die einen bedeutenden Teil der Berichterstattung bilden, stellten weitere Schwerpunkte im Bereich der Fortbildung dar. Im Jahr 2008 wurde im Zahnärzteblatt ausführlich über die Winterakademie 2008 des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (03/2009), die 23. Karlsruher Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung (05/2008), die 33. Schwarzwaldtagung der Bezirkszahnärztekammer Freiburg (05/2008), den 4. Stuttgarter Zahnärztertag 2008 (07/2008), die 14. Sommerakademie des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (09/2008) und die 43. Bodenseetagung der Bezirkszahnärztekammer Tübingen (10/2008) berichtet. Zusätzlich veröffentlichte das ZBW regelmäßig Beiträge über regionale Fortbildungsveranstaltungen in Baden-Württemberg wie das Lasersymposium im Fortbildungsforum Zahnärzte in Freiburg (01/2008), das 11. KH-Symposium und die Herbsttagung der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart (1/2008), die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Dentale Technologie e. V. (07/2008), den 3. Tag des Qualitätsmanagements in Mannheim (07/2008) und das Symposium des Vereins Zahnärzte für Zahnärzte (ZfZ) (08/2008).

### Meinungsbeiträge und Kommentare

Im Jahr 2008 wurden auch zahlreiche interessante Meinungsbeiträge und Kommentare namhafter Journalisten von bekannten Nachrichtenmagazinen oder Zeitungen und Wissenschaftlern veröffentlicht, wie beispielsweise: „Gesundheitsfonds – mehr Schatten als Licht“, Kommentar von Rolf Stuppard, „Sicherheitssozialismus“ Kommentar des Chefredakteurs des Cicero, Wolfram Weimer, Vergleichbare Vergütungen für vergleichbare Leistungen, Prof. Dr. Fritz Beske und „Phänomen Mensch“, Auszug aus dem Vorwort des Buches von Prof. Dr. Jens Reich.



### Einer von uns

Unter der Rubrik Einer von uns berichtete das ZBW über Zahnärzte, die sich über ihre zahnärztliche Tätigkeit hinaus sportlich, gesellschaftlich, sozial oder politisch durch herausragende Leistungen profiliert haben. Berichtet wurde über den Faschnachts-Büttenredner Dieter Buchheimer aus Weil am Rhein, den Eiskunstläufer Andreas Nischwitz aus Tübingen und den Tischtennisstar Peter Stellwag aus Leinfelden-Echterdingen. Weitere Spitzensportler, die Goldmedaillen, wie beispielsweise im Segeln, Fechten oder Reiten errungen haben, wurden sukzessive für das ZBW portraitiert.





In den Bereichen GOZ konzentrierte sich die Berichterstattung auf die Themen • Bemäti-  
gung der GOZ • Wissenswerte Urteile •  
GOZ Inform • Anfragen privater Krankenver-  
sicherer • Aktueller Sachstand zur Novellie-  
rung der GOZ • LZK in den Startlöchern •  
GOZ auf der Zielgeraden • Immer Kampf mit  
der Beihilfe?



Christian Jankowski, Aufnahme aus »Lycan Theorized«, 2006,  
Digitalvideo, 23 Min., © Jankowski

Mit zahlreichen weiteren Beiträgen über  
standespolitische Veranstaltungen, Arbeits-  
kreise und Ausschüsse, den Karlsruher Vor-  
trag mit Dr. Wolfgang Schüssel, Bundes-  
kanzler der Republik Österreich a. D., Be-  
richte aus den Regierungsbezirken, Berichte  
über Veranstaltungen des Forum Zahn-  
gesundheit, über Azubi-Veranstaltungen, mit  
ZBW-Gesprächen, Kommentaren und Be-  
richten aus den Themenbereichen Pro-  
phylaxe und Kultur möchten die Autoren des  
Zahnärzteblattes Baden-Württemberg zu  
einer zuverlässigen und kompetenten Be-  
richterstattung beitragen.

# Informationszentrum Zahngesundheit

Das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) als gemeinsame Öffentlichkeitsstelle von Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) und Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KZV BW) war den Journalisten der Print-, Funk- und TV-Medien auch im Berichtszeitraum 2008 eine vertrauensvolle und authentische Kommunikations- und Informationsquelle.

Die Verantwortlichen des IZZ, IZZ-Verwaltungsrat und IZZ-Leiter, legen großen Wert auf einen intensiven und vertrauensvollen Dialog mit Journalisten, Opinion Leaders in Politik, Wirtschaft und Verbänden. Dieser ist Voraussetzung, um Positionen, Meinungen und Konzepte der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg übermitteln zu können. Gesundheitspolitisch relevante Kritikpunkte und konstruktive Lösungsvorschläge konnten Journalisten und andere Opinion Leaders mehr – beispielsweise in Hintergrundgesprächen – aus erster Hand durch den Präsidenten der LZK BW, Dr. Udo Lenke, und die Vorsitzende des Vorstandes der KZV BW, Dr. Ute Maier, erfahren.

## Pressearbeit und Pressekonferenzen

Insbesondere die Pressearbeit des IZZ ist eine wichtige Säule der Öffentlichkeitsarbeit und wird bei den Medienvertretern hoch geschätzt. Das IZZ führte im Berichtszeitraum sechs Pressekonferenzen durch. Die Kernaussagen der berufspolitischen Gesprächspartner und Fortbildungsleiter wurden von den Redakteuren der Print-, Funk- oder TV-Medien positiv aufgegriffen und in ihre Sendekanäle eingespeist. Die gute Medienresonanz spiegelt sich in den Presse-Dokumentationen eindrucksvoll wider.

- *Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt*  
Die Spendenerlöse aus der Aktion Z wurden im Rahmen einer Pressekonferenz in Sinsheim übergeben.

Über 1,1 Millionen Euro kamen für die Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt zusammen, die im Rahmen der Pressekonferenz durch den Beauftragten der LZK BW, Dr. Bernhard Jäger, an den Schirmherrn der Aktion Z, Wolfgang Overath, Fußballweltmeister 1974, überreicht wurden.



Im Rahmen der Scheckübergabe haben die Vertreter der Hilfsorganisationen Hilfe zur Selbsthilfe e.V., Dossenheim, Don Bosco JUGEND DRITTE WELT e. V., Bonn, Komitee Ärzte für die Dritte Welt, Frankfurt a. M., ihre Projekte vorgestellt.

- *23. Karlsruher Konferenz* der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe mit Professor Dr. Winfried Walther, Direktor, zu „Der „beste“ Zahnersatz – Eine Bresche für die Qualität“.
- *Karlsruher Vortrag* - Mund auf „Europa und der Frieden auf dem Balkan“ von Dr. Wolfgang Schüssel und Verleihung des „Mund-auf-Preises“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe an den Bundeskanzler der Republik Österreich a. D.
- *33. Schwarzwaldtagung* der südbadischen Zahnärzte in Titisee „Implantate – eine Erfolgsgeschichte über mehr als 50 Jahre“ mit Dr. Joachim

## VERWALTUNGSRAT

**Dr. Ute MAIER, Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrates 2008,  
Vorsitzende des Vorstandes der KZV BW  
Dr. Udo LENKE, stv. Vorsitzender des IZZ-Verwaltungsrates 2008  
Präsident der Landes Zahnärztekammer BW**

Schwalber, Vorsitzender der Bezirkszahnärztekammer Freiburg.



- 4. *Stuttgarter Zahnärztetag* der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart zu „Zahnärztliche Prothetik – mehr als nur (Zahn)Ersatz“ mit Dr. Konrad Bühler, Professor Dr. Johannes Einwag und Dr. Helmut Schönberg.
- Pressehintergrundgespräch „Zwischenbilanz nach einem Jahr GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ in Stuttgart. Dr. Ute Maier, IZZ-Verwaltungsratsvorsitzende 2008, und Dr. Udo Lenke, stv. IZZ-Verwaltungsratsvorsitzender 2008, zogen Bilanz noch einem Jahr GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vor Journalisten von TV-, Print- und Funkmedien zusammen.
- 43. *Bodenseetagung* der Bezirkszahnärztekammer Tübingen in Lindau zu „Mundgesundheit im Alter – Zukunftsaufgabe für die Zahnarztpraxis“ mit Dr. Wilfried Forschner, Vorsitzender der Bezirkszahnärztekammer Tübingen, Professor Dr. Bernd Haller, Fortbildungsreferent der Bezirkszahnärztekammer Tübingen, und Dr. Elmar Ludwig.
- *Tag der Zahngesundheit in Karlsruhe*  
Die landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Karlsruhe

bewirkte ein bundes- wie landesweit viel beachtetes Medienecho. Die Presse informierte: Dr. Udo Lenke, stv. Vorsitzender des IZZ-Verwaltungsrates und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheit Baden-Württemberg (LAGZ BW), Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Vorstandsmitglied der LAGZ BW und Prophylaxe-Referentin der LZK BW, Bernhard Brenner, Referatsleiter Zahnärzte AOK Baden-Württemberg, Dr. Barbara Unger, Abteilung V, Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg, Gerhard Gundelfinger, VdAK/ AEV Landesvertretung Baden-Württemberg, Dr. Ernst Schäfer, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege im Stadt- und Landkreis Karlsruhe, Moderation, Johannes Clausen, Leiter des IZZ.

Zur Eröffnungsveranstaltung auf dem Marktplatz in Karlsruhe unter der Moderation von Martina Meisenberg, SWR-Landesschau, kamen wieder zahlreiche Gäste aus Politik, Kultur, Medizin und Standespolitik. Martina Meisenberg rief prominente Zuschauer auf die Bühne, das Publikum staunte nicht schlecht, als sich die Politiker ohne Scheu zu ihren Zahnputzgewohnheiten befragen ließen und zwar: Ursula Haußmann, MdL, Gesundheitspolitische



#### **GESCHÄFTSFÜHRENDER AUSSCHUSS**

**Dr. Antoinette RÖTTELE, Vorsitzende Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2008, Stv. Präsidentin LZK BW**

**Dr. Hans Hugo WILMS, stv. Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2008, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der KZV BW**

Sprecherin der SPD, Dr. Bernhard Lasotta, MdL und Mitglied im Sozialausschuss, Bärbli Mieliich, Gesundheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen und Dr. Ulrich Noll, FDP-Fraktionsvorsitzender Baden-Württemberg. „Die Karlsruher“ waren durch ihre Landtagsabgeordneten Katrin Schütz und Manfred Groh sowie dem ersten Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, Siegfried König, vertreten.

- **Forum Zahngesundheit**

Das IZZ war für fünf Forumsveranstaltungen für die Pressearbeit verantwortlich: „Für die Familie“ in Tübingen, „Biberacher Frühlingsausstellung“, „Öhringer Woche“, „Mannheimer Maimarkt“ und „Offerta, Karlsruhe“. Headlines wie „Früh übt sich“/ Schwäbische Zeitung, Laupheim, „Forum Zahngesundheit schlägt sein Zelt auf“/ Heilbronner Stimme, „Öhringer Woche mit neuen Aktionen“/Heilbronner Stimme, „Einmal Zahnarzt spielen“/ Heilbronner Stimme und „Forum–Zahnputzbrunnen und Plaque-Neon-Schau“/ Mannheimer Morgen stimmten die Leser auf die Veranstaltungen ein.

### Öffentlichkeitsarbeit

Das IZZ überarbeitete die Broschüren „Patientenberatung in Baden-Württemberg“, „Prophylaxe – Gesund beginnt im Mund“ und „Zahnfüllungen“. In Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der LZK BW wurden die Flyer zur Alterszahnheilkunde „Neue Wege in der Pflege - Informationen für Pflegeeinrichtungen und Informationen für Bewohner und Angehörige“ redaktionell bearbeitet und vom IZZ herausgegeben.

Das Zahnunfallposter wird weiter von Zahnarztpraxen und von 37 Arbeitsgemeinschaften für Zahngesundheit nachgefragt.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Schwerpunkt „Patientenberatung“ wurden mehrere Maßnahmen durchgeführt. So wurden acht Telefonaktionen als Beratungs- und Informationsservice in Zusammenarbeit mit den Redaktionen für die Leserschaft angeboten und durchgeführt.

Werbemaßnahmen für die Patientenberatung in allen Fragen der Zahn- und Mundgesund-



heit wurden im Berichtszeitraum weiter intensiviert. Dazu dienten nicht zuletzt die Herausgabe des Zahnseidenspenders und die Neuauflage des Taschenterminkalenders sowie die Gestaltung und Redaktion eines neuen Flyers.

Das SWR-Fernsehen startete zusammen mit dem IZZ eine Initiative, um in der Landesschau Baden-Württemberg über die seit 15 Jahren in Baden-Württemberg erfolgreich etablierte Patientenberatung zu berichten. Der Sendebeitrag wurde am Mittwoch, 23. April 2008 in Stuttgart mit Patienten, die eine Zweitmeinung wünschten, in den Praxisräumen des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart im Herdweg 50 produziert. Dabei wurde die zahnmedizinische Patientenberatung mit dem „diensthabenden“ Zweitmeinungszahnarzt, Dr. Jürgen Carow, vorgestellt. Als einer der 60 Zahnärztinnen und Zahnärzte im Land, die als Zweitmeinungszahnärzte in den Zahnärzتهäusern die Patientenberatung durchführen. Dr Udo Lenke beantwortete im

### IZZ-LEITUNG

**Johannes CLAUSEN, Leiter**  
**Ulrike FUCHS, Büroleiterin**



SWR-Studio darüber hinaus live die Fragen des Moderators und stellte sich im Anschluss den zahlreichen Zuschauerfragen.



Auch der vom IZZ neu konzipierte Informationsstand „Patientenberatung/ Zweitmeinung“, der anlässlich der Gesundheitswoche in Böblingen am 7. April 2008 sowie auf dem „Markt der Möglichkeiten“ anlässlich der Heimattage im Ulmer Stadtzentrum am Sonntag, 4. Mai 2008, zum

Einsatz kam, trägt zur weiteren Stärkung des Bekanntheitsgrades der Zahnmedizinischen Patientenberatung bei. Der Zahnarzt als Sachwalter der zahnmedizinischen Kompetenz konnte somit durch eine Vielzahl erfolgreich eingesetzter PR-Maßnahmen im Bewusstsein in der Öffentlichkeit weiter verankert werden.



Als zahnärztliche Experten standen Dr. Wolfgang Thummulka bei den Sendungen „ARD-Buffer“ und „Kaffee und Tee? im SWR

Fernsehen“, Dr. Renate Lüllwitz-Hoch bei SWR 4 zum Thema „Der Gesundheitstipp – Wenn die Zähne in die Jahre kommen“ und Dr. Jürgen Carow im Radio Ton zur Thematik „Bleaching“ zur Verfügung.

Das IZZ stellte für die „preventiKA“ Karlsruhe – ein Messe- und Fachkongress rund um die Gesundheit und Prävention - dem SWR eine Behandlungseinheit mit intraoraler Kamera zur Verfügung. Zahnmedizinische Fragen beantworten auf der SWR-Bühne Professor Dr. Winfried Walther und Dr. Robert Heiden.



### Zahnärztlicher Kinderpass

Der Zahnärztliche Kinderpass „Gesunde Zähne von Anfang an“ wurde in einer Auflage von 100.000 Exemplaren gedruckt und erfährt landesweit eine außerordentlich gute Nachfrage. Die Druckkosten wurden von einem Sponsor komplett übernommen. Mittlerweile wurden bereits weit über 60.000 Kinderpässe von den Kammermitgliedern abgerufen.

Die Verteilung an die Hebammen, Entbindungsstationen und Kinderärzte übernahmen die 37 Arbeitsgemeinschaften für Zahngesundheit vor Ort. Die niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte können über den Formularservice der Bezirksdirektionen der KZV BW die Zahnärztlichen Kinderpässe kostenlos abrufen

### Social Sponsoring-Projekt

Erstmals in diesem Jahr beteiligte sich das IZZ am Sponsoring sozialer Projekte.

- *Unterstützung der Special Olympics Deutschland in Karlsruhe von 16. bis 20. Juni 2008*

Auf über 140 m<sup>2</sup> präsentierte sich das Special Smiles®-Angebot im Erlebnisforum Zahngesundheit. Fünf Untersuchungsräume standen den zahnärztlichen Teams für die Betreuung und Untersuchung der Athleten mit geistiger Behinderung zur Verfügung. Fast 900

Athleten wurden zahnärztlich untersucht und die Ergebnisse in Screening-Bögen festgehalten. Die Bögen wurden jeweils noch am gleichen Tag von Volunteers in die Laptops eingegeben und via Internet in die USA – in die Wiege der Special Olympics Idee – transferiert. Professor Dr. Andreas Schulte übernahm die Analyse und Bewertung der Screening-Bögen für Deutschland.



● 14. IZZ-presseforum in Straßburg

Zum ersten Mal fand das IZZ-presseforum am 4. Juli 2008 jenseits des Rheins in Kooperation mit französischen Hochschullehrern und französischen Standespolitikern in der Zahnmedizinischen Fakultät in Straßburg sowie im Gebäude des Europaparlaments statt. „Diagnose und Behandlung des Schmerzes im Mund-, Kiefer- und Gesichtsbereich“ war eines der Themen, das die über 40 Journalisten an der Fakultät für Zahnmedizin in Straßburg fesselte.

Darüber hinaus wurden den Journalisten konkrete Einblicke in den Behandlungsalltag eines Zahnarztes diesseits und jenseits des Rheins gegeben. Weil die EU-Gesundheitspolitik an Bedeutung gewinnt, standen am Nachmittag im



Straßburger Europaparlament gesundheits- und berufspolitische Themen im Fokus. Die Vertreter der Zahnmedizinischen Selbstverwaltungen aus Baden-Württemberg und Frankreich beleuchteten dabei die Positionen der Selbstverwaltungen im Kontext der EU-Gesundheitspolitik.

Den Abschluss der Vorträge bildete das Referat der Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt (SPD), die einen Einblick in die Krankenversicherung der Zukunft in der Europäischen Union bot. Das 14. IZZ-presseforum hat erfolgreich eine Brücke zwischen den berufspolitischen Vertretungen in Frankreich und Deutschland und zu den Journalisten geschlagen. Dr. Ute Maier und Dr. Udo Lenke zogen ein positives Resümee des 14. IZZ-presseforums und lobten die gute Resonanz, die das 14. IZZ-presseforum unter den Journalisten und Standesvertretern aus Frankreich und Baden-Württemberg erfuhr.





## Azubi-Marketing



- *Einsatz des Präsentationsstandes*

Im Berichtsjahr hat das IZZ auch 24 Azubi-Veranstaltungen geplant und organisiert. Qualifizierte, sympathische junge Praxismitarbeiterinnen oder Zahnärzte vor Ort informierten über das vorbildliche Aus- und Fortbildungsprogramm für Zahnmedizinische Fachangestellte in Baden-Württemberg.

- *Redaktion von Presse- und Online-Informationen*

Vom IZZ wurden entsprechende Presstexte mit Bildthemen zum Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten wurden den Medien für Veröffentlichungen in den Sonderbeilagen der Tageszeitungen zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wurden die Presse- und PR-Maßnahmen für den Ausbildungsberuf der Zahnmedizinischen Fachangestellten durch die Schaltung von Anzeigen unterstützt und damit einmal mehr auf die große Bedeutung des Zahnarztes als Arbeitgeber aufmerksam gemacht.

## Public affairs

- *Gemeinsames Sommerfest von LZK BW und KZV BW*

Auf dem Campus des Zahnärztheuses Baden-Württemberg fand am 9. Juli dieses Jahres das Sommerfest von LZK BW und KZV BW statt. Die Veranstaltung stellte sich einmal mehr als Kommunikationsforum für eine Gästeschar von Repräsentanten aus Kammern, Kassen(-zahn)ärztlichen Vereinigungen, Krankenkassen, Politik, Wirtschaft und Zahntechniker-Innungen dar.

## Informationsaustausch

Am 19. und 20. September fand in Rostock die Koordinationskonferenz der Länderpressereferenten statt. Vertreten wurde Baden-Württemberg von der stellvertretenden Präsidentin der LZK BW, Dr. Antoinette Röttele, und der Leiter des IZZ, Johannes Clausen. Im Rahmen der "Länderstunde" wurde das Konzept „Special Olympics – healthy athletes – special smiles®“, von den Vertretern aus Baden-Württemberg vorgestellt. Der Leiter des IZZ erarbeitete dafür einen Powerpoint-Vortrag „Zahngesundheit für alle – ErlebnisForum Zahngesundheit bei den Special Olympics“.



www.zahnaerzteblatt.de

Schon im Jahr 1997 sicherte sich das IZZ auch die Web-Adresse www.zahnaerzteblatt.de. Jetzt konnte zu Beginn des Jahres das vom IZZ erarbeitete Konzept umgesetzt werden und das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg wieder online gestellt werden. Die neu gestaltete Web-Site bietet klare Orientierung für den Nutzer in einem modernen Design. Auch die Jahrgänge 2006 und 2007 des Zahnärzteblatts Baden-Württemberg sind online archiviert und jederzeit downloadbar.

**Das Zahnärzteblatt im Internet**

## Aktueller Service rund um die Uhr

Seit Ende April 2008 können die Lesenden und Leser des Zahnärzteblatts Baden-Württemberg auf einen komfortablen Service vertrauen. Zusätzlich zur gedruckten Heftausgabe informiert jetzt auch ein Internetauftritt über alle wichtigen Themen, die für die Zahnärzteschaft interessant sind. Unter www.zahnaerzteblatt.de bekommt der Leser ein höchstmögliches Maß an Komfort, Service und Aktualität. Und das 24 Stunden am Tag an jedem Ort der Welt. Der Verwaltungsrat des Informationsverbands Zahnärzte Baden-Württemberg (IZZ) zeichnet für das Onlineformat verantwortlich und gab schließlich grünes Licht für die inhaltliche und grafische Umsetzung, die das IZZ federführend betreibt.

[www.zahnaerzteblatt.de](http://www.zahnaerzteblatt.de)

**Aktuelle Ausgabe**  
Schon das ZZW in den Druck geht, kann die Onlineversion des ZZW bereits abgerufen werden. Aktuelle Heftausgabe sind verfügbar und können per Tablet und in einer ansprechenden Optik genutzt werden. Somit ist der Leser online immer auf dem neuesten Stand.

**Umfangreiche Archiv**  
Aus Platzgründen archiviert nicht jeder Leser seine ZZW-Sammlung. Damit trotzdem jeder Artikel schnell abrufbar ist, enthält das Online-Archiv alle Heftausgaben der Jahre 2006 und 2007 im PDF-Format, ab 2008 in neuen Onlineformat, inklusive komfortabler Such- und Ansichtsfunktion.

**Wangrechte Navigation**  
Das neue Navigationsmenü kommt der Leser ganz schnell zu den wichtigsten aktuellen Inhalten. Hier werden bei Bedarf auch bereits schon Inhalte angeboten, die erst im folgenden Heft erscheinen werden. Das wichtigste Aktualisierung für den Nutzer.

**Zusätzliche Elemente**  
Durch jeder Interaktion mit die geschickten Informationen kommt, bietet die obere Navigationsleiste zusätzliche Möglichkeiten an. Über die „Home“-Funktion kann sich jeder Leser schnell einen Überblick über das gesamte Angebot verschaffen und gezielt in den gewünschten Bereich springen. Und über „Kontakt“ ist schnell die Verbindung zur Redaktion hergestellt, dem Kommentator oder Leserschrift sind erstreckt.

**Einfache Suchfunktion**  
Wer schnell einen bestimmten Artikel sucht, kann sich auf die automatische Suche der Website verlassen. Ob Name, Titel des Artikels oder nur ein Stichwort, sämtliche Online-Dokumente werden zuverlässig durchsucht. Aufgrund der Eingabefelder kann der Nutzer das gewünschte Artikel schnell abrufen.

**Aktuelle Fotos**  
Wie bei der Printausgabe hat auch ZZW-Online das Ziel, die Leser schnell und umfassend zu informieren. Das jeweilige Titelbild des Heftes ist ebenfalls auch im Onlineangebot zentral platziert. Durch das Augenmerk gleich die Wissendliche erfassen kann.

**Informelle und kompetent**  
Die aktuelle Inhalte des ZZW-Onlineangebot sie haben die gleiche Qualität wie die Printausgabe, dazu es nicht die gleiche Kompetenz des Autors.

**Bequem und flexibel**  
Die ZZW-Online-Nutzer können sich ohne Stolpersteine durch das Angebot bewegen. Schnell und umfassend informiert es werden, die ist immer Anspruch.

**Gute Lesbarkeit**  
ZZW-Online beinhaltet nicht nur besser Optik, sondern bietet den Leser durch das weiche und milde Layout und die ansprechende Schrift ideale Nutzungserfahrungen.

**Neuheit bei Ausdrucken**  
Jeder Artikel ist im Onlineangebot auch als Druckversion angelegt. Somit kann jeder Leser selbst entscheiden, ob und was er ausdrucken möchte.

# Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg (LAGZ BW) setzte ihren Kurs der intensiven Kommunikations- und Informationspolitik auch in diesem Jahr fort.



Insbesondere das zum dritten Mal im Kloster Schöntal durchgeführte LAGZ-Forum mit namhaften Referenten hat zahlreiche neue Impulse für die Prophylaxearbeit in den Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit gesetzt.

Dr. Jürgen Wuthe vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg ging dabei ausführlich auf die rechtlichen Grundlagen der Arbeitsgemeinschaften, die Rahmenvereinbarung für Mitwirkende, Personal und Geschäftsführung in den Arbeitsgemeinschaften sowie das Direktionsrecht des Arbeitgebers ein. Er hob hervor, dass Probleme in der Zusammenarbeit zunächst vor Ort auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften zu lösen seien. Insofern fallen den örtlichen Satzungen und Geschäftsordnungen eine zentrale Bedeutung zu. Die LAGZ steht den Arbeitsgemeinschaften beratend dabei zur Verfügung. Das Direktionsrecht über das Personal hat die LAGZ an die geschäftsführende Stelle der jeweiligen

Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit übertragen. Dr. Jürgen Wuthe: „Besonders wichtig für eine gute Zusammenarbeit sind außerdem ein guter Informationsaustausch zwischen den Partnern, die räumliche Anbindung des Personals der LAGZ an die Einrichtung vor Ort sowie regelmäßige Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen.“ In drei Workshops wurden anschließend Erfahrungen, Probleme in der Zusammenarbeit thematisiert, Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit diskutiert und danach unter der Moderation von Johannes Clausen im Auditorium präsentiert.



Nach dem Motto: „Ohne Moos nichts los“ wurde die Neufassung des Tarifvertrages Land, der zudem die Zahlung von Leistungsanreizen, so genannten Leistungsentgelten, vorsieht, von Ralf Kraft, LAGZ BW, vorgestellt. Fachliches steuerte Prof. Dr. Ulrich Schlagenhauf, Würzburg, bei, der in seinen Referaten den Themen Parodontitis und häusliche Mundpflege sowie der Kariesprävention nachging. Wichtig war sein Statement, dass für eine zeitgemäße Prophylaxe - insbesondere der Gruppenprophylaxe - dringend neue Konzepte erarbeitet werden müssen. Denn auch der Kariesprävention seien Grenzen gesetzt. Die Karieshäufigkeit bei Kindern und Jugendlichen sei zwar seit der Einführung der fluoridierten Zahnpasta zurückgegangen, zwischen Fluoridkonzentration und Kariesreduktion gebe es jedoch keine lineare Beziehung. Klinische Fluoridstudien hätten gezeigt, dass eine Kariesreduktion von maximal



## LAGZ-VORSTAND

**Dr. Udo LENKE, Präsident der LZK BW, Vorsitzender**

**Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Prophylaxereferentin der LZK BW**

**Dr. Christopher HERMANN, stv. Vorsitzender der AOK BW**

**Walter SCHELLER, VdAK e. V. BW, Leiter der VdAK/AEV-Landesvertretung BW**

**Dr. Joachim KOHLER, Ministerialdirigent im Ministerium für Arbeit und Soziales BW**

60 Prozent erreicht werden könne. Prof. Schlagenhauf hob hervor, dass die Einführung fluoridierter Zahnpasta zwar der wichtigste Grund für die wesentlich reduzierte Kariesprävalenz unter Kindern und Jugendlichen sei. Aber gerade bei stark kariesaktiven Risikopatienten seien selbst exzellente Mundhygiene und hohe Dosen an Fluorid allein nicht ausreichend, den kariösen Zerstörungsprozess zu stoppen. Fluoride würden zwar den zeitlichen Verlauf der Kariesentstehung strecken, können aber ohne begleitende Ernährungslenkung eine lebenslange Kariesfreiheit nicht sicher gewährleisten. Zahnverluste infolge von Karies werden abnehmen. Die Restaurierung kariöser Läsionen wird jedoch auch im Zeitalter der Fluoridprophylaxe ein wesentlicher Teil zahnärztlicher Tätigkeit bleiben“, schloss Prof. Schlagenhauf.

In der Vergangenheit startete die LAGZ immer wieder die Initiative, Getränke, die Zahnläsionen begünstigen, aus den Schulen verbannen zu lassen. Bisher allerdings ohne Erfolg, wenn man davon absieht, dass alle Appelle der LAGZ im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg auf wohlwollende Unterstützung stießen, aber die Schulen und die Elternschaft autonom über zahngesunde oder zahnschädigende Getränke-Angebote entscheiden können.



Allerdings setzt die LAGZ große Hoffnung auf den „Aktionsplan BaWü 2018 – Ernährung

bei Kindern und Jugendlichen“, der vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg erarbeitet und zwischenzeitlich vom Kabinett verabschiedet wurde. Denn damit werden auch für die Zahngesundheitsprophylaxe wichtige und notwendige Weichen für die Zukunft gestellt. Carola Rummel und Andrej Hänel vom Ministerium für Ernährung und Ländlicher Raum Baden-Württemberg berichteten, dass seitens der Politik der Wille zur Veränderung unverkennbar da sei. Der Aktionsplan 2018 sei ein wichtiger Pfeiler in der Präventionsarbeit mit dem Ziel, die Ernährung von Kindern und Jugendlichen in einem Zeitraum von zehn Jahren zu verbessern. Kernpunkt dazu ist, dass die Lebensräume Kinder, Familie, Kindertagesstätte, Schule, Freizeit so gestaltet werden, dass sie ein wünschenswertes Ess- und Trinkverhalten unterstützen. Schwerpunkte des Aktionsplans sind zum einen die Unterstützung von lokalen Strukturen, wie beispielsweise das Projekt „Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg“, das auch von der Bosch-Stiftung gefördert wird, sowie der Erhalt und Ausbau von landesweiten Angeboten, wie die Landesinitiative BeKi (Bewusste Kinderernährung) des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg. Weitere Schwerpunkte sind die Aus- und Weiterbildung von Personengruppen mit Einfluss auf Kinder und Jugendliche, wie Hebammen, Kinderärzte, Zahnärzte, Erzieherinnen und Lehrkräfte, da diese Personen Kinder und Jugendliche durch ihre Vorbildfunktion und Beratung lenken. Als letzten wichtigen Punkt führte sie auf, dass die Verfügbarkeit von empfehlenswerten Lebensmitteln verbessert werden müsse. „Besonders bei der Schulverpflegung besteht hier noch großer Handlungsbedarf“, so Carola Rummel.

Somit hat das LAGZ-Forum für die Führungskräfte der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit – über 50 Personen nahmen

#### ZUSTÄNDIGKEIT LAGZ-GESCHÄFTSSTELLE

**Johannes CLAUSEN, Geschäftsführer**  
**Annerose HAUBER, Geschäftsführende Sekretärin**  
**Ralf KRAFT, Leiter Buchhaltung**



auch diesmal wieder teil – einmal mehr Perspektiven für eine effiziente Aufstellung der Zahngesundheitsförderung im Land und zudem wichtige Handlungsoptionen bei der weiteren Zahngesundheitsförderung, wie den Aktionsplan BaWü 2018, aufgezeigt.

### Neue Strukturen

Die flächendeckende Betreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg soll in Zukunft durch Patenzahnärzte und nicht durch die Jugendzahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) gefördert werden. Somit muss das System der Patenzahnärzte umgestellt werden. Die neue Struktur sieht vor, dass die Patenzahnärzte für die Kleinsten und Kleinen in den Kindertageseinrichtungen zuständig sind. Die Betreuung der Erstklässler soll durch den ÖGD gewährleistet werden. Das Land Baden-Württemberg erhofft sich dadurch einen effizienteren Einsatz des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Im Berichtsjahr 2006/2007 wurden 43,5 Prozent der Kinder in den Kindertagesstätten zahnärztlich untersucht. Angestrebt wird jedoch ein Wert von 52,6 Prozent. Die frei werdende Kapazität des ÖGD soll auf die Kariesrisikogruppen konzentriert werden. Der Vorstand der LAGZ beschloss, im Zuge der Umsetzung der Neukonzeption zur Jugendzahnprophylaktischen Maßnahmen von Patenzahnärzten kostenneutral umzusteuern, indem eine Verlagerung aus dem Bereich der Schulen in den Bereich der Kindertageseinrichtungen erfolgt.

### Fortbildung der Teammitglieder

Fortbildung als Serviceleistung der LAGZ für die über 180 Mitarbeiterinnen in 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit ist eine zentrale Aufgabe. Dabei setzte die LAGZ auch in diesem Jahr auf die bewährte Zusammenarbeit mit der Sozial- und Arbeits-

medizinischen Akademie Baden-Württemberg e. V. (SAMA). Folgende Kurse wurden durchgeführt:

- Ein Kurs „Erfolgreiche Prophylaxearbeit – Entwicklungen, Konzepte und Strategien der Prävention und Gesundheitsförderung“
- Zwei Methodenkurse „Unterrichtsgestaltung“, aufbauend auf den in 2006 durchgeführten Methodenkursen
- Ein gemeinsamer Workshop „Einführung zur Unterstützung des internen Qualitätsmanagements“ sowie „Qualitätsmanagement in der Routine“
- Zwei von vier Kursen der Fachkundekursreihe „Zahngesundheitsförderung“

Auf sehr großes Interesse stießen die von der LAGZ erstmalig angebotenen drei Hygienekurse, die in Zusammenarbeit mit der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg von Dr. Jürgen Carow und Dr. Carsten Ullrich durchgeführt wurden. Auch in 2008 konnten somit dank der Entscheidung des LAGZ-Vorstandes und der LAGZ-Mitgliederversammlung die im vergangenen Jahr aufgrund der sparsamen Haushaltsführung der LAGZ-Geschäftsführung nicht verausgabten finanziellen Mittel in 2008 für wichtige zusätzliche Fortbildungskurse eingesetzt werden.

Großen Anklang fanden die LAGZ-Fortbildungsseminare für Prophylaxemitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit, die die Interaktion mit allen relevanten Zielgruppen fördern sollen, wie

- Vier Kurse „Psychologie der Kommunikation (Gesprächsführung/Konfliktmanagement)“

- Drei Kurse „Puppenspiel in der Gruppenprophylaxe“
- Zwei Seminare „Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen“

Des Weiteren hat die LAGZ

- Zehn Seminare für Erzieher/innen in Kindergärten und Lehrerinnen/Lehrer in Schulen und
- Acht Seminare für Betreuungs- und Pflegepersonal in Einrichtungen für Behinderte angeboten.

#### **Zahnärztlicher Kinderpass**

Über 60.000 Exemplare des vom Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) herausgegebenen Zahnärztlichen Kinderpasses wurden bereits von den Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit nachgefragt und an die Zielgruppen Hebammen, Zahnärzte, Kinderärzte und viele andere mehr verteilt. Somit kann festgestellt werden, dass der vom Autorenteam Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Prof. Dr. Johannes Einwag und Dr. Bernd Krämer verfasste Zahnärztliche Kinderpass ein Renner geworden ist, der sich wachsender Nachfrage erfreut.

#### **Tag der Zahngesundheit 2008**

„Mit Geduld und Spucke zum Erfolg“, so präsentierte sich der Tag der Zahngesundheit am 24.09.2008 bei der landeszentralen Auftaktveranstaltung auf dem Marktplatz der Fächerstadt in Karlsruhe. Inzwischen landesweit zum Synonym für effiziente Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Prophylaxe geworden war der Tag der Zahngesundheit in Karlsruhe von morgens bis abends gut besucht. Kammerpräsident Dr. Udo Lenke machte in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der LAGZ in der

Pressekonferenz die Journalisten mit den neuesten wissenschaftlichen Daten zum Thema Speichel vertraut, denn dieser ganz besondere Saft stand heuer im Mittelpunkt beim Tag der Zahngesundheit. Zuvor aber verwies er auf die Spitzenstellung Baden-Württembergs, was die Zahngesundheit der 12-Jährigen angeht, die europaweit nicht zu übertreffen ist. Bei Kindern im Alter von 12 Jahren sind hier im Land nur 0,7 Zähne von Karies betroffen, im Bundesdurchschnitt sind es 0,98 Zähne. Seine Bemerkung, dass dies wahrscheinlich auch ein weltweit einmaliger Wert sein dürfte, brachte auch das Presseauditorium zum Staunen, zumal man solche positive Zahlen am ehesten aus Skandinavien erwartet hätte.



Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Vorsitzende des Prophylaxeausschusses und Prophylaxereferentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg berichtete, wie es zu der baden-württembergischen Version des Mottos zum Tag der Zahngesundheit kam. Während man bundesweit mit dem Slogan operierte „Gesund beginnt im Mund – aber bitte mit Spucke“, hat man hierzulande noch die Geduld ins Spiel gebracht und dem alten Sprichwort „mit Geduld und Spucke“ Tribut gezollt. Gedacht war dabei nicht nur an Zahnärzte und Patienten, die die Geduld ja bereits im Namen tragen und gemeinsam mit viel Sorgfalt Mundgesundheit individuell erhalten und verbessern. Die Erweiterung des



Motto ist vor allem eine Verbeugung vor den Mitarbeitern der 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit, die sich unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft um die Erhaltung und Förderung der Zahngesundheit bei Kindern und Jugendlichen kümmern. Dr. Barbara Unger, die die Schirmherrin der Veranstaltung, die baden-württembergische Arbeits- und Sozialministerin Dr. Monika Stolz vertritt, stimmte ebenfalls in das Loblied mit ein und bezeichnete die erreichten Erfolge bei Kindern und Jugendlichen als die „Erfolgsgeschichte schlechthin“. Das Ministerium und mit ihm die Gesundheitsämter und das Landesgesundheitsamt werden auch weiterhin an dieser Erfolgsstory mitarbeiten und durch begleitende epidemiologische Studien dafür sorgen, dass sich das Erreichte in Zahlen nachweisen lässt – und dass Qualitätsstandards erhalten oder sogar noch verbessert werden.



Abgerundet wurde die landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit mit einem Fortbildungsforum im Rathaus, das mit Beiträgen von Prof. Dr. Johannes Einwig, Carola Rummel und Prof. Dr. Joachim Klimek für Zahnärzte und Prophylaxemitarbeiterinnen wichtige motivierende Impulse für die tägliche Prophylaxearbeit bot.

Der diesjährige Tag der Zahngesundheit hat insbesondere auch durch die gute Zu-

sammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit im Stadt- und Landkreis Karlsruhe wieder die Sympathiewerte für die wichtige zahnärztliche Prophylaxe in den



Medien klettern lassen. Die Medienresonanz und die Resonanz unter den zahlreichen Gästen und Zuschauern und unter den Politikern zeigen, wie die Bedeutung der Zahngesundheitsförderung im Allgemeinen und in Baden-Württemberg im Besonderen im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert ist. Das Geld für die Gruppenprophylaxe in Baden-Württemberg ist gut angelegt. Davon konnten sich wieder die Verantwortlichen in der LAGZ, in den Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit und nicht zuletzt die Träger der Gruppenprophylaxe in Baden-Württemberg überzeugen.

## Jahresstatistik

	2007/ 2008
Verausgabte Mittel der Krankenkassen für 37 Arbeitsgemeinschaften	6,3 Mio. Euro
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Kindergartenkinder	272.913 = 76,9 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 1. – 4. Klasse	308.549 = 69,9 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 5. + 6. Klasse	38.773 = 19,8 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Sonderschulen/ Behinderteneinrichtungen	495 = 83,6 %
Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen bei 3- bis 12jährigen (bis 6. Klasse) sowie Personen in Sonderschulen/ Behinderteneinrichtungen	422.444 = 40,7 %

## Statistik der LAGZ-Prophylaxeseminare

	31.12.2004 - Gesamt -	31.12.2005 - Gesamt -	31.12.2006 - Gesamt -	31.12.2007 - Gesamt -
Anzahl der ausgebildeten Erzieher und Grundschullehrer durch die LAGZ (ab 1977)	11.370	11.503	11.670	11.766
Anzahl der ausgebildeten Pfleger und Betreuer in Behinderteneinrichtungen (ab 1984)	1.480	1.615	1.725	1.885
Anzahl ausgebildeter Grund- (ab 1988) und Sonderschullehrer (zusammen ab 1990)	1.100	1.120	1.138	1.138
<b>Ausbildungen insgesamt</b>	<b>13.950</b>	<b>14.238</b>	<b>14.533</b>	<b>14.789</b>

# Rahmenverträge

Nach wie vor besteht der seit 1998 abgeschlossene Rahmenvertrag zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Streit GmbH<sup>®</sup>, Bensheim, über die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxen in Baden-Württemberg.

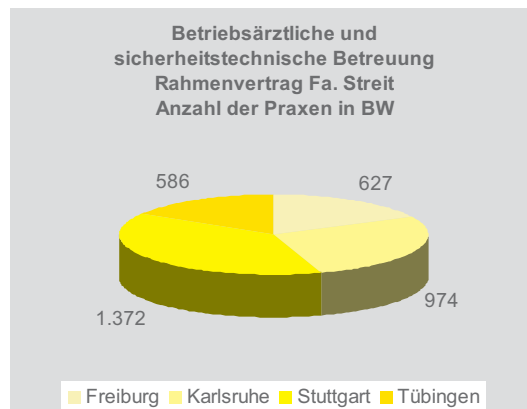
Nach der Novellierung des Rahmenvertrages im Jahr 2007 auf Grund der geänderten berufsgenossenschaftlichen Vorschrift BGV A2 „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“, haben sich alle zu diesem Zeitpunkt bei der Firma Streit unter Vertrag stehenden Praxen entschieden, weiterhin im Rahmen der grund- und anlassbezogenen Betreuung für Praxen bis zu zehn Mitarbeitern oder der Regelbetreuung für Praxen mehr als zehn Mitarbeitern mit der Firma Streit zusammen zu arbeiten. Die neue BGV A2 sieht allerdings zusätzlich ein neues Modell der alternativen bedarfsorientierten Betreuung vor (BuS-Kammermodell), das die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg anbietet und das sich immer größerer Beliebtheit erfreut.

Insgesamt sind derzeit 3.559 Praxen im Kammerbereich dem Rahmenvertrag der Fa. Streit angeschlossen. Die Aufteilung auf die einzelnen Bezirke stellt sich wie folgt dar:

Derzeit haben sich 3.506 Praxen für die grund- und anlassbezogenen Betreuung entschieden. Das Betreuungsmodell der Regelbetreuung für Praxen mit mehr als 10 Vollbeschäftigten nehmen derzeit 53 Praxen in Anspruch.

Bei 1.505 Praxen wurde eine Gefährdungsbeurteilung nach den Vorgaben der BGV A 2 durchgeführt.

Die am BuS-Kammermodell teilnehmenden Praxen sind im Bericht des Ausschuss für Praxisführung dargestellt.



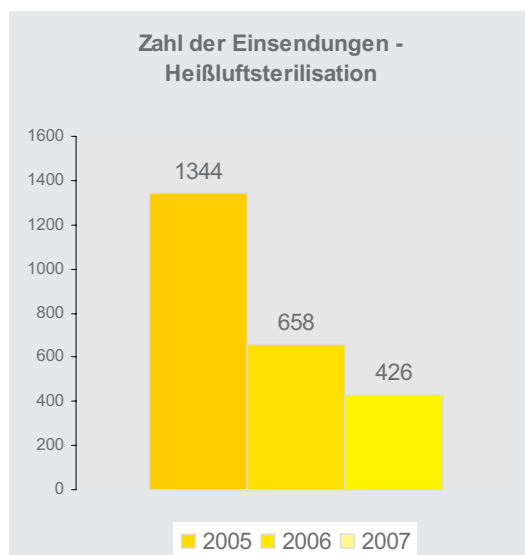
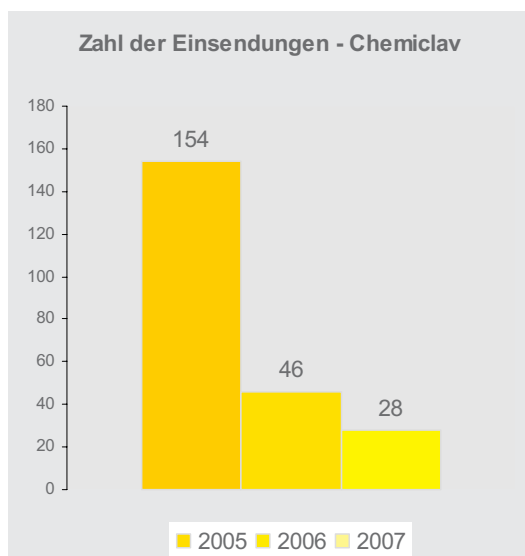
## Rahmenvertrag Überprüfung Sterilisatoren und Desinfektionsspülmaschinen

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (LZK BW) unterhält einen Rahmenvertrag mit dem Landesgesundheitsamt Baden Württemberg über die Bereitstellung und Auswertung von Bioindikatoren für die Überprüfung von Sterilisatoren und Desinfektionsspülmaschinen in zahnärztlichen Praxen und Einrichtungen. Derzeit sind 5.458 Praxen dem Rahmenvertrag angeschlossen. Dies bedeutet eine nahezu flächendeckende Beteiligung, die sich im Vergleich zum letzten Berichtsjahr noch gesteigert hat. Auf die einzelnen Bezirks Zahnärztekammern aufgeteilt werden von 883 Praxen in Freiburg, von 1.082 Praxen in Karlsruhe, von 2.359 Praxen in Stuttgart und von 1.134 Praxen in Tübingen „Sporenpäckchen“ eingesandt.

Im letzten Jahr wurden insgesamt 9.249 Rücksendungen einer oder mehrerer Verfahrensprüfungen registriert. Davon fallen 7.447 Prüfungen auf die Dampfsterilisation bei 150 Beanstandungen, 426 Prüfungen auf die Heißluftsterilisation mit 21 Beanstandungen, 1.348 Prüfungen auf die Desinfektionsspülverfahren mit 13 Beanstandungen und 28 Prüfungen auf die

Sterilisation mit Chemiklaven ohne Beanstandungen.

Von den insgesamt nur 184 beanstandeten Ergebnissen waren in 56 Fällen sämtliche Prüfkörper der zurückgesandten Sets nicht vom jeweiligen Verfahren erfasst worden; das heißt die Testkeime waren von allen Prüfkörpern anzüchtbar („komplett beanstandet“).



Im Vergleich zum Berichtsjahr 2007 sind die Einsendezahlen für die Verfahren Heißluftsterilisation und Chemiclav weiter rückläufig. Nach Aussage des Landesgesundheitsamtes ist es auch unerlässlich, dass sich dieser positive Trend in den nächsten Jahren weiter verstärkt.

Der Grund dafür liegt in § 4 Abs. 2 der Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Danach sind alle bestimmungsgemäß keimarm oder steril zur Anwendung kommenden Medizinprodukte mit geeigneten validierten Verfahren so aufzubereiten, dass der Erfolg nachvollziehbar gewährleistet ist; das heißt alle Verfahren ohne Prozessvalidierung und -dokumentation sind nicht mehr zulässig. Um die Fortführung solcher unzulässigen Verfahren in den Praxen, die nach wie vor in dieser Weise zahnmedizinische Instrumente aufbereiten, zu unterbinden, wird den Einsendern entsprechender Prüfkörper in 2008 folgende ergänzende Mitteilung zum Befund übermittelt:

„Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Umsetzung der Medizinprodukte-Betreiberverordnung nur noch validierte Verfahren angewendet werden dürfen, deren Erfolg auch im Einzelfall nachvollziehbar gewährleistet ist. Die primär geeignete Technik ist somit die Dampfsterilisation. Die Aufbereitung mittels Heißluftsterilisatoren und Chemiklaven reicht bei der Behandlung von Medizinprodukten, somit auch von selbstaufbereiteten zahnmedizinischen Instrumenten nicht mehr aus.“ Auf diese Tatsache hat der Ausschuss für Praxisführung mit einem Pinnwand-Artikel im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg in den Ausgaben 3/2008 und 10/2008 hingewiesen.

Trotz der jahrelangen Praxis beim Umgang mit den zugesandten Prüfkörpern werden von einigen Teilnehmern immer wieder die mitgesandten Transportkontrollen dem Prüfverfahren unterzogen, obwohl im Begleitschreiben auf das dadurch bedingte Defizit

hingewiesen wird: Diese Prüfkörper dienen als „Positivkontrolle“, die mögliche Fehler außerhalb der geprüften Verfahren anzeigen sollen. Deshalb ist die Transportkontrolle nicht in den Autoklav zu legen.

Formal ist in solchen Fällen die Verfahrensprüfung nach Norm nicht gültig, auch wenn bei ansonsten korrektem Ergebnis der Sporenprüfung auf eine mutmaßliche intakte Gerätefunktion rückgeschlossen werden kann und dem Einsender mitgeteilt wird, dass er das Gerät somit weiter benutzen kann.

Das Landesgesundheitsamt bescheinigt den beteiligten Praxen in Baden-Württemberg, dass sich die Qualität und Zuverlässigkeit der geprüften Sterilisations- und Desinfektionsverfahren insgesamt wie auch in den Vorjahren weiter auf einem sehr guten Niveau befindet.

Auch wenn bei validierten Prozessen Chargendokumentationen und zusätzliche Ergebnisse von Helixtests vorliegen, bleibt die Fortführung der mikrobiologischen Prüfung mit „Sporenpäckchen“ sinnvoll, da die Programme halbjährlich unter Verwendung dieser Prüfkörper einer erneuten Leistungsbeurteilung unterzogen werden.

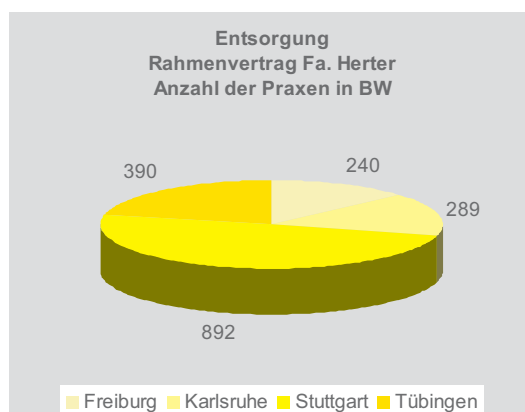
### Entsorgung – Abfall- und Reststoffe

Seit bereits 19 Jahren besteht zwischen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Herter GmbH, Reutlingen, ein Rahmenvertrag über die Entsorgung der in den Zahnarztpraxen anfallenden Abfall- und Reststoffe. Die Zusammenarbeit gestaltet sich sehr angenehm; insbesondere sind die Anpassungen an neue Gesetzeslagen immer schnell und einfach möglich.

Abfälle wie Kanülen, Skalpelle und Gegenstände mit ähnlichem Risiko für Schnitt- oder Stichverletzungen, müssen in stich- und bruchfesten Einwegbehältnissen gesammelt,

fest verschlossen, sicher vor unbefugtem Zugriff gelagert, transportiert und entsorgt werden. Die LZK BW hat das Angebot im Bereich des Rahmenvertrages mit der Firma Herter im Hinblick auf diese neue Rechtslage erweitert: Die Firma Herter bietet den Zahnarztpraxen Sammelbehälter in verschiedenen Größen mit Europasicherheitsstandard an.

Dem Rahmenvertrag sind 1.811 Zahnarztpraxen angeschlossen. Die Zahl der teilnehmenden Praxen verteilt sich auf die Bezirke wie folgt:



### Rahmenverträge über die Anmietung von Fahrzeugen

Der seit 1. September 2003 bestehende Rahmenvertrag mit der Mietwagenfirma Enterprise Rent-a-car, der für alle Kammermitglieder und deren Praxispersonal offen ist, hatte auch im Berichtsjahr Bestand.

Die Preisvorteile des Rahmenvertrages im Vergleich zum Privatkundentarif betragen je



Fahrzeugkategorie bis zu 30 Prozent

und umfassen sämtliche Mietwagenmodelle in gehobener Ausstattung von der Kompaktklasse über Cabrios bis zu Minivans. Darin enthalten sind eine Vollkaskoversicherung mit geringer

Eigenbeteiligung, Zulassungsgebühren und alle gefahrenen Kilometer. Neben den besonders günstigen Wochenendpauschaltarifen wird ein kostengünstiger Abholservice im Radius von 15 Kilometern zur nächstgelegenen Zweigstelle angeboten.

Fahrzeuge mit einfacher Ausstattung bis zu den Modellen der Kompaktklasse können auch im Internet sehr kostengünstig unter [www.enterprise.de](http://www.enterprise.de) gebucht werden.

Die rege Nachfrage nach den neuen Mietwagenmodellen, die auch im privaten Bereich zur Urlaubszeit und im Ausland genutzt werden kann, führt zur Fahrkostenreduzierung für Kammer, Zahnärzteschaft und zahnärztliche Mitarbeiterinnen im ganzen Land.

Um das Angebot des Rahmenvertrages mit den ermäßigten Konditionen einzusehen sowie die dafür notwendige Identifikationsnummer zu erhalten, müssen Sie sich im Internet unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) in den geschlossenen Bereich „Zahnärzte“ einloggen und die Rubrik Praxisführung/ Recht - Rahmenverträge abrufen.

Der Rahmenvertrag zwischen der Mietwagenfirma AVIS und der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, der seit November 2003 besteht, wurde auch im Jahr 2008 neu verhandelt. Neue Rabatte, eine höherwertigere Ausstattung der Fahrzeuge ohne Aufpreis sowie ein sehr kostengünstiger Wochenendpauschaltarif stehen nun den Kammermitgliedern sowie dem Praxispersonal für das In- und Ausland zur Verfügung.

Kammermitglieder und ihr Praxispersonal profitieren von weltweit gültigen und günstigen Sonderkonditionen: Preis-senkungen für Tagestarife in allen Klassen

bis 20 Prozent. Der Wochenendpauschaltarif gilt nun freitags 12.00 Uhr bis montags 9.00 Uhr und bietet Einsparungen bis 40 Prozent. Navigationssysteme sind in bestimmten Fahrzeuggruppen ohne Aufpreis fest buchbar. Die Gebühren für Zustell- und Abholservice innerhalb der Grenzen des jeweiligen Stadtgebietes konnten um 25 Prozent gesenkt werden. Neben der üblichen Fahrzeugreservierung vor Ort können über das internationale Reservierungsbüro (Tel.: 01805-55 77 55) oder sehr bequem über das Internet unter [www.avis.de](http://www.avis.de) eine große Auswahl moderner Fahrzeuge reserviert werden. Dabei sind bereits das internationale Angebot und die Verfügbarkeit im jeweiligen Zielgebiet abrufbar. Detaillierte Informationen über die Konditionen zu sämtlichen Fahrzeuggruppen sowie über die notwendige AWD-Nummer sind im Internet unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de) im geschlossenen Bereich „Zahnärzte“ unter der Rubrik Praxisführung/ Recht - Rahmenverträge abzurufen.

### **Rahmenverträge Mobilfunk**

Rahmenverträge der Landes Zahnärztekammer bestehen nach wie vor mit den Mobilfunkunternehmen T-Mobile, e-plus<sup>+</sup> und O<sub>2</sub>, welche neben den Mitgliedern der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auch das Praxispersonal nutzen kann.

Spezielle Informationen zu allen Rahmenverträgen sind im Internet unter [www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de), Zahnärzte, Praxisführung/Recht, Rahmenverträge erhältlich. Aktuelle Monatsangebote im Bereich Mobilfunkgeräte und Zubehör sowie Tipps zur Abwicklung mit unseren Rahmenvertragspartnern sind ebenso wie Formulare zur An- oder Ummeldung eines bestehenden Mobilfunkvertrages in dieser Rubrik zu finden.



# Bundeszahnärztekammer

## Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer

Das Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer richtet sich nach dem Mitgliederstand der einzelnen Länderkammern. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Mitgliederstand der Länderkammern zum 31.12.2007. Die rechte Spalte zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen Länderkammern am Gesamtbeitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer. Die Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg hatte zum 31.12.2007 8.192 Mitglieder, dies entspricht 12,4257 Prozent.

Behandelnde Zahnärzte nach Kammerbereich Stand 31.12.2007		
Kammerbereich	Zahnärzte	Prozent
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>8.192</b>	<b>12,4257</b>
Bayern	10.391	15,7611
Berlin	3.822	5,7972
Brandenburg	1.850	2,8061
Bremen	526	0,7978
Hamburg	1.807	2,7409
Hessen	5.084	7,7114
Mecklenburg-Vorpommern	1.465	2,2221
Niedersachsen	6.168	9,3557
Nordrhein	7.338	11,1303
Rheinland-Pfalz	2.721	4,1272
Saarland	662	1,0041
Sachsen	3.785	5,7411
Sachsen-Anhalt	1.975	2,9957
Schleswig-Holstein	2.239	3,3961
Thüringen	2.074	3,1459
Westfalen-Lippe	5.829	8,8415
<b>Bundesgebiet</b>	<b>65.928</b>	<b>100 %</b>

Der monatliche Beitrag pro Mitglied wurde in der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer 2007 festgelegt. Der monatliche Beitrag pro Mitglied der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg belief sich pro Mitglied in 2008 auf 6,70 Euro.

## Baden-Württembergische Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

Der Vorstand der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hat gemäß § 13 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Delegierten zur BZÄK folgende, von den Vertreterversammlungen der Bezirkszahnärztekammern gewählte Delegierte zur Bundesversammlung der BZÄK für die Zeit vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008 bestätigt.

<b>BZK Stuttgart</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/Enz Dr. Konrad BÜHLER, Eisligen Dr. Eberhard MONTIGEL, Heilbronn Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart Dr. Torsten TOMPPERT, Esslingen Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart	Delegierte
	Dr. Jürgen CAROW, Flein Dr. Hans-Peter ZIMMERER, Aalen Dr. Gudrun KAPS-RICHTER, Heilbronn Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn	Stellvertreter/ innen
<b>BZK Karlsruhe</b>	Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN, Heidelberg Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim Dr. Wolfgang GUTERMANN, Heidelberg Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg Dr. Christine SCHRÖDER, Heidelberg	Delegierte
	Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker Dr. Wolfgang THUMULKA, Karlsruhe	Stellvertreter
<b>BZK Freiburg</b>	Dr. Norbert STRUß, Freiburg Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen Dr. Joachim SCHWALBER, Freiburg Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein	Delegierte
<b>BZK Tübingen</b>	Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach Dr. Bernd STOLL, Albstadt Dr. Helmut WELLER, Pfullendorf	Delegierte
	Dr. Georg ZERRES, Tübingen Dr. Elmar LUDWIG, Ulm	Stellvertreter

## Ehrenamtsträger und Verwaltungsmitarbeiter aus Baden-Württemberg auf Bundesebene

<b>Vorstand, Ausschüsse und Arbeitskreise bei der Bundeszahnärztekammer</b>	
<b>Vorstand der Bundeszahnärztekammer</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Ausschuss Belange der Zahnärztinnen</b>	Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen
<b>Ausschuss Berufsbild des Zahnarztes</b>	Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim
<b>Ausschuss Qualität in der ZahnMedizin</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Arbeitsgruppe Röntgenstelle</b>	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Allgemeiner Teil GOZ</b>	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Musterberufsordnung</b>	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Arbeitskreis der Geschäftsführer Musterweiterbildungsordnung</b>	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
<b>Arbeitskreis Telematik</b>	Direktionsassistent Thorsten BECK, Stuttgart
<b>Europaausschuss</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Haushaltsausschuss</b>	Dr. Dr. Thomas EICHE, Stuttgart
<b>Kern-Arbeitsgruppe Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Kernausschuss Zahnärztliche Berufsausübung</b>	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen Dr. Norbert STRUß, Freiburg
<b>Koordinierungsausschuss Approbationsordnung</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Senat für privates Leistungs- und Gebührenrecht</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
<b>Strategieausschuss</b>	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz



[www.lzk-bw.de](http://www.lzk-bw.de)